

Studienkreis Rundfunk und Geschichte Mitteilungen

13. Jahrgang Nr. 3 - Juli 1987

Nachrichten und Informationen:	Seite	198
18. Jahrestagung und ordentliche Mitglieder- versammlung 24.-26.9.1987 in Frankfurt/Main - Zum 4. und 5. Rundfunkurteil des Bundesver- fassungsgerichts - Abschlußbericht zum Kabel- pilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz		
Schwarzes Brett: In memoriam Kurt Wagenführ - Roderich Klett (1935-1987) - Kurt Vaessen (1909-1987) - Literatur und Radio nach dem Krieg, ein "Porträt" des Süddeutschen Rund- funks? - Adenauer und der Rundfunk - Neues vom Rundfunk in Norddeutschland	Seite	202
Berichte: 15. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen - Fachgruppe Technik in Mainz	Seite	223
Arnulf Kutsch: Rundfunk und Politik im Nachkriegs-Berlin - Der "Berliner Rundfunk" 1946/47 und sein Intendant Max Seydewitz	Seite	230
Bibliographie: Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fach- instituten/Technische Universität Berlin	Seite	263
Zeitschriftenlese 43 (1.3.-31.5.1987 und Nachträge)	Seite	264
Rudolf Lang: Der Staatsvertrag zur Neuord- nung des Rundfunkwesens - Texte, Stellung- nahmen, Kommentare. Eine Auswahlbiblio- graphie/Teil 1, Mai 1983-Juli 1987	Seite	270
Besprechungen Pütter: Rundfunk gegen das "Dritte Reich" (Bierbach)	Seite	292
Thomas Mann: Deutsche Hörer! Europäische Hörer! (Kahlenberg)	Seite	295
Berlin und seine Bauten (Bohrmann)	Seite	296

NACHRICHTEN UND INFORMATIONEN

18. Jahrestagung und ordentliche Mitgliederversammlung Frankfurt/Main 24.-26. September 1987, Funkhaus Hessischer Rundfunk

DONNERSTAG, 24.9.

14.00 Fachgruppe Archive und Dokumentation

14.00 Fachgruppe Technik

16.00 Fachgruppen Archive und Technik gemeinsam

17.30 Vorstand

20.00 Kaminabend

Intendant Prof. Dr. Hartwig Kelm:

Unterhaltung - Auftrag der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten

Leitung: Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Vorsitzender)

FREITAG, 25.9.

9.30 Eröffnung: Der Vorsitzende

10.00 Dr. Henning Wicht, Programmdirektor:

Die Unterhaltung im Hörfunkprogramm des Hessischen Rundfunks

Ein Überblick über die Jahre 1948 bis 1958

11.00 Joachim Drengberg, Hamburg:

Aspekte zur Unterhaltung im Rundfunk der fünfziger und sechziger Jahre im NWDR/NDR

12.00 Prof. Dr. Lutz Huth, Berlin:

Der Unterhaltungswert von Fernseh-Nachrichten

Tagungsleitung des Vormittags: Prof. Dr. Winfried B. Lerg

13.00 Mittagessen

14.30 Dr. Michael Crone:

"Quiz London - Frankfurt"

Ein Paradigma der Hörfunkunterhaltung im Hessischen Rundfunk

(mit ausgewählten Tonbeispielen)

15.15 Patrik Baab, M.A., Mannheim:

"Frankfurter Wecker" und "Familie Hesselbach"

Zwei Leitformen der Hörfunkunterhaltung im Hessischen Rundfunk

(mit ausgewählten Tonbeispielen)

16.00 Die Funktion der Unterhaltungsmusik im Hörfunk

Podiumsdiskussion mit Prof. Dr. Christoph-Hellmut Mahling,
Prof. Emmerich Smola und Hanns Verres

Leitung: Bernd Peter Arnold

Tagungsleitung des Nachmittags: Dr. Harald Heckmann

17.15 Ordentliche Mitgliederversammlung

19.00 Deutsches Filmmuseum, Schaumainkai 41

Empfang durch den Kulturdezernenten der Stadt Frankfurt,
Prof. Hilmar Hoffmann

SAMSTAG, 26.9.

9.30 Dr. Helmut Petzold, Berlin:

Hundert Jahre elektromagnetische Wellen

Die technische Nutzung einer physikalischen Erfindung

10.15 Dr. Ansgar Diller, Frankfurt:

Technikgeschichte des Rundfunks

Quellenlage und Darstellungsproblematik am Beispiel der
Weimarer Republik

11.00 Podiumsdiskussion

mit Ansgar Diller, Technischer Direktor Peter Geeringer,
Helmut Petzold und Siegfried Zielinski

Tagungsleitung des Vormittags: Dr. Siegfried Zielinski, Berlin

12.30 Schlußwort: Der Vorsitzende

Zum 4. und 5. Rundfunkurteil des Bundesverfassungsgerichts

Am 4. November 1986 entschied das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe aufgrund eines Normenkontrollantrages, daß das neue niedersächsische Landesrundfunkgesetz in seinen Grundlinien mit dem Grundgesetz vereinbar, allerdings in einer Reihe von Vorschriften verfassungswidrig sei. Im wesentlichen monierte der erste Senat des BVG die Zulassungsbefugnisse der staatlichen Erlaubnisbehörde, die gegen das Verbot der Staatsfreiheit des Rundfunks verstießen, sowie die fehlende Rechtssicherheit, was die Verpflichtung privater Veranstalter betrifft, die Ausgewogenheit ihrer Programme zu garantieren.

In seinen Leitsätzen, die über das niedersächsische Landesrundfunkgesetz hinausgehen, erklärte das höchste Gericht ausdrücklich, daß hinsichtlich der Vielfalt an den "privaten Rundfunk" nicht dieselben hohen Anforderungen zu stellen seien wie an den öffentlich-rechtlichen Rundfunk. Die mit der Werbefinanzierung verbundene Kommerzialisierung privater Programme könne hingenommen werden, solange die Vielfalt der bestehenden Meinungen in den öffentlich-rechtlichen Programmen Ausdruck fände. Abweichend von den Programmanforderungen an private Programme im 3. Rundfunkurteil aus dem Jahre 1981 beschreibt das Bundesverfassungsgericht 1986 das Grundmodell eines "dualen Rundfunks" dahingehend, daß der Umfang der inhaltlichen Anforderungen an private Programme weitgehend davon abhängig sei, wie wirksam der öffentlich-rechtliche Rundfunk in seiner "unerläßlichen Grundversorgung" die Breite der Programmangebote und die Vielfalt der Meinungen sichere. Es sei nicht damit zu rechnen, daß Rundfunkprogramme privater Anbieter Informationen, Meinungen und kulturelle Angebote in der vollen Breite vermitteln könnten. Ein "Grundstandard" gleichgewichtiger Vielfalt müsse aber auch von den privaten Programmen verlangt werden. Ausschlaggebend sei allerdings, "daß das Rundfunksystem in seiner Gesamtheit dem verfassungsrechtlich Gebotenen im Rahmen des Möglichen entspricht". Die maßgeblichen gesellschaftlichen Kräfte könnten dabei im Bereich des privaten Rundfunks nicht mit "gleicher Intensität und Wirksamkeit" Einfluß verlangen wie innerhalb des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Nach einem weiteren Beschluß des BVG vom 4. Juni 1987, dem 5. Rundfunkurteil, sind die Bestimmungen des baden-württembergischen Landesmediengesetzes, soweit sie die Programmangebote des SDR und des SWF einschränken, verfassungswidrig. Der Ausschluß der Landesrundfunkanstalten von der Veranstaltung regionaler und lokaler Programme verstößt gegen die grundgesetzlich gewährleistete Rundfunkfreiheit. In seiner Entscheidung folgte das Gericht wesentlich den Verfassungsbeschwerden von SDR und SWF. Zulässig ist ein gesetzliches Werbeverbot für die öffentlich-rechtlichen Regional- und Lokalprogramme, ebenso die Beschränkung einer Kooperation zwischen privaten und öffentlich-rechtlichen Rundfunkveranstaltern. Als verfassungsgemäß bezeichnete Karlsruhe auch den Vorbehalt einer besonderen gesetzlichen oder staatsvertraglichen Zulassung von Programmen der Landesrundfunkanstalten, welche Abonnenten oder Einzelentgeltzahlern vorbehalten bleiben. Die Verpflichtung der

Landesrundfunkanstalten, freie Videotext-Kapazitäten in ihren Programmen privaten Veranstaltern zur Verfügung zu stellen, wurden verfassungsrechtlich nicht beanstandet.

Abschließend stellte das Gericht fest, daß die untersagten Regional- und Lokalprogramme, die im baden-württembergischen Landesmediengesetz untersagt worden waren, zwar nicht der unerläßlichen Grundversorgung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zuzurechnen seien, aber ein Ausschluß der Landesrundfunkanstalten gegen das Prinzip der freien Meinungsbildung verstoße. "Auch jenseits der Grundversorgung durch die öffentlich-rechtlichen Anstalten ist es dem Gesetzgeber daher versagt, die Veranstaltung dieser Programme und Dienste ausschließlich privaten Anbietern vorzubehalten", heißt es in den Leitsätzen des Beschlusses.

J.D.

Walter Klingler und Bernward Frank
Abschlußbericht zum Kabelpilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz

Unter dem Titel: "Die veränderte Fernsehlandschaft. Zwei Jahre ARD/ZDF-Begleitforschung zu den Kabelpilotprojekten", haben Walter Klingler und Bernward Frank eine umfassende Darstellung aller wesentlichen Aspekte der Begleitforschung der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten zum Kabelpilotprojekt Ludwigshafen/Vorderpfalz vorgelegt. (Schriftenreihe Media Perspektiven, Bd. 7)

Dieses älteste von vier Modellversuchen für die Medienzukunft ist drei Jahre nach dem Start am 31. Dezember 1986 beendet worden. Die hohen Ambitionen, mit denen das Projekt gestartet wurde, und die medienpolitischen Implikationen machen eine nüchterne Forschungsbilanz interessant. Zentraler Gegenstand der Darstellung sind die Entwicklung der Verkabelungsbereitschaft, die Entwicklung der Fernsehnutzung im Projektgebiet und die Programmspartentrends der Fernsehsysteme im Vergleich zueinander. Mit zwei unterschiedlichen Methoden, Telefonerhebungen und Tagebuchuntersuchungen, wurden fünf Komplexe eingehend analysiert: die Akzeptanz des Kabel- und Satellitenfernsehens generell; das Verhältnis von Programmvermehrung und Fernsehnutzungsdauer; das Verhältnis von Programmvermehrung und Plazierung der neuen privaten Anbieter in dem veränderten Markt; Veränderungen in der Programm-Mischung der Zuschauer aufgrund der Programmvermehrung sowie die Akzeptanz neuer Programme und deren Folgen für die Nutzung und Bewertung der bisherigen Programme.

J.D.

SCHWARZES BRETT-----

I.

In memoriam Kurt Wagenführ

Da stand er also, oben am Ausgang zum Bahnhof Gauting, der Doktor Wagenführ, von dem wir münsteraner Rundfunk-Doktoranden, wie er uns nannte, immer mit einem gewissen Respekt gesprochen hatten. Schließlich war er ja lange Jahre bei uns im Institut Lehrbeauftragter gewesen. Und hatte er nicht in den fünfziger Jahren medienpolitisch Furore gemacht mit seinem "Arbeitskreis für Rundfunkfragen"? War er doch, noch nicht einmal dreißig Jahre alt, Pressesprecher der Weimarer "Deutschen Welle" in Berlin geworden! Ungeordnete Gedanken, wie sie eben einem Doktoranden unmittelbar vor der Begegnung mit einem Zeitzeugen, den zu befragen er sich auf den Weg gemacht hat, durch den Kopf schießen. Es war ein sonziger Oktobertag 1976, als Kurt Wagenführ in die Gautinger Bahnunterführung spähte, um den Doktoranden aus Münster auszumachen - Baskenmütze, sportliches Wildleder-Blouson, Rollkragen-Pullover, ganz leicht nach vorn gebeugt. Nein, seine damals 73 Jahre sah man ihm weiß Gott nicht an.

Da holte also dieser Kurt Wagenführ, dessen Zeitschriften wir in der Instituts-Bibliothek penibel ausgewertet und exzerpiert hatten, einen Studenten mit dem Auto ab, nur um ihm die zehn Minuten Fußweg vom Bahnhof Gauting bis zur Hangstraße zu ersparen. Diese kleine, aber bedeutungsvolle Geste blieb charakteristisch: gleich bei der ersten Begegnung war man sich sicher, daß Wagenführ nicht nur gespannt war auf ein neues Gesicht, daß er den "Neuen" vielmehr ernst nahm, daß er bereit war, sich um Doktoranden zu kümmern. Dazu gehörten natürlich auch seine ersten Fragen im Auto. Wie denn die Fahrt gewesen sein, interessierte ihn, wie es im Institut gehe, ja und ob ich in München schon eine "Molle" getrunken hätte? (Den bajuwarischen Terminus "Maß" zu gebrauchen, hat er sich meines Wissens immer standhaft geweigert.)

Die Azalee, sagte er dann, vor seinem Wohnzimmerfenster stehend, die ich da im Garten sähe, hätten ihm vor Jahren Freunde zu irgendeinem Geburtstag geschenkt. Im Sommer stünde sie draußen in der Sonne, um Kraft zu tanken. Im Winter hole er sie wieder ins Zimmer, wo sie jedes Jahr aufs Neue eine phantastische Blütenpracht entfalte. Er hatte sich - und das sollte so bleiben - viel Zeit genommen, kostbare Zeit, wenn man bedenkt, daß alle vierzehn Tage seine "Fernseh-Informationen" herauskamen, deren Arbeit hauptsächlich auf ihm und seiner Frau Andrea Brunnen lastete. Und dann war es beinahe wie im Seminar. Er ließ einen erzählen über das Thema, über Schwerpunkte, die es zu setzen galt, über Quel-

len-Probleme, über erste Ergebnisse. Manchmal fragte er kurz nach, bisweilen machte er sich auf einem Papierbogen kleine Notizen, vor allem aber hörte er geduldig und aufmerksam zu. Und dann machte er seine Bemerkungen, seine vorsichtig formulierten Exkurse, und fing an, Ratschläge zu geben. Unversehens hatte er einen in eine Diskussion verstrickt, in der es um Details ging, in der die Fragen hin- und hergewendet wurden. Kurt Wagenführ argumentierte behutsam und abwägend, er hakte nach, er gab zu bedenken, ob nicht diese Institution "ihre Finger im Spiel" gehabt haben könnte, ob man nicht auch jenen Zusammenhang annehmen müsse. Mehr als einmal fragte er höflich: "Darf ich Sie noch auf diese Fährte lenken?" Keinesfalls wollte er verunsichern; seine Überlegungen, seine Konstruktionen zeigten im Gegenteil, daß er mitdachte, sich bemühte, Sicherheit und Selbstvertrauen zu vermitteln.

Am besten aber war es, wenn er sich auf eine schnell vorgetragene Feststellung hin leicht schmunzelnd zurücklehnte, zunächst knapp und vielsagend "Kunststück" zur Antwort gab, um dann ein facettenreiches, farbiges Bild von jenen Personen oder Ereignissen zu entwerfen, die gerade angesprochen waren. Nein, Kurt Wagenführ begnügte sich nicht mit einfachen Antworten. Er versuchte, die Zeit, nach der man ihn gefragt hatte, die Umstände, das Milieu greifbar zu machen, verstrickte Zusammenhänge zu sezieren, differenzierte Einschätzungen und Bewertungen zu geben, mögliche Ursachen zu rekonstruieren. Dabei ließ er keinen Zweifel darüber zu, daß seine Antworten und Erklärungen trotz seiner für den Zuhörer stets beeindruckenden Fakten-Kenntnis eben nur seine persönliche Sicht der Dinge seien. Immer wieder folgten daher seine Ermahnungen, die er vorsichtig, aber mit spürbarem pädagogischen Eifer einleitete mit: "Bitte bedenken Sie" oder "Bitte versuchen Sie zu verstehen". Und deshalb ermunterte er, noch einmal nachzuforschen, ob es nicht doch noch weitere Akten gäbe, ob in Zeitungen oder Zeitschriften nicht wenigstens eine Andeutung, eine kleine Information zu finden sei, mit welcher man weiterarbeiten könne, um mehr Klarheit zu gewinnen. Wagenführ war weit davon entfernt, seine Interpretation als allein verbindlich zu verstehen. Dazu war er viel zu selbstkritisch. Aber er konnte ungemein insistieren, wenn ihm ein Datum fragwürdig erschien, wenn er glaubte, eine Frage sei noch nicht hinreichend erörtert worden, oder wenn er ahnte, es könnte noch etwas dahinter stecken, was bislang nicht zur Sprache gekommen sei.

Am Ende unserer ersten Begegnung in Gauting gab er mir eine kleine Liste mit Namen und Anschriften von anderen Zeitzeugen, die "noch etwas wissen könnten". Einen dieser Namen hatte er leicht unterstrichen. Diesen Herrn müsse ich unbedingt noch fragen. Er sei zwar "zugeknöpft bis ans Kinn", aber mit sanftem Nachdruck werde es schon gehen. Andernfalls würde aus Gauting vorsichtig nachgeholfen. Auf jeden Fall sollte ich alsbald telephonisch Bescheid geben. Ja, er telephonierte gern. Er war aber auch, erstaunlich für einen Journalisten, ein fleißiger, unermüdlicher Briefeschreiber. Häufig schrieb er Briefe, manchmal angereichert durch Kopien aus Zeitschriften oder Büchern, die eine Facette diskutierten,

einen Nachsatz enthielten, eine neue Anschrift. Wem er glaubte, auch nur mit dem kleinsten Fitzelchen Information weiterhelfen zu können, der war sich seiner Unterstützung sicher.

Kurt Wagenführ machte Mut. Weit wichtiger als alle seine Informationen, Ratschläge und Hinweise, die er in feiner Schrift in seinen Briefen gab oder in seinen langen Telefongesprächen, war seine Ermunterung. Es sei doch großartig, daß das Thema, an welchem man herumdoktoriere, aufgegriffen und bearbeitet werde. Ja, es habe ihm "direkt die Socken ausgezogen", was man dafür inzwischen alles ausgegraben habe, was man wisse, und er sei sehr gespannt darauf, bald das Manuskript lesen zu können. Sein Optimismus war zuweilen so ansteckend, daß er manche Schwierigkeiten vergessen ließ und zugleich die Zuversicht vermittelte, die zäh sich hinschleppende Arbeit werde schon zum positiven Abschluß kommen. Welcher Doktorand, welcher Examenskandidat weiß nicht, was solche Bestätigung bedeutet?

Ich weiß nicht, wievielen Doktoranden Kurt Wagenführ auf diese oder ähnliche Weise geholfen hat. In den letzten Jahren jedenfalls verging kein Grünberger Kolloquium des Studienkreises, ohne daß er Wochen vor dem obligatorischen Mai-Termin angerufen hätte, um sich zu erkundigen: "Worüber arbeiten die neuen Doktoranden?", "Wie kann ich ihnen helfen?", "Habe ich ihnen überhaupt noch etwas zu sagen?". Zweifellos hat er sich bis in sein hohes Alter hinein und mit der ihm eigenen Energie bereitgehalten für neue Themen, für neue Fragen, für neue, oft nächtelange Diskussionen, für eine sich wandelnde Mentalität der Studenten. Wie nur wenige seiner Altersgenossen hat er Verantwortung gespürt, den Nachgeborenen die selbsterlebte und beobachtete Geschichte mitzuteilen, sie sorgfältig - und auf jede Formulierung achtend - zu erklären und verständlich zu machen. Er war nicht nur ein Zeitzeuge mit brilliantem Gedächtnis, mehr noch fühlte er sich als Lehrer, der sich auf seine Schüler sorgsam einzustellen bemühte. Daß er Journalist war, ließen manche der langen Gespräche mit ihm fast vergessen. Seine eigene Person jedenfalls, seine Leistungen hat er stets in den Hintergrund verbannt.

Arnulf Kutsch

Er gehörte zu den Wegbereitern und Gründungsmitgliedern des Studienkreises, er nahm regelmäßig an den Jahrestagungen und den Grünberger Kolloquien teil. Wer wie er ein Leben lang den Rundfunkmedien als Zuhörer, als Anschauender verbunden war, wußte zu den dort referierten und diskutierten Themen stets eigene Erfahrungen beizusteuern. Über diese berichtete er lebendig, oft mit anschaulichen Bildern gewürzt, gestützt auf ein beneidenswert gutes Gedächtnis. Dabei konnte er auch freimütig als solche erkannte eigene Fehleinschätzungen in der Vergangenheit einräumen. Für die Teilnehmer der Jahrestagungen, der Kolloquien war Kurt Wagenführ ein immer interessierter und engagierter Partner, sorgfältig notierte er im Zuhören ihm wichtig erscheinende Thesen oder Positionen, um in der Diskussion zumeist mit einer Frage seinen Kommentar einzuleiten. Mehrere Generationen von Studenten der Rundfunkge-

schichte begleitete er mit sympathisierender Neugierde bei ihren Forschungen, viele von uns erfuhren durch ihn Ermutigung, nicht selten mahnte er verzögerte oder auch unterbrochene Arbeiten an. Seine Anwesenheit bei Veranstaltungen des Studienkreises gehörte zum Selbstverständlichen - niemand, der seinen Rat suchte, mußte sich um ihn bemühen, weil Kurt Wagenführ ihm schon entgegenkam.

Er war nicht nur ein Zeitzeuge und unerschöpflich erscheinender Wissensträger des Rundfunks seit den Jahren der Weimarer Republik, er hatte seine eigenen Erfahrungen gelernt zu reflektieren und soweit irgendmöglich zu objektivieren. Mit wissenschaftlichen Methoden den Stoff des Erfahrenen zu verarbeiten, um mit den darauf gewonnenen Erkenntnissen Maßstäbe für die kritische Beobachtung der Rundfunkarbeit in der Gegenwart zu gewinnen - diese Haltung zeichnete ihn vor anderen Persönlichkeiten des Rundfunks seiner Generation aus. Insofern war Kurt Wagenführ ein großer Historiker, denn er blieb bei allem Interesse an der geschichtlichen Entwicklung stets seiner jeweiligen Gegenwart verpflichtet. Aus dem engagierter Miterleben der Rundfunkarbeit der Gegenwart speiste sich Wagenführs Antrieb, geschichtliche Entwicklungen, deren Voraussetzungen wie Ergebnisse, zu verstehen, zu dokumentieren. Weil er Verantwortung für das von ihm als faszinierend empfundene Medium des Rundfunks, vor allem des Fernsehens, empfand, war er ein gewissenhafter Rundfunkhistoriker.

In den MITTEILUNGEN des Studienkreises finden sich nur wenige mit seinem Namen gezeichnete Beiträge. Das verwundert niemanden, denn schließlich verantwortete Kurt Wagenführ gemeinsam mit seiner Gemahlin eine eigene Zeitschrift, die FERNSEH-INFORMATIONEN. Dennoch enthält fast jedes Heft der seit 1974 erscheinenden MITTEILUNGEN seinen Namen, wovon das Zehnjahresregister zeugt. Auf ein Zeugnis besonderer Art sei an dieser Stelle hingewiesen: in Grünberg hatte während des Kolloquiums am 12. Mai 1984 Arnulf Kutsch mit Kurt Wagenführ und mit Andrea Brunnen-Wagenführ ein Gespräch über die FERNSEH-INFORMATIONEN geführt, das in Heft 4 des 10. Jahrgangs der MITTEILUNGEN erschienen ist (S. 192-307). In diesem Gespräch sind Engagement und Verantwortungsbewußtsein für das Medium vorzüglich dokumentiert, zugleich enthält der Text den expliziten Beleg für eine Lebens- und Arbeitsgemeinschaft, die uns während der Jahre des gemeinsamen Weges beeindruckte, die uns im Studienkreis immer als ein glückliches Vorbild erschien.

Die Mitgliederversammlung des Studienkreises hatte am 16. September 1983 während der Jahrestagung in München Kurt Wagenführ zum Ehrenmitglied gewählt. In der Glückwunschadresse des Vorstands an Kurt Wagenführ hieß es: "Der Verein würdigt mit dieser Wahl Ihre lebenslangen Verdienste um ein vertieftes Verständnis der Rundfunkarbeit in der Öffentlichkeit, Ihre große publizistisch-kritische Leistung, Ihr frühes Engagement für die rundfunkwissenschaftliche Forschung. Daß Sie Ihre Erfahrungen, Ihr Wissen stets uneigennützig offenlegten und inzwischen mehreren Generationen vor allem der Rundfunkgeschichte verpflichteter junger Wissenschaftler verfügbar machten, verpflichtet den Verein zu großem Dank, der mit der Wahl zum Ehrenmitglied einen symbolischen Ausdruck findet."

Seinen Dank drückte Kurt Wagenführ am 4. Oktober 1983 in einem Handschreiben aus, in dem es unter anderem hieß: "Ich kann Ihnen nur versichern, daß mich jedes Wort erneut und vermehrt verpflichtet, meine Arbeit fortzusetzen - so lange es mir geschenkt und damit erlaubt wird. Daß ich dabei besonders an die Studenten denke, ist selbstverständlich: es ist ein Glück, auf diese Weise 'broadcaster' zu sein. Wie es ein Glück ist, dem Studienkreis als Lernender anzugehören."

Der Meister ein Lernender! Die Erinnerung an Kurt Wagenführ wird im Studienkreis lebendig bleiben.

Friedrich P. Kahlenberg

Ein Lebensbild des Publizisten Kurt Wagenführ steht noch aus; es wird wohl noch länger auf sich warten lassen. Das liegt nicht nur an den bis jetzt greifbaren biographischen Quellen, wenn sie denn überhaupt persönliche Aufschlüsse geben, sondern auch an dem bisher begrenzten Interesse der kommunikationswissenschaftlichen Forschung, die breite Skala ihrer Bemühungen in das Feld der Medienbiographie hinein zu erweitern. Hans-Dietrich Fischer hat vor Jahren in der Einleitung zu einer Bochumer Ringvorlegung die "Pioniercrew der Nachkriegspublizistik" - Augstein und Nannen, Bucerius und Springer, Fritz Säger und Anton Betz - um Rundfunkpersönlichkeiten wie Eberhard Beckmann, Friedrich Bischoff und Hanns Hartmann angereichert, aber zugleich feststellen müssen: "Über die meisten der Genannten existieren - abgesehen von Ausnahmen (dazu gehört seit 1984 die Biographie Sir Hugh Greene's von Michael Tracy) - keine systematischen biographischen Arbeiten, in denen ihre publizistischen Leistungen hinreichend dargelegt werden."¹) Dabei fällt auf, daß die Presse stärker vertreten ist als der Rundfunk, und am meisten muß auffallen, daß in den wenigen ersten Ansätzen zu medienbiographischen Versuchen und in der Öffentlichkeit neben Intendanten, Programmdirektoren, Moderatoren und Entertainern Rundfunkkritiker bisher so gut wie überhaupt keine Berücksichtigung fanden. Grundsätzlich hat der Journalist, über dessen Berufsbild und dessen Rolle als Kommunikator neuerdings viel theoretisiert und analysiert wird, in der Literatur - wie in der Publizistikgeschichte seit Fontane, Alfred Kerr und, um noch eine ganz andere Sparte zu erwähnen, "Sling", dem Berliner Gerichtsreporter der zwanziger Jahre, mancherlei Aufmerksamkeit erregt, die über das hinausging, was er schrieb. Beim Rundfunkkritiker aber gibt es einen Nachholbedarf, der mit der Person Kurt Wagenführs und seinen vielfältigen, nicht allein journalistischen, sondern auch wissenschaftlichen Tätigkeiten seit mehr als fünfzig Jahren zu einem beträchtlichen Teil gedeckt werden könnte.

Wagenführ selbst hat darüber offenbar nur selten reflektiert. Daß er sich durch die Jahrzehnte hindurch in erster Linie als Journalist verstand, bezeugen, wenn auch mehr indirekt, viele seiner Veröffentlichungen. Diese gehörten zwar häufig zu dem, was man

1) Pioniere der Nachkriegspublizistik. Berichte von Initiatoren des Kommunikationssystems nach 1945, Köln 1986, S. 11

Tagespublizistik nennt. Aber schon eine erste Auswahl von Artikeln, Anmerkungen und Glossen, wie sie 1983 zum 80. Geburtstag Arnulf Kutsch ausgewählt und vorgelegt hat (2), zeigt, daß sie als Beiträge zu einer Medienbiographie ihre Bedeutung behalten haben. Der Journalist Kurt Wagenführ ist in seinen Beruf auf doppelte Weise hineingewachsen, nämlich aus inneren und äußeren Anlässen. Nach dem Jurastudium in Halle und Leipzig und der Promotion 1925 schlug er nicht etwa eine Juristenlaufbahn ein, sondern ging als Volontär zur Berliner "Deutschen Allgemeinen Zeitung" und wurde drei Jahre später Redakteur im Berliner Büro der "Hamburger Nachrichten" mit Parlamentsberichterstattung aus dem Reichstag und dem Preußischen Landtag. Als Leiter der Pressestelle der "Deutschen Welle" entließen ihn die neuen Machthaber am 1. April 1933 fristlos, und der freie Rundfunkpublizist, der er nun wurde, lernte bald, "sich durch Verordnungen und Zugriffe hindurchzuschlängeln, Anweisungen zu unterlaufen und Verbote zu umgehen". Die Rundfunkkritiker, so Wagenführ, waren zu "Zwischen-den-Zeilen-Schreibern" geworden. Solche journalistischen Praktiken in den ersten Hitler-Jahren und vor allem in Berlin hat es häufig gegeben; eingehend schildert das Margret Boveri in ihren Memoiren. Darüber rätseln zu wollen, wo Wagenführs eigentliche Motive für den Journalistenberuf lagen, ist wie in den meisten Medienbiographien schwierig; wahrscheinlich erübrigt es sich ohnehin. Neugier ist ein legitimer und sympathischer Grund, Neugier auf Neues allzumal. Wie sehr ihn das neue Medium Rundfunk - erst Hörfunk, dann auch Fernsehen - angetrieben hat, lassen manche Bemerkungen deutlich werden. Schon bei den ersten Hörfunk-Kritiken wurde in den Redaktionen gefragt, wo diese denn untergebracht werden sollten. Das war zu einer Zeit, da sich "'das Feuilleton' ... im allgemeinen weigerte, Rubriken über nicht unverdächtige Neuerungen ('Wie lange würde Rundfunk überhaupt dauern?' - 'Rundfunk ist keine Kunst, er ist ein Inflationskind' usw.) einzurichten". Trotzdem wuchs der Hörfunk dann "in fürsorglicher, mahnender, ermunternder, bisweilen auch strenger Begleitung einer freien Kritik" auf, während das neue, für die breitere Öffentlichkeit kaum bemerkbare Fernsehen seit 1936 eine "Insel" genannt wurde, "abseits und isoliert, bewohnt von Rundfunkleuten, die in der großen Rundfunk-Zentrale nicht unbedingt erwünscht waren".

Rundfunkkritik, das war für Kurt Wagenführ allerdings nicht allein Beobachtung und Beurteilung des Programms, wobei er stets nicht nur die Wirkung, sondern auch das Zustandekommen berücksichtigte. Die Rundfunkpolitik, und das hieß nicht zuletzt der Umgang mit den Verantwortlichen, gehörte ebenso sehr dazu. Im Mai 1977 schrieb er zu der Mahnung des HR-Intendanten und ARD-Vorsitzenden Werner Heß an die Presse, doch nicht allzuviel über anstaltsinterne Vorgänge vor allem spitzenpersonalpolitischer Art zu spekulieren, es sei "die verdammt Pflicht der Presse, zu allen Rundfunkfragen Stellung zu nehmen, vor allem, wenn wichtige Probleme zu oft und lange hinter verschlossenen Türen behandelt werden."

Walter Först

2) Kurt Wagenführ, Anmerkungen zum Fernsehen 1938 bis 1980, Mainz/Stuttgart 1983

II.

Roderich Klett (1935-1987)

Im Alter von nur 52 Jahren erlag am 15. März Dr. Roderich Klett, Hörfunk-Programmdirektor des Süddeutschen Rundfunks, einem Herzinfarkt. Mit seinem unerwarteten Tod verlor der SDR einen der tatkräftigsten und ideenreichsten Exponenten des modernen Radios. Klett war zeit seines beruflichen Wirkens "ein Mann des Rundfunks durch und durch, einer, der sich diesem Medium bewußt verschrieben hatte, in jedem Augenblick das Ziel verfolgte, den spezifischen Bedingungen der Vermittlungsweise des Rundfunks nachzuspüren, seine Möglichkeiten auszuschöpfen, seine Grenzen auszuloten." (Dr. Peter Kehm, SDR-Programmdirektor bis 1984.) Früher als viele andere hatte der Radio-Journalist Klett erkannt, was öffentlich-rechtlicher Rundfunk heute angesichts der Medienlandschaft von morgen leisten muß und leisten kann: Radio für alle zu bieten, vor allem aber der Mehrheit der Hörer in ihren Ansprüchen und Erwartungen an das Radio als freundlichen Lebensbegleiter zu dienen, das war seine Maxime.

Der berufliche Lebensweg von Klett war so gradlinig und konsequent, wie es seiner Wesensart entsprach. Nach dem Abitur am Eberhard-Ludwigs-Gymnasium in Stuttgart studierte er Anglistik, Politik und Zeitgeschichte erst in Tübingen, dann in London. Ihm mochte es damals nicht leicht gefallen sein, aus dem Schatten eines prominenten Vaters hervorzutreten, zählte doch Arnulf Klett, viele Jahre lang Oberbürgermeister von Stuttgart, zu den erfolgreichsten Männern des Wiederaufbaus nach dem Krieg. Der Sohn freilich sollte seinen eigenen Weg machen und finanzierte sein Studium in London selber: durch Klavierspielen als Barmusiker in einem Londoner Vorort. Die Liebe zur Musik begleitete ihn sein Leben lang. So kam es nicht von ungefähr, daß in den letzten Jahren seines beruflichen Wirkens als Hörfunk-Programmdirektor sein besonderes Augenmerk allen Ansätzen neuer Formen der Musik-Präsentation im Radio galt.

Seine rundfunk-journalistische Laufbahn begann Klett in der Nachrichtenredaktion des SDR. Er wechselte dann zum Fernsehen über und bewies dort vor allem auf dem Felde der landespolitischen Berichterstattung seine professionellen Qualitäten als stets kritisch distanzierter und fairer journalistischer Vermittler des politischen Geschehens. Vorbild war ihm dabei jenes journalistische Selbstverständnis, das er bei der BBC London kennengelernt hatte. Das Geschäft der öffentlichen Unterrichtung verstand er zuvörderst als Dienst an der Öffentlichkeit, als unvoreingenommene und wahrheitsgetreue Vermittlung von Fakten. Parteilichkeit oder gar missionarischer Eifer waren ihm fremd. Einem breiteren Publikum wurde er damals vor allem durch eine eigene Fernsehsendung bekannt, die er mehr als sechs Jahre leitete, den "Lokaltermin". Seine souveräne Art der Moderation und der Diskussionsführung, gepaart mit hoher Formulierungskraft, setzte Maßstäbe.

Die Arbeit vor der Fernsehkamera war für Klett freilich nur eine vergleichsweise kurze Zwischenstation. 1976 kehrte er zum Radio zurück - in neuer Funktion als Chefredakteur Politik. Mit zupackendem Elan und zielstrebigem Konsequenz förderte er alle Ansätze zu einem neuen Stil der Vermittlung und betrachtete es stets als seine Aufgabe, vor allem Anstöße zu geben, neue Sendungen und Sendungsformen einzuführen. So leistete er in der Entwicklung neuer, attraktiver Nachrichtenformen "Pionierdienste". Als erste Rundfunkanstalt führte der Süddeutsche Rundfunk Anfang 1977 Nachrichten mit sogenannten Originaltönen ein. Die "News-Show" nach angelsächsischem Muster hatte dabei Pate gestanden. Diese neue Nachrichtenform, von so manchen Kritikern damals als Sünde wider die reine Nachrichtenlehre beargwöhnt, ist heute aus den Südfunk-Programmen mit seinen "Telegramm"-Sendungen nicht mehr wegzudenken. Klett hatte sie entwickelt und beharrlich vorangetrieben - wie so vieles andere, was heute seine Handschrift trägt. Über die zahlreichen politischen Sendungen hinaus, die er in jenen Jahren selber machte, hat er mit Sendereihen wie "Reden auf die Republik", "Stationen einer Republik" und "Die Achziger Jahre", aber auch mit Aktivitäten wie der "Ägyptischen Woche" oder der "Amerika-Woche" in den Programmen des Süddeutschen Rundfunks vielbeachtete Akzente gesetzt.

Wie nur wenige verstand sich Klett auf vieles: als Programmgestalter und politischer Publizist, als Krimi-Autor und Kolumnist, als Manager und Musiker, als Literat und ganz besonders als Liebhaber britischen Unterstatements und der feinen Ironie angelsächsischen Humors. Wenn er sich über etwas ärgerte, verstand er es, den Gegenstand solchen Ärgers mit spitzer Feder aufzuspießen. Daraus entstand so manche gelungene Satire.

Als Klett 1984 in der Nachfolge von Dr. Peter Kehm Programmdirektor und Geschäftsführer im SDR wurde, gehörte zu den vielen Plänen und Absichten, die er mit diesem neuen Amt verknüpft hatte, der Vorsatz: ein Programmdirektor muß auch selbst Programm machen, wenigstens gelegentlich. Und zwar auf eine Weise, die Beispiel geben sollte für sein Verständnis guter Unterhaltung im Radio. Also: Interessant und amüsant, das Menschliche offenbarend, nicht mit Häme, sondern mit Humor. So ließ Klett in der von ihm selber entwickelten Sendung "Sonntagsfrühstück" mehr als 130 Gäste plaudern, den Dirigenten und Fußballtrainer, den Krimi-Autor und die Königliche Hoheit. Sein "Sonntagsfrühstück" hatte sich in kurzer Zeit zu einer der beliebtesten Sendungen im Südfunk-1-Programm entwickelt. Für dieses 1. Programm, die "Leitwährung" unter den Hörfunkprogrammen des Süddeutschen Rundfunks, hat Klett ein neues journalistisches Konzept entwickelt und mit Erfolg durchgesetzt. Zielstrebig realisierte er sein Konzept eines modernen Radios, das zuverlässig informiert und vergnüglich unterhält, das die Bürger nicht allein läßt, sondern mit einem vielfältigen Angebot durch den Alltag begleitet. Er ließ sich dabei von der Überzeugung leiten, daß "am Ende diejenigen Programme die Sieger bleiben, die als Gesamtkunstwerk am überzeugendsten gelungen sind - als Gesamtkunstwerke, in denen sich Genuß und Gewinn gleichermaßen finden lassen, in denen sich intelligente Unterhaltung und angemessene

Information, also Nutzlast und Entertainment in der richtigen Weise mischen". Die Konkurrenz bestehe jener, der das professionellste Programm macht, "das unterhält, ohne durch Dummlichkeit zu beleidigen, das informiert, ohne zu langweilen, bei dem ich etwas lerne, ohne belehrt zu werden, das mit mir redet, ohne geschwätzig zu sein, das freundlich mit mir umgeht, ohne mir auf den Schoß zu sitzen".

Als Klett im Frühsommer 1984 das Amt des Programmdirektors übernahm und damit neben vielem anderen auch die Verantwortung für die Klangkörper des Süddeutschen Rundfunks, das Radio-Sinfonie-Orchester Stuttgart und den Südfunk-Chor, hat er sich gerade diese Aufgabe besonders gern und mit der Leidenschaft des Musik-Kenners und -Liebhabers gewidmet. So verstand es sich für ihn von selbst, daß er noch im November 1986 die Strapazen einer Japan-Reise für nur einige Tage auf sich nahm, um wenigstens den letzten Konzerten der großen Tournee des Radio-Sinfonieorchesters Stuttgart in Kioto und Tokio beizuwohnen. Mit dem Chefdirigenten dieses Orchesters, Sir Neville Marriner, verband ihn eine persönliche Freundschaft, die beide Familien mit einschloß. Auf ARD-Ebene vertrat Klett den Süddeutschen Rundfunk acht Jahre lang in der Chefredakteurs-Konferenz der ARD und anschließend in der Hörfunk-Kommission: "Wir haben ihn schätzen gelernt als einen klugen Ratgeber, als einen temperamentvollen Diskussionspartner, als Mann, der im Zweifel immer den Journalismus, das Programm-Machen vor vermeintlich bürokratische Zwänge setzte und der immer auch mithalf, besonnen und abgewogen, aber gleichzeitig engagiert und fest dies dann auch durchzusetzen." (Dr. Hubert Locher, SWF Hörfunk-Direktor und Vorsitzender der Hörfunk-Kommission der ARD.)

Auf der Trauerfeier des Süddeutschen Rundfunks in der Stuttgarter Friedenskirche dankte Intendant Professor Dr. Hans Bausch Roderich Klett im Namen des Süddeutschen Rundfunks als einer "wirklich herausragenden journalistischen und menschlichen Persönlichkeit, die in unverbrüchlicher Treue zum Hause gestanden, voll und ganz Verantwortung getragen hat, auch wenn es manchmal zu viel wurde und vielleicht zu Lasten der Familie ging. Wir danken und behalten in dankbarer Erinnerung den Menschen, der im Grunde seines Wesens, wie es mir immer schien, doch ein echter Schwabe seiner Geburtsstadt Stuttgart geblieben ist, auch wenn ihn die angelsächsischen Accessoires sozusagen dann und wann auszeichneten. Seine Spuren werden, das sei in der Stunde des Abschieds gesagt, eingegraben bleiben in der Geschichte des Süddeutschen Rundfunks."

Wolfgang Pohl

III.

Kurt Vaessen (1909-1987)

Die "Zeitungswissenschaft", die von 1926 bis 1944 von Karl d'Ester und Walther Heide herausgegebene Monatsschrift der gleichnamigen Vorläuferdisziplin der heutigen Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, führte in ihren Jahrgängen 1934 bis 1937 eine Rubrik

mit dem Titel "Randgebiete". Das war das Etikett, das die pressezentrierte Fachzeitschrift der laufenden Berichterstattung über Rundfunk und Film zugestand. Diese bescheidene Konzession konnte allerdings nur schwer verbergen, daß der Konflikt über die Gegenstände der Zeitungswissenschaft, der letztlich ein theoretischer Streit über die Entgrenzung des Faches zur Publizistikwissenschaft war, die fachinterne Diskussion seit Beginn der dreißiger Jahre beschäftigte und sie bis in die frühen vierziger Jahre bestimmen sollte. Ihr früherer theoretischer Kopf war der Zeitungs- und Filmwissenschaftler Hans Traub, wissenschaftlicher Referent am Deutschen Institut für Zeitungskunde in Berlin, dem 1934 auch die Berichterstattung über "Film" und "Rundfunk" übertragen worden war. Mit Beginn des Jahres 1936 übernahm die Bearbeitung der Sparte "Rundfunk" ein Münchner Student der Zeitungswissenschaft, Kunstgeschichte und Philosophie, der damals kurz vor der Fertigstellung seiner Dissertation stand: Kurt Vaessen.

In den zwei Jahren, in welchen er die Sparte betreute, berichtete Kurt Vaessen in meist kleineren Beiträgen über zeitgenössisch aktuelle Ereignisse und Entwicklungen im deutschen und internationalen Rundfunk. Die Rolle des Rundfunks im italienisch-abessinischen Krieg, die Einstellung der Funkwerbung in Deutschland, der "Weg des Rundfunkempfängerbaus", der Rundfunk bei den Olympischen Spielen in Berlin oder die "rundfunkpolitische Einkreisung Deutschlands", das waren seine Themen 1936. Im Januar 1937 begann er seine Berichte erstaunlicherweise mit zwei Beiträgen über "Weg und Inhalt des Fernsehens" sowie über "Die geistige und programmliche Durchbildung des Fernsehens". Drei Monate darauf erschien in der April-Nummer der "Zeitungswissenschaft" seine bis heute von zahlreichen rundfunkhistorischen Darstellungen benutzte Statistik der "Entwicklung der deutschen Rundfunkteilnehmerzahlen 1923-1937", die - beginnend mit dem 1. Dezember 1923 - den jeweiligen monatlichen Teilnehmerstand, also die Anzahl der angemeldeten Geräte verzeichnete.¹⁾ Erwähnenswert sind endlich drei kürzere Berichte über die "Neuordnung in der deutschen Rundfunkleitung" (1937), die "Entwicklung des Kurzwellenrundfunks und seine politische Bedeutung" sowie über die deutschen Funkausstellungen in Berlin bis zum Jahre 1937.

Die notwendigen Materialien fand er im zeitungswissenschaftlichen Institut der Münchner Universität, wo der am 19. Juni 1909 in Röhlscheid bei Aachen geborene Vaessen nach seinen ersten Semestern an den Universitäten Köln und Freiburg seit Beginn der dreißiger Jahre studierte. Ebenso wie verschiedene andere zeitungswissenschaftliche Einrichtungen in Deutschland ²⁾ hatte auch das Münchener Institut um diese Zeit mit dem Aufbau einer "Rundfunkabtei-

-
- 1) vgl.: Kurt Vaessen, Die Entwicklung der deutschen Rundfunkteilnehmerzahlen von 1923-1937, in: Zeitungswissenschaft 12. Jg. (1937), Nr. 4, S. 263-264
 - 2) vgl. auch: Arnulf Kutsch, Das Medium als Gegenstand der Wissenschaft. Ansätze einer Rundfunkforschung an der Universität Heidelberg 1932/33, in: Mitteilungen StRuG 10. Jg. (1984), Nr. 4, S. 308-325

lung" begonnen, deren Leitung Vaessen alsbald übernahm und die er zielstrebig ausbaute. Seinem Bericht über das Sommersemester 1935 ist zu entnehmen, daß die Abteilung neben 21 Programmzeitschriften und neben den Pressediensten sämtlicher Reichssender fast 40 meist funktechnische und -wirtschaftliche Periodika führte. Zudem verfügte die Abteilung über eine Sammlung von 21000 den Rundfunk betreffende Zeitungsausschnitten, die Bibliothek umfaßte 150 einschlägige Titel, darunter Hauspublikationen der Reichs-Rundfunk-Gesellschaft und verschiedener Rundfunkeinrichtungen, die dem Institut geschenkt worden waren. Für praktische und Programm-Abhör-Übungen standen ein "5-Röhren-AEG-Super-Gerät" mit zwei Lautsprechern, einem Mikrophon sowie einem Schallplattengerät zur Verfügung.³⁾ Schon im Wintersemester 1933/34 hatte der Institutsdirektor Karl d'Ester seinem gerade 24-jährigen studentischen Mitarbeiter die Veranstaltung einer Rundfunk-Arbeitsgemeinschaft gestattet, die sich bei den Studenten einiger Beliebtheit erfreute und im Sommersemester 1935 immerhin 28 Teilnehmer verzeichnete.

Freilich hatte der Doktorand Vaessen seine Übungen nicht medienzentriert angelegt, also nicht ausschließlich auf den Hörfunk begrenzt. Der theoretischen Diskussion der Publizistik-Vertreter in der Zeitungswissenschaft folgend, kam es ihm vielmehr darauf an, die publizistischen Mittel nicht isoliert voneinander zu sehen, sondern ihre Gemeinsamkeiten, aber auch ihre Unterschiede zu erkennen. Über seine im Wintersemester 1933/34 veranstaltete Arbeitsgemeinschaft mit dem folgerichtigen Titel "Rundfunk und Presse" etwa berichtete er, sie habe den "großen Fragenkreis des Rundfunks, seiner Psychologie und Struktur, ferner seiner Stellung im kulturellen Weltbild und die Abgrenzungen zu anderen großen Instrumenten der Publizistik und der Propaganda behandelt und untersucht". Als Einzelthemen seien in Referaten behandelt worden

"Psychologisches zu: Rundfunk und Presse; Stilistik von Rundfunk und Presse; Hörer und Funk, Leser und Zeitung; Der Rundfunk in der Zeitungskritik; Propaganda und Reklame bei Funk und Zeitung; der Inhalt einer Zeitung, die Struktur eines Sendeprogramms; Nachrichtendienst bei Funk und Presse; Rundfunk- und Programmzeitschriften; Rundfunk und Presse - eine Konkurrenz?"

Auch wenn schriftliche Ausarbeitungen über diese studentische Lehrveranstaltung nicht überliefert sind, vermag heute noch die Problemorientierung der Themen sowie der generelle Befund zu imponieren, den Vaessen so zusammenfaßte:

"Trotz der Vielseitigkeit des Programms, das alle Sparten unseres Geisteslebens und des Alltages, die Musik und auch die Bühne erfaßt, gehört der Rundfunk zu dem

3) vgl.: Die Abteilung für Rundfunk des Instituts für Zeitungswissenschaft, Universität München. Ein Bericht über das Sommersemester 1935, vorgelegt von Kurt Vaessen (ohne Datum, vermutlich Sommer 1935). Bayerisches Hauptstaatsarchiv (München), Abteilung I, MK 39-707 Universität München

großen Gebiet der Publizistik und der Propaganda und kann nur in engster Verbindung mit der Presse, die ja schon in der Zeitungswissenschaft ihre wissenschaftliche Betreuung findet, erfolgreich bearbeitet und erforscht werden."4)

Natürlich transportierte solche Erkenntnis wesentliche Elemente der publizistischen Lehre, wie sie Hans Traub bereits 1932 in seiner Antrittsvorlesung über "Zeitung, Film, Rundfunk. Die Notwendigkeit ihrer einheitlichen Betrachtung", begründet hatte.5) Kurt Vaessens über die Beschäftigung mit Rundfunk und Film 6) hinausgehende Interessen an den Erkenntniszielen der nach Funktion, Struktur und Einfluß der Medien fragenden Publizistikwissenschaft waren gleichwohl außergewöhnlich, denn sie wurden im Rahmen der von Karl d'Ester in München betriebenen, traditionellen Pressewissenschaft artikuliert, und sie sollten sich schließlich auch in Vaessens Dissertation niederschlagen. Zunächst hatte er vor, eine ganz der Lehre d'Esters verpflichtete "Spiegel"-Dissertation mit dem Arbeitstitel "Die Entwicklung des deutschen Rundfunks und sein Spiegelbild in der Presse" zu schreiben.7) Er änderte seinen Zugriff und damit sein Thema jedoch alsbald, um nun "Die technischen, wirtschaftlich-organisatorischen, künstlerischen und politischen Entwicklungsstufen des deutschen Rundfunks" zu erforschen, wobei ihn besonders intermediäre Einflüsse auf die Genese des Rundfunks beschäftigten.8)

-
- 4) sämtliche Zitate aus: Kurt Vaessen, Rundfunk und Presse, in: Nachrichtenblatt der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München (1.) Jg. (1934), Nr. 3/4, S. 5-6; vgl. ferner: Kurt Vaessen, Rundfunk und Wissenschaft, in: Münchner Merkur. Monatsblätter der zeitungswissenschaftlichen Fachschaft der Studentenschaft der Universität München 1. Jg. (1934), Nr. 3 (August), S. 8
 - 5) vgl.: Hans Traub, Zeitung, Film, Rundfunk. Die Notwendigkeit ihrer einheitlichen Betrachtung, Berlin: Weidmannsche Buchhandlung 1933, 23 S.
 - 6) Vaessen gehörte auch zu den Mitarbeitern der studentischen Film-Arbeitsgemeinschaft des Münchner Instituts, die von Walter Panovsky geleitet wurde. Im Herbst 1934 nahm Karl d'Ester Vaessen mit auf eine Studienreise in die USA. Vaessen drehte darüber einen 300 Meter langen Film, dessen Schnitt Panovsky besorgte und der bei verschiedenen Gelegenheiten aufgeführt, ja sogar verkauft wurde.
Vgl.: -: Kleine Reise nach Amerika, in: Nachrichtenblatt der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München 2. Jg. (1935), Nr. 1, S. 4; -: Bildwand und Lautsprecher, ebenda 2. Jg. (1935), Nr. 2, S. 6; -: Ein gefilmtes Skizzenbuch, ebenda 2. Jg. (1935), Nr. 5, S. 21-22 (dort auch Abdruck von Pressestimmen zu dem Film)
 - 7) vgl.: Nachrichtenblatt der Zeitungswissenschaftlichen Vereinigung München (1.) Jg. (1934), Nr. 3/4, S. 12
 - 8) Schriftliche Auskunft von Kurt Vaessen vom 11.11.1976 an d. Verf.

Als er 1936 sein Rigorosum bestanden hatte, schickte Vaessen seine Dissertation mit dem zeitgenössisch höchst außergewöhnlichen Umfang von mehr als 600 Seiten an die RRG nach Berlin, wo die Arbeit so imponierte, daß sie als erster Band einer neu einzurichtenden Schriftenreihe der RRG herausgegeben werden sollte.⁹⁾ Obwohl sich diese Planungen zerschlugen, erlangte Vaessens Dissertation für die Medien-, insbesondere für die Rundfunkhistoriographie dennoch beachtliche Bedeutung. Da er offenbar keinen Verleger für sein umfangreiches Manuskript fand, mußte er sich nämlich mit einem Teildruck begnügen. Dazu wählte er das Kapitel "Daten aus der Entwicklung des Rundfunks, mit Vergleichszahlen aus der Geschichte des Films, der Presse und des Verkehrswesens" aus ¹⁰⁾, ohne ahnen zu können, daß diese erste und bislang einzige umfassende Daten-Synopse zur chronikalischen Grundlage zahlreicher medienhistorischer Darstellungen werden würde.

Diese studentischen Arbeiten und seine sich daran anschließende Tätigkeit als Assistent am Kölner zeitungswissenschaftlichen Institut von Sommer 1937 bis Sommer 1938 ¹¹⁾ konnten Vaessen aber kaum von seinem ursprünglichen Berufsziel ablenken: er wollte Journalist, Rundfunkjournalist werden. Schon während seiner Aachener Gymnasialzeit hatte Vaessen zeitweilig im Jugendfunk-Programm des Westdeutschen Rundfunks in Köln als freier Mitarbeiter mitgewirkt und erste Erfahrungen vor dem Mikrophon gesammelt. Zehn Jahre später, im Sommer 1938, gelang ihm der Sprung zum "Reichssender Berlin", wo er als Redakteur bis in die Kriegsjahre für die Sendereihe "Kulturelles Wort" verantwortlich war und zeitweise auch in der Presseabteilung arbeitete.¹²⁾

-
- 9) vgl. Schreiben von Karl d'Ester an den Dekan der Universität München vom 30.5.1938, Universitätsarchiv München. Verwaltungsausschuß. O-N-15a: Institut für Zeitungswissenschaft, Akt I
- 10) Kurt Vaessen, Daten aus der Entwicklung des Rundfunks, mit Vergleichszahlen aus der Geschichte des Films, der Presse und des Verkehrswesens, Würzburg: Verlag Konrad Triltsch 1938 (= Zeitung und Leben, Bd. 30)
- 11) In seinen Kölner Lehrveranstaltungen beschäftigte sich Vaessen hauptsächlich mit dem Medium Zeitschrift. Seine Übungen trugen die Titel: "Die deutschen Kolonialzeitschriften" und "Praktikum über Auslandspresse". Vgl. dazu auch die Mitteilung in: Der Zeitschriften-Verleger 39. Jg. (1937), Nr. 22, S. 255-256
- 12) Vaessen war am 1. Mai 1937 Mitglied der NSDAP geworden; vgl. Personal-Akte Dr. Kurt Vaessen, Berlin Document Center. Vgl. ferner seine Aufsätze: Der Rundfunk in der Karikatur, in: Welt-Rundfunk 3. Jg. (1939), Nr. 5/6, S. 16-20; Aus der Arbeit der Deutschen Europasender, in: Reichsrundfunk Jr. 1941, Nr. 13, S. 254-255; "... und dafür danken wir dem deutschen Rundfunk", in: Reichsrundfunk Jg. 1942/43, Nr. 1, S. 6-8; Europas Rufer - Europäische Hörer, in: Reichsrundfunk Jg. 1944/45, Nr. 5/6, S. 57-59

Als Freunde und ehemalige Studenten 1952 Karl d'Ester zum 70. Geburtstag eine Festschrift zusammenstellten, mochte sich mancher darüber gewundert haben, daß Kurt Vaessen für diese Publikation ausgerechnet einen kunsthistorischen Beitrag über den Aachener Dom beisteuerte.¹³⁾ Nur wenige konnten indes wissen, daß Vaessen, nach dem Kriege in seine zerstörte Vaterstadt Aachen zurückgekehrt, dank seiner einschlägigen Kenntnisse 1946 eine Stellung als kunsthistorischer Sachbearbeiter am Aachener Dom gefunden hatte. Von dort holte ihn Monsignore Gottfried Dossing, der Generalsekretär des Päpstlichen Werkes der Glaubensverbreitung mit Sitz in Aachen, 1952 in seine publizistische Abteilung und übertrug ihm die Chefredaktion der Zeitschrift "Weltmission". Trotz seiner beachtlichen Auflage von mehr als 500000 Exemplaren war dieses Organ der Aachener Missionszentrale nicht mehr als ein unscheinbares, zweimal monatlich erscheinendes Blättchen. Unter der Regie von Vaessen gewann es aber im Laufe der Jahre an Format. 1960 wurde es auf Illustrierten-Format umgestellt, seit 1969 erscheint es monatlich im Vier-Farben-Druck und unter dem zeitgemäßerem Titel "Mission aktuell. Illustrierte des Internationalen Katholischen Missionswerkes Missio". 24 Jahre lang leitete Kurt Vaessen, der im Auftrage des Missionswerkes zudem zahlreiche Reisen nach Asien unternommen und für Missionszwecke auch verschiedene Filme gedreht hatte, das Blatt, ehe er 1975 in Pension ging. Der ehemalige Rundfunkdoktorand, der erst in den siebziger Jahren vom Nutzen seiner wissenschaftlichen Arbeit für die Medien- und Rundfunkgeschichte erfuhr, ist am 16. März 1987 in Aachen gestorben.

Arnulf Kutsch

IV.

Literatur und Radio nach dem Krieg - ein "Porträt" des Süddeutschen Rundfunks?

Anthony Waines Abhandlung (MITTEILUNGEN 1987, Heft 2, S. 122-146) gehört zu dem leider nicht seltenen Typus von Arbeiten, die das Massenmedium Rundfunk lediglich mit literaturwissenschaftlichen Kategorien betrachten. Der literaturwissenschaftliche Approach hat zur Folge, daß trotz aller Beschäftigung mit Trivial- und Gebrauchsformen von Sprache, Texten und Literatur der Kanon der literaturwissenschaftlichen Wertehierarchie nicht nur sehr einseitig die Auswahl der Beschäftigung mit den einzelnen Programmsparten bestimmt; das bedeutet eine Konzentration auf Hörspiel, literarisches Feature, Fernsehspiel u.ä. Darüber hinaus wird aus dieser Perspektive vielfach auch die Gesamtleistung des Mediums in Geschichte und Gegenwart bewertet und beurteilt, muß sich das Programm insgesamt den Bewertungsnormen elitekultureller Ausdrucks- und Kommunikationsformen bzw. hochliterarischer Gestaltungsweisen unterwerfen. Dabei wird nicht beachtet, daß Hörfunk und Fernsehen

13) vgl.: Kurt Vaessen, Mittelalterliche Kunstwerke publizistisch gesehen, in: Beiträge zur Zeitungswissenschaft. Festgabe für Karl d'Ester zum 70. Geburtstage, hg. von Wilhelm Klutentretter, Münster: Aschendorff 1952, S. 198-203

"Medien für alle" sind; elitekulturelle Programmteile müssen sich daran messen lassen, inwieweit sie in Placierung und Gestaltung dem Programmauftrag, dem gesetzlich fixierten, aber auch dem selbstgewählten bzw. dem in der öffentlichen Diskussion dem Massenmedium zugeschriebenen, gerecht werden. Dies muß insbesondere für eine Zeit gelten, in der es entweder nur ein Programm gab (bis zum Ausbau der 2. bzw. 3. Programme in den UKW-Ketten meist zu Beginn der fünfziger Jahre) oder im Zuge des Ausbaus der Programme keine klaren Minderheitenprogramme existierten, die eine "Entmischung" ermöglichten und weiteren Platz schufen für Experiment und anspruchsvolle Kulturvermittlung (beim SDR seit 1962).

Dies wäre in etwa der Horizont für ein "Porträt" des Süddeutschen Rundfunks in den fünfziger Jahren gewesen, das den Stellenwert der elitekulturellen Anteile im Gesamtprogramm festmacht. Auf diesem Hintergrund ließe sich dann vielleicht auch feststellen, welche Ausstrahlung in Form und Inhalt die Sendungen der sog. Stuttgarter "Genietruppe" um Jedele, Walser, Gottschalk, Huber u.a. auf andere Redaktionen und Sendungen hatte, so daß in der Tat von einem "Radiolaboratorium" gesprochen werden könnte. Wayne hat sich der Mühe nicht unterzogen, dies im Detail nachzuprüfen, sondern - ohne besondere neue Einsichten zu vermitteln - zu wiederholten Malen den Einfluß von bedeutenden Schriftstellern im Nachkriegsrundfunk beschrieben, auch wenn er deutlich macht, daß das Urteil über die Funktion der Rundfunkanstalten für den Kultur- und Literaturbetrieb der Nachkriegszeit umstritten ist. Auch hier könnte nur ein detaillierter Vergleich zwischen den Printmedien und dem Rundfunk weiterhelfen, die Substitutionsfunktion des gebührenfinanzierten Rundfunks und ihr Auslaufen am Übergang zu den sechziger Jahren näher zu belegen. Was hat der Hörfunk wirklich an Produktionen ermöglicht, die sonst unterblieben wären; in welchen Fällen hat er z.B. Essays und Reiseberichte als erster publiziert (man denke an Hildesheimers Mozartfeature von 1956, das erst sehr viel später als Buch ausgearbeitet erschien)? Darüber hinaus sollte auch gefragt werden, ob die - vermutlich - weitgehend unreflektierte Übertragung von Ausdrucksformen der Textmedien (Essay, aber auch wissenschaftliche Abhandlung) auf das akustische Medium immer sachgerecht war (das Fernsehen stellt eigene Anforderungen an den Zusammenhang von Bild und Wort, es hat seine eigene Dramaturgie erst allmählich entwickelt, obwohl es nach wie vor auch noch Beispiele dafür gibt, daß man sich im falschen Medium wähnt). Die fast zweistündigen Radio-Essays Arno Schmidts und die Reiseberichte von Wolfgang Koeppen werden heute in der Regel an ihrer Textgestalt analysiert und bewertet. Wer aber hat die z.T. noch erhaltenen Tonaufnahmen kritisch daraufhin befragt, ob sie denn möglicherweise auch "anhörbar" waren. Ich sähe auch gerne einmal am "Objekt" nachgeprüft, ob die genuin dem Medium zugeschriebenen Feature von Alfred Andersch oder Ernst Schnabel dieser Prüfung standhielten. Die Auseinandersetzung darüber findet in der Regel auf der Basis der Texte und der Selbstaussagen der Theoretiker und "Macher" statt.

Waine den Vorwurf zu machen, er habe keine Rezeptionsstudien betrieben, wäre absurd, aber einfach mit den quantitativen Zahlen der Studien des Instituts für Demoskopie in Allensbach für den Süddeutschen Rundfunk zu arbeiten (10000 Hörer), hat denselben analytischen Stellenwert wie die Aussage von Alfred Andersch in einem Brief von Arno Schmidt, in dem dieser erklärte: "Es ist ja nicht so, daß ich Ihnen mit der Abnahme dieser Sendungen einen Gefallen erweise, sondern Sie bereichern den SDR mit Ihren Manuskripten um wahre Perlen in seinem Programm. Die Selbstunterschätzung des produzierten Künstlers in seinem Verhältnis zum Abnehmer ist in Ihrem Fall gänzlich unangebracht. Ihre Sendungen gehören zu den meistgehörten unseres Programms" (23. Oktober 1957).

So wie die von Waine vorgenommene Wertung des Nachkriegsrundfunks oberflächlich an der wenig medienspezifischen Beurteilung des Kulturprogramms haften bleibt, so verkürzend ist auch die in seinem Beitrag eingearbeitete Charakterisierung des Intendanten Fritz Eberhard als dem Spiritus rector der "Genietruppe". Waines allzu feuilletonistische, kaum an Quellen orientierte und lediglich literaturgeschichtliche Aspekte verfolgende Arbeitsweise führt auch dazu, daß Fritz Eberhard eine Wertung erfährt, die seiner Arbeit im Stuttgarter Funkhaus und auch seinem eigenen Selbstverständnis nicht entspricht. Eberhard hat zweifellos die "Genietruppe" persönlich gefördert und vor allem ihren Übergang vom Hörfunk zum Fernsehen mit starkem eigenem Engagement begleitet. Waine stellt aber lediglich in Analogieschlüssen einen Zusammenhang her zwischen dem ästhetischen Progressismus und radikaldemokratischen Engagement der "Genietruppe" und einem sekundär abgeleiteten Bild des "demokratischen" Intendanten Fritz Eberhard, dessen Engagement für einen Rundfunk in der jungen deutschen Demokratie sich aber keineswegs in der Protektion dieser Gruppe erschöpfte. Der Zusammenhang mit der "Gruppe 47" wird ebenfalls nur unterstellt, aber nicht exakt aufgezeigt; insgesamt ist die Vermengung eher verwirrend denn erhellend. Waine hat sich nur der gedruckten Äußerungen der Mitglieder der Genietruppe bedient bzw. aus Gesprächen und Briefen mit ihnen zitiert, aber das Historische Archiv des SDR nie aufgesucht. So ist der Stellenwert der Gruppe für den Intendanten weder aus einer intensiven Beschäftigung mit dessen Biographie erarbeitet noch mit der Entwicklung dieses Sonderverhältnisses in der Alltagsarbeit des Stuttgarter Funkhauses nachvollzogen worden. Daß eine derartige Rekonstruktion - die nach wie vor ein Desiderat der Forschung ist - in der Tat sehr schwierig werden könnte, sollte nicht verschwiegen werden, da die dieses Verhältnis als innerbetriebliche Kommunikation z.T. in schriftlicher Form überhaupt nicht vorliegt oder z.T. nicht mehr erhalten geblieben ist. Dagegen ist das Material über Fritz Eberhards Tätigkeit als Intendant des SDR so umfangreich, daß Waine sich zur Charakterisierung dieser Zeit des von Martin Walser verbreiteten und später immer wieder abgeschriebenen Klischees von der "demokratischen Ausstrahlung" nicht unbedingt hätte bedienen müssen. Mit dieser allzu kurz greifenden Formel verklärenden Erinnerns an die Stuttgarter Rundfunkjahre läßt sich die Intendantenzeit, über die sich Eberhard selbst in zahlreichen biographischen Interviews leider immer nur sehr knapp geäußert hat, nur schlecht charakterisieren. Im übrigen

erweist sich Waines Unkenntnis von Person und Biographie Eberhards sowie der Verhältnisse beim Süddeutschen Rundfunk gerade in der Bewertung des Endes seiner Amtszeit.

Fritz Eberhard hat seine Aufgabenstellung als Intendant sehr viel weiter gesehen, als sie in dem vorliegenden Beitrag eingengt dargestellt wird. Bezeichnend ist allein einer der ersten Sätze aus seiner Abschiedsrede am 29. August 1958: "Seit 1949 habe ich daran nun gearbeitet, mit Hilfe vieler guter Mitarbeiter die Leistungen des Süddeutschen Rundfunks für die Hörer - und später auch für die Zuschauer am Fernsehschirm - zu verbessern. Wir haben im Laufe der Zeit manches getan, um - auf Grund von Hörerbefragungen - den Wünschen der Hörer, auch der anspruchsvollen Hörer gerecht zu werden. Aber wir haben uns besonders darum bemüht, das Bedürfnis der Hörer nach Unterhaltung besser zu befriedigen." Wichtig erschien ihm darüber hinaus, daß neben der Darstellung der Vielfalt des kulturellen Lebens der Rundfunk "durch seine politischen Sendungen der werdenden deutschen Demokratie" diene. "Wenn die Demokratie in Deutschland wirklich Wurzel fassen soll, brauchen wir Staatsbürger, die selber denken. Aber nur Staatsbürger, die wirklich im Bilde sind, die umfassend und wahrheitsgemäß unterrichtet sind, können selber denken, können sich ein unabhängiges Urteil bilden. ... Daher haben wir im Rundfunk- und Fernsehprogramm uns immer neu bemüht, die großen politischen Fragen und Probleme unseres Volkes einer breiten Öffentlichkeit vor Ohren und Augen zu führen. Dabei mussten sogenannte heiße Eisen angefaßt werden. Nicht alle wünschten das. Nicht allen war das bequem. ... Über die Arbeit an der künstlerischen Entwicklung von Rundfunk und Fernsehen will ich hier nicht sprechen. Sie gilt als selbstverständlich."

Wer Eberhards Buch "Der Rundfunkhörer und sein Programm" durcharbeitet, das auf die von ihm maßgeblich betriebene Zusammenarbeit zwischen dem SDR und dem Institut für Demoskopie in Allensbach zurückgeht, weiß, wie sehr er sich darum bemühte, anspruchsvolles und politisch informierendes Programm einer breiteren Öffentlichkeit nahe zu bringen, ohne dabei das Unterhaltungs- und Zerstreuungsbedürfnis des großen Publikums zu vernachlässigen. Ein Mittel war ihm geschickte Programmplanung: "Die Bedeutung eines Musikprogramms zwischen 20.00 und 21.00 Uhr besteht nun nicht einmal nur darin, Musikwünsche zu befriedigen. Eine Musiksendung zu dieser Zeit erhöht außerdem die Aufnahmefähigkeit und Aufnahmebereitschaft für dann folgende Wortsendungen oder andere wertvolle Sendungen." Gleichfalls war ihm auch eine transparente Gestaltung der Sendungen, die auf Kenntnisse und Voraussetzungen beim Hörer Rücksicht nahm, ein großes und immer wieder betontes Anliegen.

Eberhard war und blieb aber auch immer eine umstrittene Figur im SDR und in der Region. Das lag an seiner Parteizugehörigkeit (SPD) in einem eher liberalkonservativ geprägten Sendegebiet, seiner Emigrationszeit (unter der ja nicht nur er zu leiden hatte), an seinem Bedürfnis, auch "heiße Eisen" anzufassen. Dabei war er nicht immer geschickt in eigenen Äußerungen, die dann manche Angriffsflächen boten. Auch sein gelegentlich allzu kurz angebundenes Auftreten im Hause hat ihm manche Gegnerschaft eingetragen.

Die insgesamt instabilen Nachkriegsverhältnisse in den Funkhäusern mit ihren teilweise sehr jungen, meist schon von den Alliierten eingestellten Mitarbeitern sowie Gegensätze zwischen diesen und den wenigen "alten" Rundfunkleuten erschwerten die Personalführung und produzierten gelegentlich nicht eben ruffördernde kleine Skandale. Kennzeichnend für seine nicht gerade unangefochtene Stellung ist der Turnus seiner Wiederwahlen. 1949 wurde Eberhard lediglich für drei Jahre, 1952 für zwei Jahre und erst 1954 für die Höchstdauer der im Radiogesetz vorgesehenen Amtszeit von vier Jahren zum Intendanten gewählt. Er hatte selbst bei dieser Wahl Mühe, den als Gegenkandidaten auftretenden ehemaligen Chef der Süddeutschen Rundfunk AG und des Reichssenders Stuttgart, Dr. Alfred Bofinger, 1948 durch Spruchkammerurteil zwar politisch entlastet, zum Zeitpunkt der Kandidatur aber bereits 63 Jahre alt und ein nicht mehr ganz in die Zeit passender Mann, mit einem Stimmenverhältnis von 18:12 (bei drei Enthaltungen) hinter sich zu lassen.

Eberhard hat in Hörfunk und Fernsehen das Aufgreifen von Tabuthemen gefördert, mit eigenen Äußerungen unkonventionelle Gedanken verbreitet: so seine Interpretation der mangelnden Wiedervereinigungsbereitschaft der Bundesrepublik. Seiner Meinung wünschten die Katholiken nicht die Wiedervereinigung, weil sie dann wieder in der Relation zu den Protestanten in eine Minderheitenposition geraten würden. Das war so nicht haltbar, verwies aber auf die bis heute nicht völlig ausdiskutierte Problematik der sozialen und mentalen Grundlagen der Weststaatgründung. Martin Walsers Film über Polen mit Verständnis für die Oder-Neiße-Grenze erregte ebenso Mißfallen wie ein kritischer Fernsehbeitrag über die Bundeswehr (1956). Negative Schlagzeilen machte noch im Frühjahr 1958 der "Besuch aus der Zone", ein Fernsehspiel des SDR, das den Versuch unternahm, die Verhältnisse in der DDR und in der Bundesrepublik nicht nach dem üblichen Schwarz-Weiß-Schema zu sehen. Dies alles hat seine Stellung nicht gefestigt, als 1958 eine weitere Intendantenwahl anstand, in der er dann im dritten Wahlgang im Verhältnis von 15 zu 18 Stimmen gegen Hans Bausch unterlag. Ich muß es bei diesen Hinweisen belassen, die an dieser Stelle nur andeutungsweise dazu beitragen wollen, möglichen Legendenbildungen um die Person Eberhards entgegenzutreten.

Fazit: für ein "Porträt des Süddeutschen Rundfunks" bleibt noch viel zu tun. Es erfordert theoriegeleitetes Arbeiten mit methodischen Fingerspitzengefühl und sollte sich an den Quellen orientieren. Feuilletons à la Waive sind genug geschrieben.

Edgar Lersch

V.

Adenauer und der Rundfunk

Das Zweite Deutsche Fernsehen bezeichnete er, als es entstanden war, als sein "illegitimes Kind", und Werner Krüger vom Bundespresseamt ermunterte er, als diesem eine Tätigkeit in einer Rundfunkanstalt angeboten wurde: "Gehen Sie, lernen Sie Fernsehen, wir

brauchen hier bald jemand, der das kann." War Bundeskanzler Adenauer deshalb ein Freund der Medien? Wie sah sein Verhältnis zu Presse, Rundfunk und Fernsehen tatsächlich aus? Solche Fragen wurden am 23. April in einem "Rhöndorfer Gespräch" in Bad Honnef diskutiert. Aber auf viele Fragen gab es nur wenige Antworten, noch weniger zu beweisende. Dr. Hanns Jürgen Küsters, Bearbeiter der "Teegespräche" in der "Rhöndorfer Ausgabe" (1984 und 1986), wies darauf hin, daß es über das Verhältnis des ersten Bundeskanzlers zu den Medien bisher kaum Literatur und noch wenige Untersuchungen gebe. Bis auf ein paar markige Zitate, die auch nicht unbedingt eindeutig sind, sei die Auffassung von den Medien und ihren Wirkungen, nach der sich Adenauers Verhältnis zu ihnen interpretieren ließe, eine riesengroße tabula rasa. Staatssekretär a.D. Karl-Günter von Hase betonte einleitend, Ziel der von der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus vorbereiteten Veranstaltung sei es, Anregungen zu neuen Forschungen zu geben. Mehr in Geschichten als in Referaten berichteten Werner Krüger, Ministerialdirektor a.D., und ZDF-Chefredakteur Reinhard Appel, früher Bonner Korrespondent großer Zeitungen, über die lange abwartende Haltung Adenauers, der einmal gesagt haben soll: "Mit Zeitungen und kleinen Jungen sollte man nie einen Streit anfangen, da beide, Zeitungen und kleine Jungen, stets etwas hinter einem herrufen." Fernsehen als Unterhaltung lehnte Adenauer ab. Es sei schädlich fürs Familienleben und bestärke den Menschen in seiner Sucht, überall dabei sein zu wollen. In den Landesrundfunkanstalten und vor allem im NWDR sah er das Sprachrohr der Opposition: "Das Rundfunkwesen ist in der Wolle sozialistisch gefärbt." Auch deshalb strebte er ein zweites Fernsehprogramm an, mit dem er vor allem den Wahlkampf 1961 vorbereiten wollte. Die privatwirtschaftliche "Deutschland Fernsehen GmbH" sollte einen Gegenpol zu den öffentlich-rechtlichen Anstalten und dem Fernsehen der ARD bilden. Dabei stützte er sich auf Umfragen, nach denen sich 51 Prozent der Wähler ein zweites Fernsehprogramm wünschten. Mangelnde Geschlossenheit in der CDU machte diesen Wunschtraum Adenauers aber zunichte. Aus dem "Adenauer-Fernsehen", für das bereits vorproduziert worden war, als das Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 28. Februar 1961 erging, wurde das ZDF. Prof. Dr. Karl Holzamer, der erste ZDF-Intendant, betonte, daß erst der Druck Adenauers die Einigung der Ministerpräsidenten über den Staatsvertrag als Rechtsbasis für das ZDF möglich gemacht habe, und das werde in der Diskussion über das "Adenauer-Fernsehen" häufig nicht bedacht. Dr. Max Schulze-Vorberg hob hervor, daß Adenauer in der Frühzeit häufig im Bayerischen Rundfunk in der Sendung "Politik aus erster Hand" gesprochen und auch mit dafür gesorgt habe, daß Direktübertragungen von Bundestagssitzungen möglich wurden. Das seien Anzeichen dafür, daß Adenauer den Medien aufgeschlossener gegenüberstand als meist angenommen werde.

Antje Fischer

VI.

Neues vom Rundfunk in Norddeutschland

Im Sommer 1979 kündigte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht in einer Rede in Westerstede seine Absicht an, "über den NDR das Rundfunkwesen in Deutschland neu zu gestalten". Mit dieser Zielrichtung sollten den dem NDR in der Begründung zur Kündigung des Staatsvertrages von Kieler Ministerpräsident Gerhard Stoltenberg vorgehaltenen Versäumnissen und Fehlhaltungen wie Finanzmisere, Unausgewogenheit und mangelnde Berücksichtigung der Region abgeholfen, insbesondere aber das dem NDR im alten Staatsvertrag von 1955 zustehende Sendemonopol abgeschafft werden.

Zehn Jahre nach der ersten Androhung der Kündigung des Staatsvertrages im Juli 1977 senden in Norddeutschland im Hörfunk der öffentlich-rechtliche NDR drei Landesprogramme für die Vertragsländer Hamburg, Niedersachsen und Schleswig-Holstein sowie daneben noch die beiden Zentralen Programme NDR 2 und NDR 3, zugleich aber vier weitere Veranstalter jeweils landesweite Hörfunkprogramme - nach der landesweiten Regionalisierung des NDR von 1981 also eine Verdoppelung dieser Sendeform durch kommerzielle Anbieter statt einer tieferen Erschließung der Regionen. In Schleswig-Holstein macht "Radio Schleswig-Holstein" (RSH) ein 24-Stunden-Programm für eine avisierte Zielgruppe der 14-39jährigen. In Hamburg sind "Radio Hamburg" und "Radio 107", in Niedersachsen "Funk und Fernsehen Nordwestdeutschland" (FFN) mit Programmen für ähnliche Zielgruppen zu hören. Alle Programme lassen sich im Ballungsraum Hamburg technisch einwandfrei empfangen, denn die vier neuen Veranstalter senden nicht allein auf der Basis der neuen Landesmediengesetze, sondern sind auch bemüht, als Privatsender, natürlich angewiesen auf hohe Reichweiten, die Basis der damit verbundenen Werbeeinnahmen in der norddeutschen Wirtschaftsmetropole zu finden.

Der Blick auf die Gesellschafterverhältnisse dieser privaten Anbieter löst spontan die Erinnerung an die Auflagen des Bundesverfassungsgerichts im Niedersachsenurteil von 1986 aus. Kern dieses Urteils waren wirksame Vorkehrungen gegen das Entstehen vorherrschender multimedialer Meinungsmacht im regionalen und lokalen Bereich, um "Doppelmonopole" von Zeitungsunternehmen zu verhindern. Wenn es um eine qualitativ so drastische Änderung des Hörfunks von der Kommunikationsfreiheit zur Unternehmerfreiheit geht, sind die Beteiligungsmodalitäten Indiz der Stoßrichtung. In der Tradition der fünfziger und sechziger Jahre finden sich in den vier Anbietergemeinschaften der Springer-Verlag, die Häuser Grunder + Jahr (Hamburg) und Madsack (Hannover), die "Braunschweiger Zeitung", das "Flensburger Tageblatt" und die "Lübecker Nachrichten" unter vielen anderen Verlagen. Das Problem des Hörfunks, daß hohe Reichweiten nicht unbedingt durch Qualität erzielt werden, läßt Aspekte journalistischer Seriosität und Ästhetik in den Hintergrund treten. Das "Publikum" will eben - angeblich - vor allem Unterhaltung.

Was macht der öffentlich-rechtliche Rundfunk in dieser neuen Konkurrenzsituation, die jetzt "duales System" heißt? Paßt er sich den Billigangeboten an und baut den Hörerstamm für seine anspruchsvollen - aber auch unterhaltsamen - Sendungen zunehmend ab? Geraten die Landesprogramme und insbesondere das 3. Programm in das Reichweitenghetto? In dieser medienpolitisch gewollten Struktur muß sich entscheiden, ob zentrale Probleme der Gesellschaft noch zur Sprache kommen werden oder ob der Hörfunk seine meinungsbildende Funktion zugunsten redundanter Unterhaltungsmusik verliert.

War es die Vision dieses Rundfunks, die Ernst Albrecht vor Augen hatte, als er seinerzeit meinte: "Da lasse ich mich nicht irre machen, das ist eine Sache, die fast so groß ist wie Gorleben"?

Joachim Drengberg

BERICHTE

15. Doktoranden-Kolloquium in Grünberg/Hessen

Zum 15. Doktoranden-Kolloquium des Studienkreises in Grünberg/Hessen vom 15. bis 17. Mai 1987 hatten sich mehr als 30 Teilnehmerinnen und Teilnehmer von 15 Universitäten mit ihren Dissertationen, Diplom- und Magisterarbeiten angemeldet. Die Veranstaltung hat damit quantitativ eine neue Höchstmarke gesetzt, der das 11. Kolloquium (Mai 1983) mit 28 Teilnehmern nahegekommen war. Die organisatorischen Vorarbeiten erlaubten schließlich, alle teilnehmen zu lassen.

Auffallend war die Vielzahl neuer Gesichter. Nur zehn Vorjahresteilnehmer waren wiedergekommen, aber über zwanzig erstmals in Grünberg. Offensichtlich hat sich damit nach 1983 zum zweiten Mal in den achtziger Jahren, wenn auch diesmal in weit stärkerem Maße als damals (1983: 10 von 28), ein Umbruch vollzogen. Dafür waren in besonderem Maße zwei Ursachen verantwortlich: Zum einen hat eine ganze Reihe von Teilnehmern der vergangenen Jahre ihre Arbeiten beendet. Zum anderen waren wie nie zuvor Informationen über das Kolloquium an die einschlägigen Universitätsinstitute in der Bundesrepublik, z. T. auch im nahegelegenen Ausland versandt worden. Dabei sind germanistische, musikwissenschaftliche und z.B. Journalistiklehrstühle gleichermaßen berücksichtigt worden. Die Folge davon waren eben jener Austausch der "Grünberg-Generation", aber auch eine starke regionale Streuung der Teilnehmer von Hamburg bis München und von Amsterdam bis Wien.

Solche Umschichtungen - besonders auch die Einbeziehung von neuen Universitäten, Studienrichtungen und Studienschwerpunkten - führen zwangsläufig zu Veränderungen in den Gewichtungen der von den Studenten behandelten Themen. Bei diesem 15. Kolloquium bildeten acht Arbeiten zur Rundfunkgeschichte vor 1945 eine Minderheit gegenüber 19 Themen aus dem Bereich der Rundfunkgeschichte nach 1945 - mit einem Themenspektrum von 1945 bis 1987 von der Organisations- bis zur Programmgeschichte und vier Themen, die eher der aktuellen Publikumsforschung zugeordnet werden können.

Diese Schwerpunktbildung kann nicht überraschen, wenn man sich die Entwicklung seit dem 10. Doktoranden-Kolloquium ansieht. Schon 1982 waren Themen über die Zeit vor 1945 von geringerer Bedeutung und organisationsgeschichtliche Fragestellungen verstärkt in den Hintergrund getreten. Diese Tendenz setzte sich beim 11. Treffen 1983 fort. Diskutiert wurden Themen aus dem Bereich der Publikumsforschung und der sog. "Neuen Medien", während Hörspiel-Studien - ein "Renner" der letzten Jahre - zurückgingen. Die Jahre 1984 bis 1986 belegten das weiter, und das 15. Doktoranden-Kolloquium bestätigte diese Entwicklung.

Zum Beginn des Kolloquium am Freitagabend stellten sich die Teilnehmer vor. Anschließend wurden die Arbeitsgruppen gebildet, die am nächsten Morgen ihre Arbeit aufnehmen. Themenschwerpunkte der Gruppen waren: Rundfunkgeschichte vor 1945, Rundfunkgeschichte nach 1945 (Organisation), Rundfunkgeschichte nach 1945 (Programm) und Publikumsforschung/Wirkungsforschung.

Außerdem referierte am Freitagabend Dr. Jan-Uwe Rogge über "Medienbiographische Forschung. Typische Medienbiographien in den zwanziger, fünfziger und achtziger Jahren". Schwerpunkt seiner Ausführungen war der Versuch, anhand biographischen Materials (die Grundlage bildeten etwa 800 medienbiographische Interviews) den veränderten Stellenwert der Massenmedien im Laufe unseres Jahrhunderts deutlich zu machen. Am Samstagmorgen standen für jede der vier Arbeitsgruppen mindestens zwei Experten zur Beratung der im einzelnen vorgestellten Arbeitsvorhaben zur Verfügung. Erstmals erleichterten beim 15. Kolloquium von fast allen Teilnehmern vorher eingesandte Thesenpapiere die intensiven Gespräche. Am späteren Nachmittag stand "Arbeit in Medienarchiven" auf der Tagesordnung, ein Themenschwerpunkt, der wegen der Vielzahl der neuen Teilnehmer in den Ablauf des Kolloquiums mit aufgenommen worden war. Joachim Drengberg (NDR), Friedrich P. Kahlenberg (Bundesarchiv Koblenz), Edgar Lersch (SDR), Hans Rink (ZDF) und August Soppa (Deutsches Rundfunkarchiv Frankfurt/M.) berichteten über das in den jeweiligen Archiven existierende Material und informierten über die Benutzungsbedingungen. Am Abend referierte Georg Polster (SDR) über einen Versuch innerhalb der ARD, die in den Archiven der einzelnen Anstalten vorhandenen relevanten Hörfunk- und Fernsehbeiträge zu erfassen und zu dokumentieren und damit der aktuellen Programmarbeit und der Forschung zugänglich zu machen. Titel des mit Tonbeispielen und einer Fernseheinblendung aufgelockerten Referates: "Rundfunkdokumentation: Studentenbewegung. Zielsetzung, Auswahlkriterien, Beispiele".

Am Sonntagvormittag standen zwei Referate über Arbeiten im Mittelpunkt, die 1986 noch in den entsprechenden Arbeitsgruppen beraten worden waren. Norbert P. Feldinger faßte die wichtigsten Ergebnisse seiner abgeschlossenen Dissertation "Das Prinzip Regional im Österreichischen Rundfunk. Beitrag zur Geschichte eines Mediums 1945 bis 1957" zusammen. Anschließend berichtete Winfried Eckardt über seine Magisterarbeit zum Thema "Die Durchsetzungsstrategien der Deutschen Bundespost bei der Einführung neuer Telekommunikationstechniken und -dienste". (In Erinnerung wird allen Teilnehmern das "Eisenbahnmodell" bleiben!). Das Nebeneinander beider Arbeiten machte deutlich, daß sich Rundfunkgeschichte im engeren Sinne heute in einem viel weiteren Bezug auflöst - eine weitere Bestätigung für die notwendige Integration der Disziplin in eine weiter gefaßte Kommunikationsgeschichte. Abschließende kommentierende Worte sprach schließlich der Vorsitzende des Studienkreises, Kahlenberg.

Das 15. Grünberger Doktoranden-Kolloquium füllte mit seiner sehr dichten Tagesordnung die Zeit von Freitagabend bis Sonntagmittag, obwohl auch noch einige Freiräume blieben, die zu oft intensiven

Kontaktgesprächen führten. Es bewies einmal mehr, daß diese Einrichtung des Studienkreises heute einen wichtigen Stellenwert in der Rundfunkgeschichtsforschung der Bundesrepublik, ja sogar darüber hinaus einnimmt. Mit über 30 beratenen Arbeiten ergibt sich auch ein Streueffekt, der sicher nicht unterschätzt werden darf. Die Erwartungen lagen diesmal nicht nur in der historischen Perspektive. Das 15. Doktoranden-Kolloquium 1987 hat auch den Schritt zu einer die Breite der aktuellen Forschungen auf dem Gebiet des Rundfunks akzeptierenden Einrichtung getan.

Teilnehmer:

- | | |
|---------------------------------|--|
| Christoph Ahlers, Göttingen | Magisterarbeit:
Mundartliteratur und Durchsetzung
(dargestellt am niederdeutschen
Hörspiel der Gegenwart) |
| Dieter Altmannspurger, Sinzheim | Dissertation:
Die Bemühungen der Kirchen um
einen eigenen Sender nach dem
Krieg - unter besonderer Berücksichtigung des sog. Bamberger
Senders |
| Gisela Baumann, Bielefeld | Dissertation:
Linguistische Analyse von Beratungsgesprächen im Hörfunk anhand von englisch- und deutschsprachigem Material |
| Frank Biermann, Münster | Dissertation:
Paul Laven. Ein biographischer Beitrag zur Geschichte der aktuellen Berichterstattung im Rundfunk |
| Eva Brunner-Szabo, Wien | Dissertation:
Arbeiter Radio und Video |
| Ulrich Brümmer, Hamburg | Dissertation:
Kontrolle des öffentlich-rechtlichen Rundfunks am Beispiel des NDR |
| Dörte Christensen, Braunschweig | Dissertation:
Ernst Schnabel |
| Ursula Dietmair, Augsburg | Magisterarbeit:
Die Strukturentwicklung der Hörfunkprogramme des Bayerischen Rundfunks 1971-1985 |

- | | |
|----------------------------------|---|
| Nanny Drechsler, Freiburg | Dissertation:
Die Funktion der Musik im deutschen Rundfunk 1933-1945 |
| Winfried Eckardt, München | Die Durchsetzungsstrategien der deutschen Bundespost bei der Einführung neuer Telekommunikationstechniken und -dienste |
| Norbert P. Feldinger, Salzburg | Dissertation:
Das "Prinzip" Regional im österreichischen Rundfunk. Ein Beitrag zur Geschichte eines Mediums von 1945 bis 1957 |
| Antje Fischer, Bochum | Dissertation:
Adolf-Grimme-Preis |
| Gerlinde Frey-Vor, Marburg | Dissertation:
Identifikationsmuster in der fortlaufenden Serie und die Reaktion der Zuschauer. Eine vergleichende Studie von englischen und deutschen Programmen |
| Klaus Fußmann, Bochum | Dissertation:
Deutsche Geschichte im bundesdeutschen Fernsehen. Strukturanalyse fernsehmedialer Geschichtsvermittlung im historischen Feature 1965-1985 |
| Ulrich Heitger, Münster | Dissertation:
Programmgeschichte der Nachrichtensendungen in der Weimarer Republik |
| Claudia Hinze-Barnhofer, Münster | Die Hamburger Rundfunkschule |
| Henri Hoffmann, Marburg | Dissertation:
Die subregionale Berichterstattung im Hörfunkprogramm des Hessischen Rundfunks |
| Anne-Gret Koboltschnig, Wien | Die Frau im Rundfunk 1924-1938 (in Österreich) |
| Thomas Münch, Freiburg | Dissertation:
Musik non stop - Zur Funktion der Musik in den Servicewellen am Beispiel von SWF 3 |
| Rüdiger Malfeld, Recklinghausen | Medientechnisches Know-how von Berufskommunikation im Hörfunk |

- | | |
|--|---|
| Clemens-August Nottenkämper,
Olfen | Die Anfänge des Verlegerfern-
sehens in der Bundesrepublik
Deutschland |
| Gabriele Rolfes, Marburg | Dissertation:
Die Deutsche Welle - ein politi-
sches Neutrum im Weimarer Staat? |
| Petra Schaffer, München | Magisterarbeit:
Faktoren und Strukturen der Pro-
grammplanung im ZDF |
| Brigitte Spieß, Siegen | Dissertation:
Verständlichkeit und Wirkung von
Wirtschaftssendungen im Fernsehen |
| Dirk Ulf Stötzel, Siegen | Dissertation:
Wie verstehen Vorschulkinder die
"Sendung mit der Maus"? |
| Christiane Tobschall, Berlin | Magisterarbeit:
Kinder und auditive Medien - Nut-
zen und Nutzung |
| Annegreet Vader, Amsterdam | Magisterarbeit:
Literarische Programmattungen im
niederländischen Rundfunk 1923-
1983 |
| Gabriele Wandersleb-Andersen,
München | Dissertation:
Evangelische Kirche und Rundfunk
in der Weimarer Republik |
| Theresia Wittenbrink, Köln | Dissertation:
Hörspiel und Literatur im Rund-
funk vor 1945, speziell vor 1933
- Die literarische Abteilung der
Mirag (Leipzig) 1928-1932 |
| Christian Wrobel, Baden-Baden | Disstertation:
Ausbau und Entwicklung der SWF-
Regionalberichterstattung |

Organisation:

Dr. Walter Klingler (SWF, Baden-Baden)
Dr. Rüdiger Steinmetz (Hochschule für Fernsehen und Film, München)

Experten und sachkundige Ratgeber:

Dr. Wolf Bierbach (WDR, Köln)
Ursula Brunnen-Wagenführ ("Fernsehinformationen", Gauting)
Joachim Drengberg (NDR, Hamburg)
Prof. Walter Först (Köln)
Prof. Dr. Friedrich P. Kahlenberg (Bundesarchiv, Koblenz)
Dr. Walter Klingler
Dr. Wolfram Köhler (Meeerbusch b. Düsseldorf)
Dr. Arnulf Kutsch (Universität Münster)
Dr. Edgar Lersch (SDR, Stuttgart)
Georg Polster (SDR, Stuttgart)
Hans Rink (ZDF, Mainz)
August Soppe (DRA, Frankfurt/Main)
Dr. Rüdiger Steinmetz

Walter Klingler
Rüdiger Steinmetz

Fachgruppe Technik in Mainz

Auf ihrer Zusammenkunft am 26. Mai beim ZDF in Mainz behandelte die Fachgruppe ausführlich Museumsfragen. Als Gast berichtete Horst Gotzmer, 1. Vorsitzender des Museumsvereins für Deutsche Fernsehgeschichte, über frühere und laufende Aktivitäten der Vereinigung. Zur Funkausstellung '87 ist eine Sonderschau "Fernsehsstadt Berlin" in Verbindung mit dem dortigen Museum für Verkehr und Technik geplant, die, beginnend am 25. August, etwa zehn Wochen geöffnet sein soll. Im Rahmen der Veranstaltung sind auch Fachvorträge vorgesehen. Dem Verein ist es gelungen, zur Unterstützung seiner Arbeit eine Reihe von Sponsoren zu gewinnen.

In Mainz soll ein Fernsehmuseum eingerichtet werden. Eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern des Kultusministeriums von Rheinland-Pfalz, des Landesmuseums Koblenz, der Stadt Mainz, des SWF und des ZDF, ist dabei, ein Konzept zu erarbeiten.

Albrecht Häfner legte zu der Frage, welche Hochschulen und Institute in der Bundesrepublik Deutschland sich mit Technik- und Wissenschaftsgeschichte befassen, eine Liste vor, die er zusammen mit Siegfried Zielinski erstellt hat. Zum Thema Bibliographie rundfunktechnischer Veröffentlichungen im englischsprachigen Bereich legte er außerdem eine Arbeit von Foko Eulen vor, die in der Zeitschrift TECHNIKGESCHICHTE erschienen ist.

Mehrfacher Anregung folgend, beschloß die Fachgruppe, die Sammlung biographischer Daten von Persönlichkeiten aus der Rundfunktechnik, die ihren ersten Niederschlag in dem Sammelband "Männer der Funktechnik" gefunden hatte, fortzuführen. Bis zur nächsten Zusammenkunft werden Namen von Personen gesammelt, die sich um eine Fortentwicklung der Rundfunktechnik verdient gemacht haben und deren Biographien noch nicht vorliegen. Von solchen Personen gibt es inzwischen in zunehmender Zahl auch Tonbandinterviews, die in ver-

schiedenen Archiven lagern. Wie dieses Material interessierten Historikern zugänglich gemacht werden kann, soll geklärt werden.

Die nächste Sitzung der Fachgruppe Technik findet aus Anlaß der Jahrestagung am 24. September beim HR in Frankfurt/Main statt. Dabei ist auch eine Begegnung mit der Fachgruppe Archive und Dokumentation vorgesehen, auf der gemeinsam interessierende Fragen besprochen werden sollen.

Reinhard Schneider

Arnulf Kutsch

RUNDFUNK UND POLITIK IM NACHKRIEGS-BERLIN

Der "Berliner Rundfunk" 1946/47 und sein Intendant Max Seydewitz

Der Beitrag ist für eine Aufsatzsammlung zum Gedenken an die Berliner Kommunikationswissenschaftlerin Elisabeth Löckenhoff (1929-1985) vorgesehen. Sie wird als Band 20 der Schriftenreihe "Kommunikation und Politik" (Verlag K.G. Saur, München) vorbereitet.

"Eines Tages, im Sommer 1946, riefen mich die Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl zu einer Besprechung. Sie sagten mir, die Partei brauche mich jetzt dringend für eine andere wichtige Aufgabe - für die Leitung des Rundfunks. Ein wenig erschrocken äußerte ich, der ich nie am Rundfunk gearbeitet hatte, Zweifel, ob ich die mir fremde Aufgabe meistern würde. Das könne er wohl verstehen, sagte Wilhelm Pieck, aber in der jetzigen Situation müßten viele Genossen bisher nie ausgeübte Funktionen übernehmen und sich in die ihnen von der Partei gestellte Aufgabe einarbeiten. 'Wir kennen dich gut genug, um zu wissen, daß du die dir übertragene Aufgabe gut erfüllen wirst.' ... Später erfuhr ich, daß das ein Vorschlag sowjetischer Genossen war, die meine Publikationen und meine agitatorische und propagandistische Tätigkeit kannten. Auf ihre Veranlassung hatte ich mehrmals Kommentare im Rundfunk gesprochen und an politischen Gesprächen vor dem Mikrophon teilgenommen."1)

Was sich wie ein Märchen aus den Anfängen des Rundfunks in der Sowjetischen Besatzungs-Zone (SBZ) liest, ist die mit ihrer spezifisch marxistisch-historischen Präzision von Max Seydewitz in der DDR unterdessen mehrfach publizierte Version über seine Berufung zum Intendanten des "Berliner Rundfunk". Seydewitz amtierte zwar nur vom 15. August 1946 bis zum 1. August 1947 als Intendant im "Haus des Rundfunks" an der Masurenallee. Aber diese zwölf Monate waren für den Rundfunk in Berlin aus vielfachen Gründen eine entscheidende Phase.

-
- 1) Max Seydewitz, Intendant des Berliner Rundfunks 1946/47, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 12. Jg. (1978), Nr. 1, S. 5-24, 5. Dieser Text ist ein Abdruck aus den Memoiren von: Max Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Bd. 2, Berlin (Ost): Dietz Verlag 1978; vgl. ferner: Max Seydewitz, Das zweite Jahr. Zielstrebigter Ausbau des Fundaments, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere. Ausgewählte Erlebnisberichte zum 30. Rundfunkjubiläum, Berlin (Ost): Staatliches Komitee für Rundfunk 1975, S. 90-95, 90; Max Seydewitz, Die Zentrale Kulturtagung der KPD wies uns den Weg, in: ... einer neuen Zeit Beginn. Erinnerungen an die Anfänge unserer Kulturrevolution 1945-1949, Berlin (Ost) und Weimar: Aufbau-Verlag 1980, S. 428-439.

1. Als Sozialist in Deutschland und im Exil: Max Seydewitz
1892-1946

Seydewitz gehörte nicht unbedingt zu den typischen Vertretern von SED-Funktionären, die die Leitung von Medien in der SBZ und im sowjetisch besetzten Berlin übernahmen. Gleichwohl spiegelt sein erster Lebensabschnitt bis 1945 die abenteuerliche und bedrohte Vita eines exponierten Sozialisten wider, geprägt durch die parteipolitische Sozialisation im niedergehenden wilhelminischen Deutschland, die ideologischen Auseinandersetzungen der Arbeiterparteien in der Weimarer Republik sowie schließlich durch das Exil während des Dritten Reiches. Geboren am 19. Dezember 1892 im Forst (Lausitz), begann der Sohn eines Gerbers 1907 eine Schriftsetzerlehre beim "Forster Tageblatt". Seine mehrjährige Gesellen-Wanderschaft endete 1913 in Reichenbach (Vogtland), wo er beim dortigen "Tageblatt", einem Generalanzeiger der Region, in seinem erlernten Beruf tätig wurde. Seine politische Heimat hatte Seydewitz zu dieser Zeit längst bei den Sozialdemokraten gefunden. Seit 1907 war er Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), 1910 trat er der SPD bei. Gegen den Krieg eingestellt, gelang es ihm durch Simulieren während der militärischen Ausbildung 1914, als kriegsuntauglich eingestuft zu werden und damit während des Krieges beim "Reichenbacher Tageblatt" bleiben zu können.

Nach der Novemberrevolution kam die Stunde des ehrgeizigen jungen Sozialisten. Er machte rasch eine sich gegenseitig bedingende publizistische und politische Karriere. Seit Dezember 1918 arbeitete er als Redakteur, seit 1919 als Chefredakteur bei der sozialdemokratischen "Volksstimme", einem kleinen, 1917 gegründeten Blättchen im sächsischen Halle, das dort im Schatten des USPD-nahen "Volksblatt" stand. Bereits 1920 gelang ihm der Wechsel auf den Chefredakteurs-Sessel des bedeutenderen, ebenfalls sozialdemokratischen "Sächsischen Volksblattes" in Zwickau. Im gleichen Jahr avancierte er zum SAJ- und SPD-Vorsitzenden des Bezirkes Zwickau-Erzgebirge-Vogtland, seit 1921 war er zudem Mitglied der SPD-Landesleitung Sachsen und des Zentralen Parteiausschusses der SPD sowie Delegierter auf den SPD-Parteitag. Einen Höhepunkt erreichte seine erste kurze politische Laufbahn 1924, als der 31-jährige Seydewitz als Abgeordneter der SPD für den Wahlkreis Chemnitz-Zwickau in den Reichstag einzog. Dessen Mitglied blieb er immerhin acht Jahre lang, bis zum Juli 1932.

Seydewitz gehörte zu den führenden Parteilinken in der SPD und zur doktrinär-ideologischen Parteiopposition. Sie stritt ebenso gegen eine Beteiligung der SPD an der Großen Koalition (Hermann Müller, 1928-1930) wie später gegen eine Tolerierung der Regierung Brüning und sprach sich bei der Reichstagsabstimmung im März 1931 unter Bruch des Fraktionszwanges gegen den Panzerkreuzerbau aus. Publizistisches Organ dieser Parteigruppierung wurde das seit Oktober 1927 in Berlin erscheinende Periodikum "Der Klassenkampf. Marxistische Blätter". Die Chefredaktion hatte Seydewitz übernommen, und er fungierte gemeinsam mit Max Adler, Fritz Lewy, Kurt Rosenfeld und Heinrich Ströbel auch als Herausgeber. Das Gremium editierte seit 1930 zudem die Reihe "Die roten Bücher". Am ersten Band

mit dem Titel "Die Krise des Kapitalismus und die Aufgabe der Arbeiterklasse" arbeitete Seydewitz als Autor mit. Zum dritten Band, der 1931 unter dem Titel "Unsere Stellung zu Sowjet-Rußland" erschien, steuerte er ein spürbar mit der Politik Lenins sympathisierendes Vorwort bei, das die für seine klassenkämpferische Einstellung charakteristische Einschätzung enthielt:

"Die Überlegenheit des Sozialismus wird auch nicht widerlegt durch die Tatsache, daß in den Jahren der Kämpfe bis zur Erzwingung des Zeitpunktes, wo mit dem sozialistischen Aufbau begonnen werden kann und während dieses schweren Aufbaus von der Arbeiterschaft harte Opfer gebracht werden müssen -, die nicht gegen den Sozialismus, aber für die Bereitschaft der Proletarier, für ihren Glauben an und ihren unerschütterlichen Willen für den Sozialismus sprechen."

Trotz eskalierender Arbeitslosenzahlen in Deutschland gingen solche Forderungen dem Parteifunktionär und -publizisten mit den Bezügen eines Reichstagsabgeordneten offenbar noch leicht von der Feder.

Der Bruch mit der SPD kam 1931. Nach heftigen ideologischen Auseinandersetzungen im Parteivorstand wurden Seydewitz und Kurt Rosenfeld Ende September 1931 aus der SPD ausgeschlossen. Nur wenige Tage später, am 2. Oktober, gründeten beide in Breslau die Sozialistische Arbeiterpartei (SAP), deren Programm die Diktatur des Proletariats, die Schaffung eines Rätesystems sowie die Verteidigung Sowjet-Rußlands anstrebte und den Klassenkampf als politisches Mittel unterstrich. Dieser späten Weimarer Splitterpartei, die unzufriedene Sozialdemokraten und Kommunisten ansprach, schlossen sich in den ersten Monaten nach der Gründung mehr als 20000 Mitglieder an. Neben seiner Funktion als Parteivorsitzender (gemeinsam mit Rosenfeld und Ströbel) übernahm Seydewitz die Chefredaktion der Zeitschrift "Die Fackel", des SAP-Organs, das seit Mitte November 1931 "Sozialistische Wochenzeitung der SAP" hieß. Aber auch in der SAP taten sich ideologische Risse auf, so daß sich ihr Mitgründer im Januar 1933 wieder von seiner Partei trennte, die er Jahrzehnte später als einen Irrweg bezeichnen sollte.

Nach dem 30. Januar 1933 konnte Seydewitz zwei Monate lang den Verfolgungen durch SA-Horden und einer Verhaftung wegen vorgebliehen Hochverrates entgehen. Dann mußte er im April 1933 gemeinsam mit seiner Frau Deutschland verlassen und den abenteuerlichen Weg ins Exil beginnen. Auch in diesem dreizehnjährigen Exil gelang es Seydewitz, von welchem bis in die frühen vierziger Jahre nicht ganz klar war, ob er nun dem linken Flügel der SPD oder den Moskau-treuen Kommunisten näherstand, eine exponierte politische und publizistische Rolle zu spielen. Dazu haben sicherlich seine guten Informationen aus Deutschland und seine Kontakte zu den dort im Untergrund agierenden sozialistischen Gruppierungen beigetragen. In Prag, seiner ersten Exilstation, schloß er sich der alten Parteilinken in der (Exil-)SPD an. Er gehörte zu den Mitarbeitern der Exilperiodika "Neue Welt-Bühne", "der monat" und "Aufruf". In Prag zählte er 1934 zudem zu den Mitbegründern des "Arbeitskreises re-

volutionärer Sozialisten Deutschlands" und zu den Herausgebern seines Publikationsorgans. Seit Mitte der dreißiger Jahre setzte er sich gemeinsam mit emigrierten KPD-Funktionären für Einheitsfront-Verhandlungen gegen das Hitler-Regim ein und leitete mit anderen in der tschechischen Hauptstadt den nach Pariser Vorbild geschaffenen "Deutschen Volksfrontausschuß". In diesem ist sein politischer Einstellungswandel zum moskautreuen Kommunisten zu beobachten. Seinen politischen Standort belegte er in seiner 1936/37 entstandenen und 1938 im Londoner Malik-Verlag erschienenen zeitgeschichtlichen Untersuchung "Stalin oder Trotzki. Die UdSSR und der Trotzismus", die hart mit Trotzki abrechnete und mit der Politik Stalins sympathisierte.

1938 mußte Seydewitz auch die Tschechoslowakei verlassen. Mit seiner Frau kam er über Holland und Norwegen, stets auf der Flucht vor nationalsozialistischen Verfolgern, im April 1940 nach Schweden. Nach einer vierteljährigen Internierung wurde er, noch nicht offiziell Mitglied der KPD, wieder politisch und publizistisch aktiv. In Stockholm arbeitete er regelmäßig an der seit Mitte 1939 herausgegebenen Komintern-Zeitschrift "Die Welt" mit, wenig später rückte er in die Leitung der schwedischen Exil-KPD-Landesgruppe auf. Seine illegale Tätigkeit für die KPD brachte ihm im August 1942 eine Verhaftung und den Zwangsaufenthalt in Lund ein. Im Jahr darauf konnte er indes bei der Mitte Juli 1943 erstmals erschienenen Halbmonatsschrift "Politische Information" als Kommentator innerdeutscher Vorgänge abermals eine wichtige publizistische Funktion übernehmen. Die "Politische Information" zählte rasch zu den bedeutenden deutschen Exilblättern in Schweden. Das offiziell parteipolitisch neutrale Blatt fungierte als Sprachrohr der KPD und verstand sich als Propagandamittel des "Nationalkomitees Freies Deutschland", das Monate nach der Schlacht von Stalingrad mit sowjetischer Planung und Unterstützung Mitte Juli 1943 in Krasnogorsk bei Moskau gegründet worden war und sich unter Führung emigrierter deutscher Kommunisten für den Widerstand gegen Hitler, die sofortige Beendigung des Krieges sowie für ein freies, antifaschistisch-demokratisches und sozialistisches Deutschland einsetzte.²⁾

2) Zur Biographie vgl.: Max Seydewitz, Es hat sich gelohnt zu leben. Bd. 1, Berlin (Ost): Dietz Verlag 1976; vgl. ferner: Kurt Koszyk, Zwischen Kaiserreich und Diktatur. Die sozialdemokratische Presse von 1914 bis 1933 (= Deutsche Presseforschung, Bd. 1), Heidelberg: Quelle & Meyer 1958; Ludwig Hoffmann u.a. (Bearb.), Exil in der Tschechoslowakei, in: Großbritannien, Skandinavien und Palästina, Frankfurt/Main: Röderberg Verlag 1981; Helmut Müssener, Exil in Schweden, München: Hanser Verlag 1974; Hans-Ludwig Beelte, Exilpublizistik in Skandinavien, in: Hanno Hart/Elke Hilscher/Winfried B. Lerg (Hrsg.), Presse im Exil. Beiträge zur Kommunikationsgeschichte des deutschen Exils 1933-1945 (= Dortmunder Beiträge zur Zeitungsforschung, Bd. 30), München et al.: K.G. Saur 1979, S. 254-315.

Auch ohne die Weihen eines Moskau-Exilanten war Seydewitz davon überzeugt, beim Aufbau des ersehnten sozialistischen Deutschlands in vorderster Linie benötigt zu werden. Mit einer Gruppe Exil-Kommunisten gelang ihm jedoch erst im Dezember 1945 über Dänemark und Bornholm die illegale Reise in die SBZ und nach Berlin. Da die Kader um die Moskau-Exilanten Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck dort schon die wichtigsten politischen Posten besetzt hatten, fiel für Seydewitz lediglich eine Aufgabe ab, die nur zum Teil seinen hochgesteckten Ambitionen entsprach. Der frühere Reichstagsabgeordnete, bereits im schwedischen Exil Protagonist einer einheitlichen Arbeiterpartei aus Sozialdemokraten und Kommunisten 3), wurde Chefredakteur der "Einheit", der theoretischen Monatsschrift zur Vorbereitung der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands (SED), die mit ihrer ersten Nummer im Februar 1946 herauskam. Insgesamt nur drei Hefte waren bis zum 21. April erschienen, der als Datum des sogenannten Vereinigungsparteitages von SPD und KPD in der Sowjetzone und damit als Gründungsparteitag der SED in die Geschichte eingehen sollte. Die politischen Fäden waren bereits vorher und auf anderem Parkett gezogen worden.4)

Nach der Umstellung der "Einheit" in die "Theoretische Monatsschrift für Sozialismus", nunmehr herausgegeben vom Parteivorstand der SED, blieb Seydewitz Chefredakteur. Aber es waren wiederum nur drei Nummern, die er bis August 1946 redigieren konnte, ehe er Mitte des Monats zum Intendanten des "Berliner Rundfunks" ernannt wurde. Ob die neue, ihm von der SED-Führung übertragene Position den politischen Zielen von Seydewitz entsprach, mag bezweifelt werden. Seine noch nach dreißig Jahren eher reservierte Darstellung seiner Reaktion auf die Berufung, wie sie der eingangs zitierten Passage aus den Seydewitz-Memorien zu entnehmen ist, deutet darauf hin, daß sich auch das Berliner Intendantenamt nur bedingt mit seinen Vorstellungen in Einklang bringen ließ. Gleichwohl erwies er sich als loyaler Diener seiner Partei.

2. Die gesuchte Eintracht: Besatzungsmächte und Berliner Rundfunk 1945

Seydewitz kam im Zuge der ersten kommunikationspolitisch bedeutsamen Veränderung in der deutschen Administration des SBZ-Rundfunks an den Berliner Sender. Am 2. Mai 1945 hatte russisches Militär das "Haus des Rundfunks" an der Berliner Masurenallee besetzt. Elf Tage später, am 13. Mai, schickte die neue Rundfunkeinrichtung unter sowjetischer Kontrolle über die Sendeanlagen in Tegel ihr Rufzeichen "Achtung! Achtung! Hier spricht Berlin! Hier spricht Berlin!" in den Äther. Bereits eine Woche darauf, am 20. Mai, konnte die dort inzwischen arbeitende kleine Gruppe deutscher Redakteure, an ihrer Spitze die Moskau-Exilanten Hans Mahle, Matt-

3) vgl.: Max Seydewitz, Den tyska hemmafronten (Die deutsche Heimatfront), Stockholm: Verlag Vorstedt und Söhne 1944

4) vgl.: Hermann Weber, Geschichte der DDR, München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1985, S. 115 ff.; dort auch weitere Literaturangaben

häus Klein, Markus ("Mischa") Wolf sowie der Techniker Erwin Wilke, einen ersten deutschen Kommentar senden. Für diese Rundfunkstation, zunächst "Radio Berlin" oder auch nach dem Standort der Sendeanlagen "Radio Tegel" genannt, bürgerte sich bald der Name "Berliner Rundfunk" ein.

Als die Westalliierten Anfang Juli 1945 ihre Sektoren in der ehemaligen Reichshauptstadt besetzt hatten, stellte sich die Frage der Kontrolle über den "Berliner Rundfunk" neu, zumal da das "Haus des Rundfunks" an der Masurenallee, zunächst Domizil der Weimarer "Funk-Stunde" Berlin und danach des nationalsozialistischen "Reichssenders Berlin", nun zum britisch besetzten Bezirk Charlottenburg gehörte. Medienpolitisch entscheidender als die lokale Besonderheit waren hingegen anglo-amerikanische Planungen für den Wiederaufbau des Rundfunks im okkupierten Deutschland. Sie sahen für Berlin eine Rundfunkeinrichtung unter gemeinsamer Kontrolle der Siegermächte (also Amerikaner, Briten und Sowjets) vor, die ein Programm für ganz Deutschland verbreiten sollte. Das "Manual For The Control Of German Information Services" vom 12. Mai 1945 legte dazu fest:

"It is further anticipated that a national broadcasting service under multi-partite control will, as soon as possible, be originated from Berlin, and the regional transmitters selected for German and foreign language broadcasts will relay this service."5)

Die Konzeption unterstellte eine inter-alliierte Gemeinsamkeit in der Besatzungspolitik für Berlin sowie die Möglichkeit, dort gemeinschaftlich kontrollierte Medieneinrichtungen als Sprachrohre dieser Politik zu betreiben. Unstrittig auf anglo-amerikanischer Seite schien die Auffassung, daß der gerade installierte "Berliner Rundfunk" eine dieser Medieneinrichtungen sein sollte. Allerdings unternahmen Amerikaner und Briten in den folgenden Monaten nur halbherzige Versuche, ihre Rundfunkpläne in Berlin zu verwirklichen.

Einen ersten Schritt dazu bildete eine anglo-amerikanische Vorlage für die Alliierte Kommandantur vom 27. Juli 1945. Sie bestätigte gewissermaßen den status quo der sowjetischen Kontrolle, indem sie lediglich für Amerikaner und Briten (sowie zu einem späteren Zeitpunkt auch für die Franzosen) eigene Programmzeiten des "Berliner Rundfunks" reservieren lassen wollte. Diese sollten jedoch den

5) zitiert nach: Hans Bausch, Rundfunkpolitik nach 1945. Teil 1 (= Rundfunk in Deutschland, Bd. 3), München: Deutscher Taschenbuch Verlag 1980, S. 67; vgl. auch: Harold Hurwitz, Die Eintracht der Siegermächte und die Orientierungsnot der Deutschen 1945-1946 (= Demokratie und Antikommunismus in Berlin nach 1945, Bd. 3), Köln: Verlag Wissenschaft und Politik 1984, S. 84; Kurt Koszyk, Pressepolitik für Deutsche 1945-1949. Geschichte der deutschen Presse, Teil 4 (= Abhandlungen und Materialien zur Publizistik, Bd. 10), Berlin: Colloquium Verlag 1986, S. 23 und S. 32 f.

Umfang von je einer Programmstunde pro Tag nicht überschreiten.⁶⁾ Dem Eindruck, daß diese Vorlage den Verzicht auf eine multinationale Kontrolle signalisiere, wurde von westlicher Seite vier Tage später durch eine Änderung dahingehend entgegengetreten, daß die alleinige sowjetische Zuständigkeit nur solange gelten sollte, bis Briten und Amerikaner "may be prepared to participate in a tripartite control".⁷⁾ In dem eigens für Medienfragen eingerichteten Ausschuß der Alliierten Kommandantur kamen Sowjets, Briten und Amerikaner daraufhin am 3. August überein, ein "multipartite radio committee" einzurichten, in dessen Kompetenz jedoch nur lokale Sendungen für Berlin fallen sollten. Entsprechend hieß es in der anglo-amerikanischen Empfehlung für die Gründung des Komitees: "The program schedule of Radio Tegel except for the local program will remain under Russian supervision." Nach sowjetischer Auslegung hingegen war die Empfehlung nur so zu verstehen, "daß der gemeinsame Rundfunkbeschuß für die Sendungen von Nachrichten aus der Kommandantur gelten sollte".⁸⁾

Ungeachtet der unterschiedlichen Auffassungen wurde die Empfehlung eine Woche später, am 9. August 1945, von der Alliierten Kommandantur gebilligt. Dennoch zeigten sich die Sowjets kaum kompromißbereit. Noch am 9. August wiesen sie die anglo-amerikanische Konzeption zurück, je eine Stunde Sendezeit pro Tag im Programm des "Berliner Rundfunks" zu erhalten. Vierzehn Tage später, am 24. August, scheiterte daher zwangsläufig auch die Einrichtung des "multipartite radio committee" am sowjetischen Widerstand.⁹⁾ Noch aber maßen die Westalliierten der starren Position der Sowjets wenig Bedeutung bei und gaben ihr nach, um in der deutschen Öffentlichkeit den Eindruck eines "Wettbewerb(s) zwischen den Besatzungsmächten zu vermeiden und ihre Geschlossenheit vor den Deutschen zu demonstrieren".¹⁰⁾

Die kompromißlose Abwehrhaltung der Sowjets erklärte sich wesentlich aus der Tatsache, daß der "Berliner Rundfunk" im Hochsommer 1945 nicht nur die einzige Rundfunkeinrichtung in Berlin war, sondern im gesamten sowjetisch besetzten Teil Deutschlands.¹¹⁾ Ein Ansatz zur Verbesserung der rundfunkpublizistischen Versorgung der SBZ ließ erst der Befehl Nr. 78 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland (SMAD) vom 27. September 1945 erkennen. Er ordnete die Genehmigung des individuellen, vor allem aber des kollektiven Rundfunkempfangs an, nachdem in der Sowjetzone unmittel-

6) vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 85; Hans Bausch (wie Anm. 5), S. 128

7) Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 85

8) ebenda, S. 86

9) ebenda, S. 87

10) ebenda, S. 88

11) Am 1. September 1945 begann der Leipziger Rundfunk als zweiter SBZ-Sender mit der regelmäßigen Ausstrahlung zunächst des Berliner Rundfunkprogramms; vgl.: Lektorat Rundfunkgeschichte (Bearb.), Chronik des Deutschen Demokratischen Rundfunks 1945-1946, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 5. Jg. (1971), Nr. 2, S. 81-98, 85

bar nach der Okkupation zahlreiche Rundfunkempfangsgeräte - vermutlich als Reparationsleistungen - beschlagnahmt worden waren.¹²⁾ Ferner enthielt der Befehl die an die deutschen Selbstverwaltungs-Körperschaften in Berlin sowie in den Ländern und Provinzen gerichtete Anordnung, in der SBZ den Aufbau eines Drahtfunksystems zur ausschließlichen Verbreitung der Programme des "Berliner Rundfunks" zu genehmigen. Demnach sollte der "Bau von Radioübertragungsknotenstellen für niederfrequenten Leitungsrundfunk über Sonderleitung und die Aufstellung von Lautsprechern für die Bevölkerung" begonnen werden. Außerdem war "die Organisation des Leitungsrundfunks über Fernkabelleitungen (niederfrequent) und städtische Fernsprechnetze (hochfrequent) mit Abhören der Darbietungen des Rundfunksenders Berlin in den Empfängern zu genehmigen". Und schließlich hatten die Körperschaften

"Sorge zu tragen für die erforderlichen Vorbereitungsarbeiten und den Beginn der Übertragungen des Rundfunksenders Berlin auf Leitungen: a) in Richtung Berlin-Halle, Berlin-Potsdam, Berlin-Weimar, Berlin-Schwerin und Berlin-Dresden zum 10. Oktober 1945; b) in Richtung Greifswald, Magdeburg, Dessau, Leipzig, Erfurt, Chemnitz, Zwickau, Eberswalde, Bernau, Brandenburg und Cottbus zum 1. November 1945; c) in den Provinzhauptorten und einzelnen Städten zum 1. Januar 1946."¹³⁾

Dieser vermutlich zum Verbreitungssystem des Mediums in der UdSSR¹⁴⁾ beeinflusste Befehl verriet nicht unbedingt ein durch Kenntnis deutscher Verhältnisse geleitetes rundfunkpolitisches Konzept. Er legt nahe, daß die Sowjets zur Rundfunkversorgung wenigstens der großen Städte der SBZ Gewicht auf den kollektiven Empfang ausgewählter Programme (wahrscheinlich Nachrichten und politische Meinungssendungen) des unter ihrer Aufsicht und in lokaler Nähe zur SMAD-Zentrale arbeitenden "Berliner Rundfunks" legten. Tatsächlich wurden in verschiedenen Städten Großlautsprecher-Anlagen auf öffentlichen Plätzen in Betrieb genommen, außerdem, wie etwa in Sachsen, der Gemeinschaftsempfang in Wohnhäusern oder Betrieben propagiert, für dessen Durchführung "Hausobleute oder die dafür beauftragten Vertrauensmänner" zu sorgen hatten.¹⁵⁾

12) vgl.: Max Herm, Erinnerungen an die revolutionäre Arbeiter-Radio-Bewegung Brandenburgs, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 9. Jg. (1975), Nr. 2, S. 28-35, 33

13) "Befehl Nr. 78 der Sowjetischen Militäradministration in Deutschland vom 27. September 1945: Rechtzeitige und regelmäßige Versorgung der deutschen Bevölkerung in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands mit politischer Information", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 8. Jg. (1974), Nr. 4, S. 71-72

14) vgl.: Arno Huth, Radio. Heute und morgen, Zürich und New York: Europa-Verlag 1944, S. 46 und S. 145-148

15) -: Der Rundfunk im Aufbau. Abschrift aus dem Landesnachrichtendienst (LND) Sachsens, Ausgabe 10 vom 19.10.1945, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 9. Jg. (1975), Nr. 3, S. 60-61; vgl. ferner: Max Herm (wie Anm. 12), S. 33; Karl-Heinz Mosgraber, Zur Geschichte des Senders Potsdam 1946-1952, in:

Immerhin wies der SMAD-Befehl auf das sowjetische Interesse an einem zentralisierten Rundfunk und damit auf die herausgehobene publizistische Bedeutung des "Berliner Rundfunks" hin. Ein derartig angelegtes Drahtfunksystem war medienpolitisch allerdings nur sinnvoll, wenn die Zentrale unter ausschließlich sowjetischer Kontrolle stand.

Als erste wesentliche Besatzungsmacht reagierten die Amerikaner auf die unnachgiebige sowjetische Haltung. Da das noch uneingeschränkt die anglo-amerikanische Besatzungspolitik in Berlin bestimmende Eintrachtgebot den Betrieb eines eigenen amerikanischen Rundfunksenders dort als unopportunistisch erscheinen ließ, "erwogen seit September (1945) amerikanische Medienexperten, als Teilersatz einen Drahtfunk einzurichten, an den sich Einwohner des amerikanischen Sektors anschließen konnten, sofern sie Telephone hatten".¹⁶⁾ Am 21. November erließ die amerikanische Militärregierung in Berlin den Befehl zur Gründung des "Drahtfunks im amerikanischen Sektor" (DIAS).¹⁷⁾ Es dauerte aber noch fast ein Vierteljahr, ehe DIAS Berlin Anfang Februar 1946 seine ersten Sendungen über Kabel im amerikanischen Sektor verbreitete.

Auch die Sowjets hatten unterdessen die Planungen für den Rundfunkaufbau in der SBZ geändert und konkretisiert. Ursache dafür mag die in der Praxis höchst unzureichende rundfunkpublizistische Versorgung ihrer Zone über ein Drahtfunknetz mit öffentlichen Lautsprechern sowie die Tatsache gewesen sein, daß im Süden der Sowjetzone schon Anfang September 1945 die Sendeanlagen des ehemaligen "Reichssenders Leipzig" wieder in Betrieb genommen worden waren. Die SBZ verfügte zu diesem Zeitpunkt mithin über zwei starke Rundfunksender, die in weiten Teilen ihres Gebietes empfangen werden konnten. Außerdem sollte der sowjetisch kontrollierte Rundfunk zum Jahreswechsel 1945/46 Bedeutung als politisches Agitationsmittel erhalten. Der Ausgang der ersten Nachkriegswahlen in Ungarn im Oktober 1945 sowie insbesondere der Ausgang der ersten Parlamentswahlen nach dem Kriege in Österreich im November 1945 mit seinem für die österreichischen Kommunisten verheerenden Ergebnis ließen die Hoffnung der Berliner KPD-Führung schwinden, bei den 1946 anstehenden Wahlen stärkste Partei zu werden.¹⁸⁾ Daraufhin wurde die KPD-Zurückhaltung gegen eine Vereinigung mit der SPD aufgegeben und als neue Parteilinie der Zusammenschluß der beiden Arbeiterparteien propagiert. In die sofort eingeleitete, großangelegte politische und publizistische Kampagne für die zeitlich drängende Gründung einer sozialistischen Einheitspartei sollte auch der Rundfunk eingeschaltet werden. Die Korrektur des Drahtfunkkonzeptes schien daher geboten.¹⁹⁾ Jedenfalls übertrug der

Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 19. Jg. (1985), Nr. 4, S. 5-56, 9

16) Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 105

17) vgl.: RIAS Berlin. Kurzfassung der Geschichte des Senders, o.O. (Berlin): RIAS Berlin 1974, S. 1

18) vgl.: Hermann Weber (wie Anm. 4), S. 118 ff.

19) vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 106-124; ferner die Aufzeichnungen von: Wolfgang Leonhard, Die Revolution entläßt

Chef der Informationsabteilung der SMAD, Oberst Sergej Iwanowitsch Tulpanow, mit Anordnung vom 21. Dezember der fünf Monate zuvor eingerichteten und von Moskau-Exilant Paul Wandel geleiteten "Deutschen Zentralverwaltung für Volksbildung" (DZVfV) in Berlin-Ost die

"gesamte Arbeit und Leitung des Rundfunkwesens in der sowjetischen Besatzungszone, und zwar sowohl die bereits in Betrieb befindlichen Sender als auch diejenigen, die noch in Tätigkeit treten werden."20)

Wie sich nur wenig später zeigen sollte, war das ein medienpolitisch geschickter Schachzug. Denn der SBZ-Rundfunk und der "Berliner Rundfunk" unterstanden nur einer deutschen (proto-)staatlichen Behörde und nicht mehr unmittelbar der sowjetischen Besatzungsmacht - wenigstens pro forma. Mit dieser Lizenzvergabe kam zugleich der sowjetische Standpunkt zum Ausdruck, daß der "Berliner Rundfunk" zum Verwaltungsbereich der SBZ gehörte, mithin nicht in die Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur fiel. Die Anordnung vom 21. Dezember 1945 enthielt ferner den SMAD-Auftrag, zusätzlich zu den bereits in Berlin und Leipzig arbeitenden Rundfunkeinrichtungen weitere in Schwerin, Dresden, Halle und Weimar in Betrieb zu setzen, wozu später noch eine regionale Rundfunkeinrichtung in Potsdam treten sollte.

3. Die gescheiterte Eintracht: Westalliierte Sender in Berlin 1946

Durch diesen SMAD-Auftrag zur Dezentralisierung des Mediums schien die Rundfunktopographie in der SBZ vorgezeichnet. Jedes der SBZ-Länder sollte einen eigenen Landessender, der Rundfunk also in gewisser Hinsicht eine förderale Struktur erhalten. Tatsächlich begannen die regionalen Sender innerhalb kurzer Zeit mit der Ausstrahlung eigener Programme. Bereits am 7. Dezember 1945 hatte der Landessender Dresden (für Sachsen) seine Tätigkeit begonnen. Der Landessender Schwerin (für Mecklenburg und Vorpommern) war am 24. Dezember eröffnet worden, seine offizielle Sendegenehmigung durch die SMAD erfolgte aber erst zum 1. Januar 1946. Ebenfalls vom 1. Januar datiert der Arbeitsbeginn des Landessenders Weimar (für Thüringen), ein halbes Jahr später, am 20. Juni, begann der Lan-

ihre Kinder, Frankfurt/Main und Berlin: Ullstein Verlag 1962, S. 348 ff.; Werner Klein, Reportagen, von denen man sprach, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 42-49; Horst Heydeck, Rundfunkarbeit im Dienste der Arbeitereinheit, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 5. Jg. (1971), Nr. 1, S. 5-12; Horst Heydeck, Motor des Neuen. Bewährung in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 7. Jg. (1973), Nr. 3, S. 64-69

- 20) Abgedruckt in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 4. Jg. (1970), Nr. 2, S. 102; vgl. auch: Arnulf Kutsch, Die Sowjets und der Rundfunk nach 1945. Sergej Iwanowitsch Tulpanow (1902-1984), in: Mitteilungen StRuG 10. Jg. (1984), Nr. 3, S. 233-239

dessender Potsdam (für Brandenburg) mit der Ausstrahlung erster Sendungen. Erst zum Jahresende 1946, am 24. Dezember, eröffnete als letzter Landessender die Station in Halle ihre Sendetätigkeit für Sachsen-Anhalt, für das seit Anfang 1946 zunächst aus einem Behelfsstudio in Magdeburg Rundfunkprogramme verbreitet worden waren. 21) Die Landessender besaßen den Status von

"Organen der Länder- bzw. Provinzialverwaltungen (...), sie waren nicht partei- oder organisationsgebunden". Sie hatten, schreibt DDR-Autor Karl-Heinz Mosgraben, "durch ausschließlich regionale Berichterstattung aus dem und für das Verbreitungsgebiet über Ereignisse, Tatsachen und Probleme - bei strikter Beachtung der relativ engen Verflechtung von nationaler und sozialer Frage - zum Aufbau, zur Festigung und zur Erhöhung der Autorität der entstehenden Selbstverwaltungsorgane beizutragen".

-
- 21) Zu den Datenangaben vgl.: Lektorat Rundfunkgeschichte (Bearb.), Chronik des Deutschen Demokratischen Rundfunks (wie Anm. 11), sowie: Erich Richter, Entwicklungsetappen des Deutschen Demokratischen Rundfunks 4. Jg. (1970), Nr. 2, S. 5-34; Nr. 3, S. 5-71; Nr. 4, S. 5-40. Bezeichnend für diese SBZ-Rundfunkgeschichte ist ihre fast ausschließliche Konzentration auf den "Berliner Rundfunk".
- Zur Geschichte der einzelnen Landessender vgl. daher auch: Rudolf Weiß, Entwicklung und Struktur des Musikprogramms beim ehemaligen Mitteldeutschen Rundfunk, Sender Leipzig, in den Jahren 1946-1952, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 2. Jg. (1968), Nr. 1, S. 63-80;
- Karl-Heinz Bohn, Das unsichtbare Bild. Eine Bilanz des Leipziger Schulfunks 1946-1952, ebenda, 11. Jg. (1977), Nr. 3, S. 21-52;
- Hermann Oschatz, Der pädagogische Funk im MDR/Sender Leipzig 1946-1952, ebenda 12. Jg. (1978), Nr. 2, S. 5-25;
- Wolfgang Bauer/Wolfgang Vötter, Wie Leipzigs Jugendfunk begann, ebenda 15. Jg. (1981), Nr. 2, S. 38-44;
- Götz Gärtner, Damals in Dresden. Erinnerungen an die Arbeit beim MDR Landessender Dresden, ebenda 16. Jg. (1982), Nr. 1, S. 1-22;
- Erich Höhn, Aus 40 Jahren Rundfunk-Arbeit am Sender Weimar, ebenda 19. Jg. (1985), Nr. 4, S. 74-87;
- Alfred Hartung, Zur Entwicklung des Rundfunks im Thüringer Raum. Teil 2, ebenda 9. Jg. (1975), Nr. 2, S. 36-63, bes. S. 45 ff.
- Eckehardt Dölle, Erinnerungen an die "Stimme Sachsen-Anhalts". Zur Geschichte des Landessenders Halle, ebenda 15. Jg. (1981), Nr. 3, S. 31-51;
- Walter Hühne, Wie wir 1946 in Magdeburg Rundfunk machten, ebenda 8. Jg. (1974), Nr. 1, S. 47-53;
- Karl-Heinz Mosgraber, Zur Entstehung und zur Wirkungsweise des Landessenders Potsdam, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus 14. Jg. (1986), Nr. 6, S. 392-398

So schreibt der DDR-Autor Karl-Heinz Mosgraber in einer Arbeit über den Landessender Potsdam. Mosgraber fügt seinem Befund aber gleich den Hinweis auf die zeitgenössisch übliche Praxis hinzu, wonach "die betreffende SED-Landesleitung über ihre Abt.(eilung) Agitation politischen Einfluß auf den Inhalt des Programms ausübte."22)

Der Aufbau der Landessender und ihrer Studio-Einrichtungen aus dem Nichts vollzog sich im zerstörten, durch einschneidende russische Reparationsforderungen und Demontagen geschwächten Ostdeutschland überaus mühselig. Die Leistungsfähigkeit der Mittelwellen-Sender war anfangs außerordentlich gering, und die technische Ausstattung der Studios besaß in den meisten Fällen provisorischen Charakter. Sie reichte in der Regel nur zur Produktion von - zeitlich allerdings sehr begrenzten - Eigenprogrammen mit regionalem oder lokalem Bezug. Um die Rundfunkversorgung in ihrer Zone zu verbessern, hatten die Sowjets daher am 25. Dezember 1945 den Berliner Langwellensender (Deutschlandsender) wieder in Betrieb gesetzt, der wenigstens in der ersten Hälfte des Jahres 1946 zusätzlich zum Berliner Mittelwellen-Sender ebenfalls das Programm des "Berliner Rundfunks" verbreitete.23) Möglicherweise wegen der geringen Kapazitäten der Landessender wurden zwei Sendetruppen mit sogenannten Leitsendern gebildet, bei denen die wesentlichen Programmteile produziert, ausgestrahlt und von den regionalen Sendern übernommen wurden. Schon am 7. Dezember erfolgte die Gründung der "Mitteldeutschen Rundfunk-Gesellschaft mbH" mit dem Sender Leipzig als zentraler Einrichtung sowie den Landessendern Dresden, Weimar und - später - Halle. Die zweite Sendergruppe wurde im nördlichen Teil der SBZ gebildet. Der "Norddeutschen Sendegruppe" mit dem "Berliner Rundfunk" als Leitsender waren die beiden Landessender Schwerin und Potsdam zugeordnet.24)

Der DDR-Rundfunkhistoriker Erich Richter erkennt in dieser Konstruktion zwei Perspektiven. Einmal gab sie "den Länder- und Provinzialverwaltungen die Möglichkeit, durch Regionalsendungen auch lokale Ereignisse zu behandeln - zweifellos ein wertvoller Beitrag, die Bevölkerung zur Mitarbeit beim Aufbau zu aktivieren". Im zeithistorischen Zusammenhang wichtiger mag gewesen sein, daß die regionalen Sender "durch Übernahme des Berliner Programms dessen

22) Karl-Heinz Mosgraber (wie Anm. 21), S. 393

23) vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 89 und S. 130 f. Zu den späteren Aufgaben des Deutschlandsenders vgl.: Gerhard Walther, Der Rundfunk in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland), Bonn und Berlin: Deutscher Bundes-Verlag 1961, S. 24 ff.; Rolf Steininger, Deutschlandfunk - Die Vorgeschichte einer Rundfunk-Anstalt 1949-1961 (= Rundfunkforschung, Bd. 5), Berlin: Verlag Volker Spiess 1977, S. 14 ff.; Heide Riedel, Hörfunk und Fernsehen in der DDR, (= Reihe Kommunikation), Köln: Verlag Braun 1977, S. 44 ff.

24) vgl.: Hans Mahle, Fünf Jahre demokratischer Rundfunk, in: Dem Rundfunk zum Gruß, o.O. (Berlin-Ost) o.J. (1950), S. 2-4

Wirkungsbereich" auf der Mittelwelle erweiterten.²⁵⁾ Denn die Landessender waren "verpflichtet, Nachrichten, politische Kommentare, gesellschaftskritische Sendungen u.ä. vom 'Berliner Rundfunk' zu übernehmen".²⁶⁾ Diese der Dezentralisierung von Programmproduktion und -verbreitung entgegengesetzte Funktion des "Berliner Rundfunks" als Zentrale des Mediums in der SBZ dokumentierte sich im Organisationsstatut des sowjetzonalen Rundfunks vom 14. März 1946, das festlegte:

"Fragen von übergeordneter Bedeutung werden vorläufig ausschließlich von dem Sender Berlin behandelt."²⁷⁾

Zu diesen Fragen von "übergeordneter Bedeutung" zählte ohne Zweifel die Propagierung der Einheitspartei. Daß diese von der SMAD mit massivem Druck auf die SPD durchgesetzte Zwangseinschmelzung der Sozialdemokraten in der KPD die journalistische Arbeit im "Berliner Rundfunk" im Frühjahr 1946 prägte, kann den Erinnerungen des damaligen Reporters Werner Klein entnommen werden:

"Ich übertreibe nicht, wenn ich sage, daß die Parteizentralen in der Wallstraße (KPD) und in der Behrensstraße (SPD) gewissermaßen zu zweiten Arbeitsplätzen für mich wurden. Dort traten nicht nur Männer wie Wilhelm Pieck und Walter Ulbricht auf der einen und Otto Grotewohl und Max Fechner auf der anderen Seite vor das Rundfunkmikrophon, sondern auch zahlreiche führende Funktionäre aus allen Teilen der Besatzungszone."²⁸⁾

Allerdings war der "Berliner Rundfunk" durch seine Lage innerhalb des britischen Sektors von Berlin zugleich auch die Achillesferse des sowjetisch kontrollierten Mediums. Neben dem Funkhaus im britischen lagen Verstärkeramt und Kabelzentrale in der Winterfeldstraße im amerikanischen, und die Sendeanlagen standen in Tegel und damit im französischen Sektor. Zudem war das "Haus des Rundfunks" an der Masurenallee von der Strom-, Gas- und Wasserversorgung aus den Westsektoren abhängig. Als der amerikanische DIAS Berlin am 7. Februar 1946 mit den ersten Sendungen begann, reagierten die Russen daher auf diese vermeintliche Konkurrenz⁽²⁹⁾ nervös. Ebenfalls im Februar erhielt die DZVfV den geheimen SMAD-Auftrag, im Ostberliner Grünau ein Drahtfunkstudio aufzubauen. Es sollte offenbar im Falle sich verschärfender Auseinandersetzungen zwischen Sowjets und Westalliierten über den "Berliner Rundfunk" als wenigsten provisorische Übergangslösung die ungestörte Verbreitung sowjetisch kontrollierter Rundfunkprogramme in Berlin

25) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 9

26) Heide Riedel (wie Anm. 23), S. 19

27) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 69-71 (Abdruck des Organisationsstatuts)

28) Werner Klein (wie Anm. 19), S. 46

29) In Berlin wurden im Dezember 1945 mehr als eine halbe Million Rundfunkempfänger registriert. Im amerikanischen Sektor gab es etwa 170000 registrierte Rundfunkgeräte, jedoch nur etwa 5000 angemeldete Telephonanschlüsse, über welche DIAS Berlin empfangen werden konnte; vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 105

garantieren können. Als sich wenige Wochen darauf die Briten dem amerikanischen Vorbild anschlossen(30), schien sich die sowjetische Vorsichtsmaßnahme zu rechtfertigen. In Nacht- und Nebelaktionen wurden technische Komplexe aus dem "Haus des Rundfunks" nach Grünau geschafft und dort im ehemaligen Bootshaus der Dresdner Bank und der Allianzversicherung am Langensee (Regattastraße) installiert, wo die inzwischen geänderten Planungen den Aufbau eines regelrechten Funkhauses vorsahen. "Mit der weiteren Verschärfung des kalten Krieges", schreibt DDR-Rundfunkhistoriker Richter, "wurde es immer notwendiger, eine eigene technische Zentrale des Rundfunks außerhalb Westberlins zu errichten." Das Funkhaus Grünau sei in der Lage gewesen, "jederzeit das Sendeprogramm des Berliner Rundfunks ausstrahlen zu können".31)

Noch war es aber nicht soweit. Die konziliante westliche Haltung gegenüber den Sowjets in Berlin ließ eine Konfrontation von westalliierten Seite als undenkbar erscheinen(32), obschon dort die harten Zensurpraktiken in den sowjetisch-lizenzierten Medien und die politische Bevorteilung der KPD durch die SMAD aufmerksam registriert wurden. Zudem hatten Amerikaner und Briten im Frühsommer 1946 die Hoffnung auf eine Vier-Mächte-Kontrolle des "Berliner Rundfunks" keineswegs aufgegeben. Der anglo-amerikanische Versuch, am 2. Juli 1946 mit den Sowjets erneut über dieses Thema zu sprechen, scheiterte indes, weil Oberst Tulpanow sich weigerte, über eine multinationale Kontrolle überhaupt zu verhandeln. Denn durch die Lizenzierung der DZVfV falle der "Berliner Rundfunk" nicht mehr in die Zuständigkeit der Alliierten Kommandantur.33) Die barsche Zurückweisung durch den Oberst der Roten Armee erfolgte nur 48 Stunden nach dem Volksentscheid über die "Enteignung der Kriegsverbrecher und Naziaktivisten" am 30. Juni 1946 in Sachsen, der von SMAD und SED als plebiszitärer Test auf die Popularität der Einheitspartei verstanden wurde. Er bildete den Auftakt der SED-Vorbereitungen für die Wahlen im Herbst 1946, die die neue Partei auf legale Weise an die politische Macht bringen sollten. Obwohl der Ausgang des sächsischen Volksentscheids durchaus positive Prognosen für die SED zuließ, war die SED-Spitze gewarnt. Nach den Wahlerfolgen der CDU in den Westzonen im Frühjahr 1946 schickte sich die Ost-CDU an, ähnliche Erfolge auch in der SBZ zu erzielen. Außerdem war der SED am wichtigsten Wahlort, in Berlin, ein zusätzlicher politischer Kontrahent erwachsen, nachdem die Kommandantur am 31. Mai neben der SED auch die SPD für alle vier Berliner Sektoren zugelassen hatte. Diese innenpolitische Situa-

30) ebenda

31) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 4, S. 21; ferner: -: Berliner Langwellensender demontiert, in: Der Kurier Nr. 193 vom 30.9.1946; S. 2. Das neue Funkhaus in Berlin (Ost) wurde schließlich in der Nalepastraße in Oberschöneweide errichtet; vgl.: Karl Metz/Werner Stankoweit, Funkhaus Nalepastraße - Pioniertat von Arbeitern und Technikern, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 16. Jg. (1982), Nr. 1, S. 23-43

32) vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 112 und S. 128

33) ebenda, S. 130 ff.

tion macht verständlich, warum Tulpanow Anfang Juli 1946 die Verhandlung über die Kontrolle des "Berliner Rundfunks" kategorisch ablehnte: dieser wurde für den SED-Wahlkampf benötigt.³⁴⁾

Nach dem sowjetischen Veto trafen nun auch Amerikaner und Briten Vorkehrungen, anstelle ihrer Drahtfunksysteme Mittelwellen-Sender in Betrieb zu nehmen, denn der Äther sollte in der heißen Wahlkampfphase nicht konkurrenzlos dem "Berliner Rundfunk" überlassen werden. Am 17. August 1946 nahm der NWDR-Berlin als Zweigstelle des Nordwestdeutschen Rundfunks (Hamburg) seine Sendetätigkeit auf.³⁵⁾ Die Amerikaner hingegen zögerten immer noch. Als jedoch in der zweiten Augushälfte während einer Sitzung der Alliierten Stadtkommandanten der abermalige Vorschlag einer Vier-Mächte-Kontrolle des "Berliner Rundfunks" ergebnislos vertagt wurde, kündigte die amerikanische Militärregierung Ende August auch für den amerikanischen Sektor die Errichtung eines eigenen Mittelwellensenders an. Seit 5. September strahlte der "Rundfunk im amerikanischen Sektor von Berlin" (RIAS) ein Programm aus, das nun nicht mehr wie zuvor weitgehend in den Kabeln versickern mußte.³⁶⁾

4. Die sowjetische Antwort: Neuorganisation des SBZ-Rundfunks 1946

Keineswegs weniger gründlich als Amerikaner und Briten hatten Sowjets und SED den russisch kontrollierten Rundfunk auf die für die innenpolitische Entwicklung der SBZ entscheidenden Herbstwahlen vorbereitet, und zwar durch eine neue Organisation der deutschen Verwaltung des Mediums. Diese Initiativen deuteten darauf hin, daß der Rundfunk in Berlin nur 18 Monate nach dem Ende des Krieges und des Hitler-Regimes von den Alliierten als eine jener publizistischen Bühnen eingeschätzt wurde, auf welcher die Wahl mitentschieden werden würde.

-
- 34) Über die Rezeption des Rundfunks in Berlin liegen verschiedene demoskopische Untersuchungen vor, die von der amerikanischen Information Control Division durchgeführt wurden. So wurde Ende September 1946 ermittelt, daß zwei Drittel der Rundfunkhörer im amerikanischen und im britischen Sektor den "Berliner Rundfunk" am häufigsten hörten. Eine Repräsentativ-Umfrage im amerikanischen Sektor hatte allerdings einen Monat zuvor ergeben, daß 40 % der Rundfunkhörer Kritik am "Berliner Rundfunk" übten, und zwar an der politischen Tendenz der Programme und am Gewicht der politischen Sendungen im Gesamtprogramm. vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 132
- 35) vgl.: -: Neuer Berliner Sender, in: Der Tagesspiegel Nr. 190 vom 16.8.1946, S. 4; -: Hier spricht Berlin! in: Der Tagesspiegel Nr. 191 vom 17.8.1946, S. 6, sowie: Emil Dovifat, Der NWDR in Berlin 1946 bis 1954 (= Buchreihe des SFB, Bd. 10), Berlin: Haude & Spenerische Verlagsbuchhandlung 1970, S. 19 ff.
- 36) vgl.: -: Die Zukunft des Berliner Senders. Ein amerikanischer Vorschlag, in: Der Kurier Nr. 162 vom 24.8.1946, S. 7; -: Auch ein amerikanischer Sender in Berlin, in: Der Kurier Nr. 167 vom 30.8.1946, S. 5

Am 15. August 1946 wurde das Referat der DZVfV, das bis dahin für den Rundfunk zuständig war, aufgelöst und in die "Generalintendanz des demokratischen Rundfunks" umgewandelt.³⁷⁾ Zu ihrem Chef avancierte Hans Mahle, bisher Intendant des "Berliner Rundfunks" und des Berliner Langwellensenders. Als Mahles Nachfolger kam Max Seydewitz in das "Haus des Rundfunks". Die Aufgabe der Generalintendanz bestand darin, "den Rundfunk in verwaltungsmäßiger, technischer, programmäßiger und finanzieller Hinsicht anzuleiten".³⁸⁾ Insbesondere hatte sie die Befugnis

"die Programmdirektoren, die Chefredakteure, die technischen Leiter der Landessender zu bestätigen und den Landessendern auch den Rahmen zu geben für ihre Personalpolitik. Es wurden von Seiten der Generalintendanz die Beratungen mit den Intendanten sowie Chefredakteurberatungen durchgeführt. Es wurden auch spezielle Beratungen der verantwortlichen Abteilungsleiter für Musik, für Künstlerisches Wort u.a. veranstaltet." ³⁹⁾

Die offensichtlich kommunistischer Dialektik folgende Veränderung der Organisation des SBZ-Rundfunks war aus medienpolitischer Perspektive aufschlußreich. Im Gegensatz zu den sowjetisch-lizenzierten Presseorganen der neuzugelassenen Parteien⁴⁰⁾ mochten die von außen her kaum einsehbaren Strukturen und Funktionen sowie die zweideutige Bezeichnung als "Generalintendanz des demokratischen Rundfunks" in der Öffentlichkeit den falschen Eindruck vermitteln, es handele sich um eine von staatlichem oder einseitig parteipolitischem Einfluß unabhängige Einrichtung. Immerhin war durch die Gründung der Generalintendanz die Administration des SBZ-Rundfunks sichtbar aus dem Verwaltungsrahmen der (proto-)staatlichen Behörde DZVfV herausgestellt worden, die als Lizenzträger gleichwohl in letzter Instanz für den Rundfunk verantwortlich blieb. Andererseits konzentrierten sich bei der Gene-

37) vgl.: -: Veränderungen im Berliner Rundfunk, in: Der Kurier Nr. 161 vom 23.8.1946, S. 5; -: Reorganisation im Rundfunk, in: Der Kurier Nr. 166 vom 29.8.1946, S. 2; -: Hans Mahle Generalintendant des Rundfunks, in: Neues Deutschland Nr. 98 vom 17.8.1946, S. 3.

Die Umorganisation ist in der bundesdeutschen Literatur bisher nicht hinreichend behandelt worden. Ernst Richert/Carola Stern/Peter Dietrich, Agitation und Propaganda. Das System der publizistischen Massenföhrung in der Sowjetzone, sowie: Gerhard Walther (wie Anm. 23), S. 13 datieren die Umorganisation auf das Jahr 1947. Heide Riedel (wie Anm. 23), S. 18, nennt zwar das exakte Datum, verzichtet aber auf eine Einschätzung des allgemein- und rundfunkpolitischen Zusammenhanges. Vgl. ferner: Herbert W. Kundler/U.(lrich) Heinmann Rufer/Christamarie Selle, Das öffentliche Informationswesen in der Sowjetzone Deutschlands, in: Aus Politik und Zeitgeschichte. Beilage zur Wochenzeitung "Das Parlament" Nr. 18 vom 2.5.1956, S. 281-294, 286

38) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 54

39) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 4, S. 19

40) vgl. Kurt Koszyk (wie Anm. 5), S. 325 ff.

ralintendanz die entscheidenden Kompetenzen des Rundfunks. Das widersprach zwar einer föderalen Struktur, erlaubte aber über die Zentralisierung der Administration hinaus die offenbar als notwendig erachtete Vereinheitlichung der parteipolitischen und -ideologischen Steuerung des Mediums. Deren Ansatzpunkte ließen sich bereits 1946 erkennen: Kaderbildung und -ausbildung (Personalpolitik), Zentralisierung der als politisch bedeutsam eingestuften Programmproduktion und -verbreitung, insbesondere zentrale Nachrichtengabe, Anleitung und Kontrolle (Vor- und Nachzensur) der Programm-Mitarbeiter, hierarchisch und zeitlich gestaffelte Planung der Programmarbeit sowie schließlich technische und Finanzaufsicht.⁴¹⁾

Der "Berliner Rundfunk" war davon insofern ausgenommen, als er zwar der "organisationstechnischen und verwaltungsmäßigen Betreuung, nicht aber der politischen Anleitung der Generalintendanz"⁴²⁾ unterstand, sondern, so muß das Zitat aus der DDR-Rundfunkhistoriographie wohl ergänzt werden, dem Zentral-Sekretariat (ZS) der SED sowie den Abteilungen "Agitation/Propaganda" (Leitung: Fred Oelsner) und "Presse/Rundfunk" (Leitung: Otto Winzer) beim Parteivorstand (PV) der SED, in welchen Intendant Seydewitz 1947 aufrückte. Damit fällt der Blick auf ein zweites, vielleicht das wichtigste Ziel der medienpolitischen Strategie des August 1946, das im Schatten der Generalintendanz-Gründung anvisiert wurde. Der "Berliner Rundfunk" als die Zentrale für Produktion und Verbreitung des aktuell-politischen Programms des SBZ-Rundfunks (Nachrichten, Kommentare, politische Meinungssendungen wie etwa die Reihen "Tribüne der Demokratie" oder "Pulsschlag der Zeit") sollte, für die Öffentlichkeit unauffällig, der unmittelbaren Lenkung durch die SED unterstellt werden, die vier Monate nach ihrer Gründung ihre erste Organisationsstruktur und Positionsverteilung gefunden hatte.⁴³⁾ Etwa zeitgleich dazu erfolgte am 15. September

41) Ernst Richert/Carola Stern/Peter Dietrich (wie Anm. 37), S. 111 f. geben an, daß die Nachrichten weitgehend vom "Sowjetischen Nachrichten-Büro" (SNB) übernommen wurden; vgl. auch die Darstellung von: Leon Nebenzahl, Mein Leben begann von neuem, Berlin (Ost): Dietz Verlag 1985, S. 51 ff. Nebenzahl war deutscher Übersetzer im SNB.

Zur Kaderausbildung vgl.: Ursula Enderle, Lehrjahre in Grünau und Weimar, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 14. Jg. (1980), Nr. 1, S. 36-56. Diese Rundfunkschule hatte einen improvisierten Vorläufer, der seit Anfang Juli 1946 in einem Gebäude der Berliner Carmen-Sylva-Straße Parteijournalisten in 14-tägigen Lehrgängen für den Rundfunk ausbildete. Vgl.: -: Nachwuchs für den Funk, in: Neue Zeit Nr. 157 vom 7.7.1946, S. 5; Oskar Hoffmann, Die ersten 50 Rundfunkschüler, Vom Beginn der Rundfunkschule in der Carmen-Sylva-Straße, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 79-84; Werner Preiß, Das Haus in der Carmen-Sylva-Straße. Erinnerungen an die erste Rundfunkschule, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 19. Jg. (1985), Nr. 4, S. 57-73

42) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 55

43) In Zusammenhang damit stand offenbar auch die bereits Anfang

die Bildung einer neuen Dienststelle innerhalb der Informationsabteilung der SMAD, die den bezeichnenden Namen "Redaktion des Berliner Rundfunks der SMAD" erhielt und vom russischen Major Lapschin geleitet wurde.⁴⁴⁾

Die Umorganisation markierte den Beginn einer neuen Qualität von Anleitung des "Berliner Rundfunks" durch den Agitationsapparat der SED, in den er eingebunden wurde. Folgt man den Erinnerungen damaliger Entscheidungsträger im "Haus des Rundfunks", so war ihre Lenkung durch die KPD während der politisch hektischen Monate nach Rückkehr der Gruppen um Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck kaum formalisiert. Sie erfolgte offenbar unkonventionell auf persönlich-informellem Wege. In der ersten Aufbauphase von Partei und Rundfunk im zerstörten Berlin mußte und konnte solche Handhabe genügen, zumal da der Intendant (Hans Mahle), der Kaderleiter und Personalchef (Matthäus Klein) sowie ein wichtiger Kommentator (Markus Wolf) durch ihre intensive parteipolitische Schulung in sowjetischem Exil oder russischer Gefangenschaft und durch ihre Zugehörigkeit zur Kernzelle der KPD im Nachkriegs-Berlin ohnehin als Stützen der Partei galten. Als generelle Linie für ihren rundfunkpublizistischen Auftrag reichte ihnen der Gründungsauftrag der KPD vom 11. Juni 1945.⁴⁵⁾ Zur Mitte des Jahres 1946 hingegen um-

Juli 1946 erfolgte fristlose Entlassung wichtiger Mitarbeiter aus der Verwaltungsspitze des "Berliner Rundfunks". Es handelte sich um den kaufmännischen Direktor Eberhard Borgmann, den Prokuristen und Leiter der Finanzabteilung, Herbert Koch, sowie um den Justitiar Günter von Drenkmann, die ohne Angabe von Gründen auf Anordnung der SMAD ihren Dienst quittieren mußten. Vgl.: -: Entlassungen bei Radio Berlin, in: Der Tagesspiegel Nr. 153 vom 4.7.1946, S. 6. Siehe ferner: Carola Stern, Die SED. Aufbau und Funktionsweise, Berlin: Institut für politische Wissenschaft. Abt. Sowjetzone o.J. (etwa 1954), S. 60 f. (Abteilungen beim PV der SED)

- 44) Willi Zahlbaum, Rundfunkstudio mit Sonderaufgaben, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 114-123, 117; Willi Zahlbaum, Vom Lagerfunk in Bizerte zum Funkhaus Grünau, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 9. Jg. (1975), Nr. 3, S. 38-52, 42.

Erwähnt werden sollte in diesem medienpolitischen Zusammenhang die Lizenzierung des "Allgemeinen Deutschen Nachrichtendienstes" (ADN) am 10. Oktober 1946, dessen Angebot für die Nachrichtengebung des "Berliner Rundfunks" bestimmend wurde. Erster Direktor von ADN, die unter "gemäßigter sowjetischer Kontrolle" arbeitete, wurde der Alt-Kommunist Georg Wilhelm Hansen. Er war 1932 in England als sowjetischer Spion verhaftet und Anfang der 40er Jahre nach der UdSSR ausgetauscht worden. 1945 kam er mit der Roten Armee nach Berlin. Vgl.: Günter Stechow, Lizenz-Nummer 101 für ADN, in: Neue Deutsche Presse 40. Jg. (1986), Nr. 10, S. 16-17; Günter Raue, Geschichte des Journalismus in der DDR (1945-1961), Leipzig: VEB Bibliographisches Institut 1986, S. 112 ff.

- 45) vgl.: Hans Mahle, So fing es an. Der Beginn eines grundlegend neuen Kapitels deutscher Rundfunkgeschichte, in: Erinnerungen

faßte der "Berliner Rundfunk" schon mehr als 30 Abteilungen und beschäftigte mehrere hundert Mitarbeiter(46), von denen jedoch nur ein Bruchteil als im Sinne der SED politisch zuverlässig eingeordnet werden konnte. Für diesen Rundfunk-Großbetrieb, der täglich ein 19-stündiges Programm ausstrahlte, schien eine enge, organisierte Anbindung an ZS und PV der Einheitspartei schon deshalb notwendig, weil seine Informationssendungen und politischen Programmteile zonenweite Verbreitung fanden. Dieser Umorganisationsprozeß unmittelbar vor dem Wahlkampf verfolgte, so muß man annehmen, mithin das Ziel, die "operative Wirksamkeit" des SBZ- und namentlich des "Berliner Rundfunks" optimal entfalten zu können, indem der Zugriff der Sowjets und ihres verlängerten deutschen Arms, der SED, gefestigt, gleichzeitig aber auch getarnt wurde. Die eingangs zitierte Passage aus den Memoiren von Max Seydewitz, wonach er auf Empfehlung sowjetischer Kontrolloffiziere durch die SED-Parteivorsitzenden Pieck und Grotewohl zum Intendanten ernannt worden sei, liefert dafür ein anschauliches Indiz. Es wird gefestigt durch die Aussage des damaligen Chefredakteurs Heinz Schmitz, der sich zu erinnern glaubt:

"In diesem Prozeß verlagerte sich auch die politische Anleitung des 'Berliner Rundfunks' immer ausschließlich zum Parteivorstand der SED."47)

Für Seydewitz, der bei seiner Amtseinführung im August 1946 zwar als Programm verkündete: "Ohne parteipolitisch zu sein, muß der Rundfunk Partei ergreifen für die demokratische Erneuerung Deutschlands"(48), war Jahre später zweifelsfrei klar, sein Intendantenamt "im Sinne der Politik der Partei", also der SED ausgeübt zu haben. Dabei fiel ihm auch wieder ein, daß der für den Rundfunk zuständige SMAD-Major Wladimir Grigorjewitsch Mulin ihm empfohlen hatte, gegenüber den noch meist aus den Westsektoren stammenden Mitarbeitern des "Berliner Rundfunks" "ruhig mal loszudonnern und mit der Faust auf den Tisch zu hauen". Oder daß der sowjetische Major Michail Iljitsch Romm, von seinem Chef Tulpanow geschickt, "häufiger Gast im Funkhaus gewesen sei" und daß zu den besonders "qualifizierten Mitarbeitern im Funkhaus" Oberstleutnant Malachow, die Majore Kiselman, Furman(ow), Lebedew, Kulakow und der weibliche Leutnant der Roten Armee, Sakwa, gehörten.49) Freilich blieben ihm die allgegenwärtige Präsenz, die Anleitung und Kontrolle durch

sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 13-20, 14; und: Matthäus Klein, "Hier spricht Berlin!" Die Geburtsstunde des deutschen demokratischen Rundfunks am 13. Mai 1945, ebenda S. 21-24, 24

46) - entfällt -

47) Heinz H. Schmidt, Funkhaus Masurenallee. Massenwirksamkeit und Popularität trotz komplizierter Arbeitsbedingungen inmit- ten Westberlins, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 96-105, 100

48) H.B., Aufgaben, Pläne und Programm des Rundfunks. Ein Gespräch mit Intendant Seydewitz, in: Neues Deutschland Nr. 143 vom 9.10.1946, S. 4

49) Max Seydewitz, Intendant des Berliner Rundfunks 1946/47 (wie Anm. 1), S. 11

die "sowjetischen Genossen" im "Haus des Rundfunks" als kameradschaftliche Hilfe in Erinnerung, nicht jedoch - wie er es noch Anfang 1947 gegenüber dem West-Berliner "Kurier" beim Namen nannte - als eine minutiöse "Vorzensur"(50), die in den Medien der drei Westzonen zu diesem Zeitpunkt längst abgeschafft war oder nicht mehr praktiziert wurde.51)

5. Die Aera des Intendanten Seydewitz: Berliner Rundfunk und Berliner Wahl 1946

Seydewitz hatte seinen Intendantenposten zu einem Zeitpunkt angetreten, als es den noch immer recht kleinen kommunistischen Kadern offenbar erhebliche Schwierigkeiten bereitete, ein im Sinne der SED passables Programm in den Äther zu schicken. Ein Vierteljahr vor dem Amtsantritt von Seydewitz hatte sein Vorgänger Hans Mahle anlässlich der ersten Jahresfeier des Senders zwar eine schönfärbische Bilanz gezogen. Gleichwohl mußte er zugeben, daß "das Problem der Wortsendungen noch nicht zur Zufriedenheit gelöst sei". So jedenfalls berichtete vorsichtig das SED-Zentralorgan "Neues Deutschland".52) Der französisch lizenzierte "Kurier" hingegen bilanzierte nüchterner: "Unvollkommener Funkstil, verbesserungsbedürftiges Musikprogramm und Suche nach besseren Mitarbeitern."53) Während eines Pressegesprächs Ende August 1946 bestätigte Seydewitz indirekt diese Mängel. Immerhin versprach er ein Ende des "bisherigen toten Monopolisierens" und kündigte an:

"Um seine politischen Aufgaben besser als bisher erfüllen und eine noch stärkere persönliche Verbindung zwischen Hörer und Funk herstellen zu können, werden in Zukunft die Geschehnisse und Probleme des Tages von bekannten Persönlichkeiten kommentiert. ... Um den demokratischen Charakter des 'Berliner Rundfunks' zu verstärken, sollen im Rahmen der Sendung 'Die Tribüne der Demokratie' die Auffassungen und Meinungsverschiedenheiten der einzelnen politischen Parteien zum Ausdruck kommen." Voraussetzung dafür sei "Sachlichkeit und Toleranz. Ziel aber sollte sein: Wiederaufbau Deutschlands und Gestaltung einer antifaschistisch-demokratischen Republik."54)

-
- 50) J.R., Der Rundfunk antwortet, in: Der Kurier Nr. 2 vom 3.1.1947, S. 2; zur russischen Vor- und Nachzensur vgl.: Ernst Richert/Carola Stern/Peter Dietrich (wie Anm. 37), S. 111 f.
- 51) vgl.: Barbara Baerns, Lenkung und Kontrolle beim Neuaufbau des Pressewesens (1945-1949), in: Heinz-Dietrich Fischer (Hrsg.), Deutsche Kommunikationskontrolle des 15. bis 20. Jahrhunderts (= Publizistik-Historische Beiträge, Bd. 5), München et al.: K.G. Saur 1982, S. 280-304, bes. S. 291 f.
- 52) -: Ein Jahr Berliner Rundfunk, in: Neues Deutschland Nr. 18 vom 14.5.1946; ferner: -: Jahresfeier des Berliner Rundfunks, in: Neue Zeit Nr. 112 vom 15.5.1946, S. 3
- 53) zitiert nach: Gerhard Walther (wie Anm. 23), S. 15
- 54) H.B., Aufgaben, Pläne und Programm des Rundfunks (wie Anm.

Solche Schalmeienklänge waren, so kann man Seydewitz verstehen, bitter nötig. Der vorhersehbare Wettbewerb im Äther mit dem NWDR Berlin und dem RIAS Berlin, der Empfang westlicher Rundfunkstationen in der SBZ(55), dazu die Verbreiterung des publizistischen Meinungsspektrums durch die zum Jahreswechsel 1945/46 in den Westsektoren Berlins lizenzierten Zeitungen(56) ließen es offenkundig notwendig erscheinen, dem "Berliner Rundfunk" in der Öffentlichkeit das Image eines demokratisch-pluralistischen Mediums zu vermitteln, dessen Wertemuster sich auf den ersten Blick von demjenigen der in West-Berlin ansässigen Rundfunkeinrichtungen kaum unterscheiden ließ.⁵⁷⁾ Als ehemaliger SPD-Reichstagsabgeordneter und West-Exilant mag Seydewitz in der Kalkulation der SED-Führung und ihrer russischen Berater die Symbolfunktion für demokratische Usancen westlichen Stils jedenfalls besser erfüllt haben als sein Amtsvorgänger Hans Mahle, dem als Mitglied der Gruppe Ulbricht ein Moskau-ergebenes Odium anhaftete und der den Berlinern als Unterzeichner des KPD-Gründungsaufrufes vom 11. Juni 1945 und als Mitglied des SED-Parteivorstandes bekannt gewesen sein dürfte.⁵⁸⁾ Durch seine langjährige partei-journalistische Tätigkeit besaß SED-Mitglied Seydewitz außerdem den Bonus, die Funktion des Mediums als "Transmissionsriemen der Partei" im "Berliner Rundfunk" erfolgreicher verwirklichen zu können, als dies dem konzilianten Mahle während seiner knapp einjährigen Intendantenzeit gelungen war. Und schließlich hatte Seydewitz während seiner - wenn auch nur wenigen - Monate als Chefredakteur der "Einheit" die Nagelprobe als ein für die Parteilinie verlässlicher Journalist bestanden.⁵⁹⁾ Gleichwohl zeigte sich die SED-Spitze vorsichtig - und vermutlich mißtrauisch - genug und stellte ihm den Altkommunisten

48), S. 4; ferner: -: Neue Pläne im Berliner Rundfunk, in: Neue Zeit Nr. 203 vom 30.8.1946, S. 3

55) vgl.: Rolf Geserick, Deutsch-Deutscher Rundfunk beiderseits der Zonengrenze, in: Mitteilungen StRuG 12. Jg. (1986), Nr. 4, S. 318-330

56) vgl.: Kurt Koszyk (wie Anm.. 5), S. 472 ff.; ferner: Norbert Frei, Medienpolitik der Alliierten nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Situation in den Besatzungszonen und in Berlin, in: Mitteilungen StRuG 11. Jg. (1985), Nr. 1, S. 28-41; Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 100 f.: "Das Vorhandensein von Zeitungen westlichen Stils, die auch im Sowjetsektor überall vertrieben und gekauft werden konnten, war der SMAD zunehmend ein Ärgernis. Sie reagierte empfindlich auf den leisesten Anklang von Kritik."

57) vgl. den aufschlußreichen Artikel: -: Demokratie im Berliner Rundfunk, in: Der Kurier Nr. 168 vom 31.8.1946, S. 2

58) vgl.: Protokoll des Vereinigungs-Parteitages der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD) und der Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD) vom 21. und 22. April 1946, Berlin: Verlag J.H.W. Dietz Nachf. 1946, S. 155

59) vgl. dazu etwa seine Analyse der Parteipresse in: Max Seydewitz, Lehren aus dem Volksentscheidkampf in Sachsen, in: Einheit 1. Jg. (1946), Nr. 3, S. 172-181, bes. S. 178 f.

Wilhelm Girnus, zuvor Leiter des Rundfunk-Referates in der DZVfV, als Stellvertreter und als den eigentlichen Gralshüter der Parteiinteressen im "Haus des Rundfunks" zur Seite.60)

Wie auch immer diese personal-strategischen Überlegungen in der organisatorisch und personell noch auf dünnem Fundament agierenden SED angelegt waren, das Bekenntnis von Seydewitz erfolgte während der politisch sensiblen Wochen vor den Gemeinde-, Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ im September und Oktober 1946 sowie insbesondere vor der Wahl zum Berliner Stadtparlament am 20. Oktober 1946. Diese Wahl sollte erstmals Aufschluß bringen über den Rückhalt der Einheitspartei in der Bevölkerung und über die Resonanz ihres auf Sozialismus (Boden- und Schulreform, Enteignung von NSDAP-Besitz sowie Verstaatlichung von Banken, Versicherungen und Industrie) gerichteten Programms. Denn in Berlin und dort vor allem in den westlichen Sektoren war es den Sowjets nicht möglich, so massiv in den Wahlkampf zu Gunsten der SED einzugreifen, wie sie es zuvor in den SBZ-Ländern praktiziert hatten.61) Zudem waren ein Jahr nach Kriegsende wieder zahlreiche Mitarbeiter aus den um Berlin liegenden Regionen der Mark Brandenburg in Betrieben im Westteil der ehemaligen Reichshauptstadt beschäftigt und konnten sich so ein Meinungsbild aus Zeitungen verschaffen, die nicht der Kontrolle durch SMAD und SED unterlagen. Partei-Journalisten und Agitatoren der SED hatten also, wie das heute in der Geschichtsschreibung des DDR-Journalismus heißt, eine "frühe Bewährungsprobe" als "politische Funktionäre" zu bestehen.62) In dieser Situation tat der "Berliner Rundfunk" als das von SMAD und SED gelenkte Medium mit der technisch und sozial größten Verbreitung gut daran, seine politische Unabhängigkeit und das Streben nach parteipolitischer Ausgewogenheit seiner Programme zu beteuern und in den Herbsttagen des Jahres 1946, als sich ein Wandel der amerikanischen und britischen Deutschlandpolitik abzuzeichnen begann, die Forderung eines demokratischen deutschen Gesamtstaates zu bekräftigen.

Wie allerdings die Praxis solcher vollmundigen Ankündigungen aussah, verdeutlichte der Umgang mit den Sozialdemokraten, die wegen ihrer entschiedenen Gegnerschaft zur SED den politischen Konvertiten Seydewitz schon auf Grund seiner Biographie reizen mußten. In Berlin gehörte die SPD zu den harten Konkurrenten der SED um die politische Macht. Die Sozialdemokraten unter Vorsitz von Kurt Schumacher galten in der Sprache der SED-Agitatoren als Diener des westlichen Imperialismus, als "Verräter der Einheit der Arbeiter-

60) Zur Einschätzung vgl.: Manfred Jäger, Zum Tode von Wilhelm Girnus, in: Deutschland Archiv 18. Jg. (1985), S. 791-792

61) vgl.: Norbert Mattedi, Gründung und Entwicklung der Parteien in der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945-1949 (= Bonner Berichte aus Mittel- und Ostdeutschland), Bonn und Berlin: Deutscher Bundes Verlag 1966, S. 85 ff.

62) vgl.: Günter Raue (wie Anm. 44), S. 131; Günter Raue, Eine ideale Tribüne öffentlicher Rechenschaftslegung. Zur Spezifik der SED-Wahlzeitungen 1946, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus 14. Jg. (1986), Nr. 6, S. 398-400, 398

klasse", als Lemminge des gerade begonnenen antifaschistisch-demokratischen Aufbaus und eines ungeteilten Deutschlands. Unter Führung ihres Berliner Wahlkampfleiters Hermann Lüdemann, so notierte Seydewitz 1970, hatte die Sozialdemokraten

"eine kleine Gruppe von Beauftragten gebildet, (die eine) 'ausreichende Mitarbeit und Mitbestimmung' am Berliner Rundfunk und am Deutschlandsender" verlangten. "Wenn deshalb Lüdemann im Auftrage seiner Partei zu Besprechungen kam, ging es bei der Aussprache über seine Forderungen nicht immer friedlich und gemütlich zu. ... Zum offenen Bruch mit dem Vorstand der Westberliner Sozialdemokraten kam es, als wir im Rundfunk Teile der Reden brachten, die Wilhelm Pieck und der Parteivorsitzende der SPD, Kurt Schumacher, auf Großkundgebungen vor der für den 20. Oktober 1946 anberaumten Stadtverordnetenwahl in Groß-Berlin hielten. Dabei kommentierten wir gar nichts, sondern stellten nur die beiden Reden gegenüber. Bei dieser Konfrontation fiel Schumachers mit unseriösen Angriffen gegen die Vereinigung der beiden Arbeiterparteien gespickte Rede gegenüber der ruhigen sachlichen Rede Wilhelm Piecks stark ab."63)

In seiner Ausgabe vom 18. Oktober 1946 schilderte der amerikanisch lizenzierte "Abend" den Sachverhalt und die publizistische Taktik der SED-Agitatoren im "Haus des Rundfunks" hingegen so:

"In der 'Tribüne der Demokratie' des Berliner Rundfunks ist zum erstenmal ein Stück aus einer Rede Dr. Schumachers beschert worden. Rein zufällig müssen diejenigen, die sie beschnitten haben, dabei Teile der Rede ausgewählt haben, in denen Dr. Schumacher auf die westdeutsche CDU schimpfte. - In der Antwortrede Piecks, die der Rundfunk dann ausführlich übertrug, aber merkte man, daß offensichtlich Dr. Schumacher sich wesentlich mit anderen Themen beschäftigt hatte. Es macht sich gut, neutral wirken zu wollen und dabei den gemeinsamen Gegner zu treffen. Wir glauben jedoch, daß die Hörer und Wähler sich ihr eigenes Bild längst gemacht haben."64)

Beim Ordnen seiner Erinnerungen hatte Seydewitz indes vergessen, daß man im "Haus des Rundfunks" wahrscheinlich glaubte, diese Manipulation der Wahlsendung reiche noch nicht aus. Immerhin bot der "Berliner Rundfunk" dem SED-Vorsitzenden Pieck am Tage vor der Wahl noch die Gelegenheit, "Ein mahnendes Wort in letzter Stunde" in den Äther zu sprechen, um den Berlinern folgende Wahlhilfe zu geben:

"Die Sozialistische Einheitspartei Deutschlands ist die Partei des schaffenden Volkes, aller Arbeiter und Bauern, Handwerker und Gewerbetreibenden, Angestellten und Geistesschaffenden. Sie ist Euer wahrer Freund und Hel-

63) Max Seydewitz, Intendant des Berliner Rundfunks 1946/47 (wie Anm. 1), S. 17

64) zitiert nach: Gerhard Walther (wie Anm. 23), S. 16

fer in Eurer Not. Wenn Ihr unserer Partei Eure Stimme gebt, so habt Ihr die Gewißheit, daß alle Maßnahmen zur Behebung der Not ergriffen und Euch allen damit geholfen wird. (...) Laßt Euch nicht durch die Hetze verwirren, die von der Reaktion gegen unsere Partei betrieben wird. Laßt Euch aber auch nicht durch lockende Versprechungen einfangen, die Euch von anderen Parteien vor der Wahl gemacht und nachher nicht gehalten werden. Wer von Euch den Frieden und den Wohlstand unseres Volkes will, der gebe bei der Wahl seine Stimme der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands."65)

Anders auch als Seydewitz behauptete, bedeutete das keineswegs schon das Ende der Kooperation des SPD-Vorstandes mit dem "Berliner Rundfunk". Den Bruch besiegelte vielmehr ein Vorfall zum Jahreswechsel 1946/47. Als der Berliner SPD-Vorsitzende Franz Neumann, ein notorischer Gegner der SED, sein Manuskript für die Neujahrsansprache der sowjetischen Vorzensur im "Haus des Rundfunks" einreichen wollte, strich - nach Neumanns Aussage - nicht etwa ein russischer Kontrollloffizier, sondern Seydewitz persönlich aus dem Text eine Passage. Daraufhin verließ Neumann mit seinem Manuskript den Sender.66) Erst danach kündigte er im Namen der SPD die Zusammenarbeit mit dem "Berliner Rundfunk" auf und ließ verlauten:

"Solange diese Leute ihre Hetze weiter betreiben, wird kein Sozialdemokrat in diesem Sender sprechen", und "solange der 'Parteisender Berlin' unter der jetzigen Leitung stehe, werde er zu keiner sozialdemokratischen Veranstaltung eingeladen werden."67)

Die psychologischen Nadelstiche des Intendanten Seydewitz richteten sich im übrigen nicht nur gegen Parteivertreter der SPD, sondern zudem gegen Amtsträger der deutschen Selbstverwaltung. Den Berliner Oberbürgermeister Otto Ostrowski, wie Neumann SPD-Mitglied, ließ man jedenfalls am Neujahrstag 1947 an der Masurenallee bis in den späten Abend warten, ehe er - wie zuvor über RIAS Berlin - auch über den "Berliner Rundfunk" seine Neujahrsgrüße an die Bevölkerung richten konnte.68) Solche offensichtlich durch die Sowjets gedeckte, arrogante Machtdemonstration des Rundfunks gegenüber nicht marxistischen Politikern brachte die Westberliner Presse auf. Der in diesen Monaten sehr moderat argumentierende "Tagesspiegel" etwa nahm die gezielte Hinhaltetaktik zum Anlaß für die drastische Forderung,

"daß Radio Berlin dem Magistrat der Stadt unterstellt werden muß. Man sollte auf das vor 1933 bewährte System zurückgreifen und zum Betrieb des Senders eine Gesell-

65) Ein mahndendes Wort in letzter Stunde. Rundfunkansprache von Wilhelm Pieck am 19. Oktober 1946, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 8. Jg. (1974), Nr. 2, S. 76-77, 77

66) J.R., Der Rundfunk antwortet (wie Anm. 50), S. 2

67) -: SPD gegen "Parteisender Berlin", in: Der Tagesspiegel Nr. 20 vom 24.1.1947, S. 3

68) vgl.: -: Ostrowski sprach über Radio Berlin, in: Der Tagesspiegel Nr. 6 vom 8.1.1947, Beiblatt S. 1

schaft gründen, deren Anteile in städtischem Besitz sind, ähnlich wie ehemals die Anteile der regionalen deutschen Sendegesellschaften beim Staate, der Provinz und den maßgebenden Städten lagen."69)

Die Beispiele zeigen die Unsicherheit von Seydewitz und den SED-Agitatoren vor, aber auch nach der Wahl, die für die SED in Berlin mit einem Fiasko endete. Denn nicht die Einheitspartei, sondern die SPD war als Sieger durchs Ziel gegangen. Der für die SED gleichermaßen überraschende wie deprimierende Wahlausgang(70) sollte Folgen für den "Berliner Rundfunk" haben; der noch zu locker laufende Transmissionsriemen mußte fester gezogen werden. Die wenigen zugänglichen Hinweise lassen vermuten, daß zuverlässige SED-Genossen, deren ideologische Sattelfestigkeit bisweilen wichtiger schien als journalistische Kompetenz, die Stühle politisch nonkonformer Redakteure im "Haus des Rundfunks" besetzen, den Einfluß bürgerlichen Denkens in den Redaktionen zurückdrängen und die Gewähr für einen möglichst geringen Reibungsverlust bei der Umsetzung der SMAD- und SED-Vorgaben in ein Hörfunkprogramm bieten sollten. Den auffallend gleichlautenden Darstellungen "sozialistischer Rundfunkpioniere" über ständige Erörterungen der Sendethemen, -inhalte und -stile während dieser Monate kann zudem eine Intensivierung von Anleitung und Kontrolle hierarchisch hoch angesiedelter SED-Kader (meist Abteilungsleiter) durch sowjetische Rundfunkoffiziere entnommen werden. Die Programme des "Berliner Rundfunks", so schreibt Gerhard Walther in seiner Darstellung über den DDR-Rundfunk, gingen von bis dahin "schlecht getarnter zu offener SED-Propaganda über".71)

Die Forderung des "Tagesspiegel" nach einer neuen Rechts- und Organisationsform für den "Berliner Rundfunk" veranschaulichte indes die Hoffnung, daß die Alliierte Kommandatur und in ihr besonders die Sowjets bereit sein würden, aus dem eindeutigen Plesbiszit gegen die SED in Berlin rundfunkpolitische Konsequenzen zu ziehen. Exemplarisch dokumentierte sich solche Erwartung in einem - aus

69) -: Phantasien an Neujahrskaminen. Zur geistigen Verfassung der deutschen Politik in: Der Tagesspiegel Nr. 2 vom 3.1.1947, S. 2

70) Die Berliner Wahl hatte folgende Stimmverteilung ergeben: SPD 48,7 %; CDU 22,2 %; SED 19,8 %; LDP 9,3 %. Zur Einschätzung vgl.: Hermann Weber (wie Anm. 4), S. 138 ff.

71) Gerhard Walther (wie Anm. 23), S. 17; zur Programmentwicklung und -politisierung vgl. auch: Heide Riedel (wie Anm. 23), S. 44 f. und: Erich Richter (wie Anm. 21) sowie Cläre Jung, Die Sendungen der "Sprechstunde für die Aktion 'Rettet die Kinder'", in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 5. Jg. (1971), Nr. 55-59; Cläre Jung, Die Stimme des Kulturbundes, ebenda, 5. Jg. (1971), Nr. 2, S. 56-60; Lucie Duchrow, Denken Sie an die Kinder! Der erste Frauenfunk nach 1945, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 63-70

welcher Feder auch immer stammenden - Leserbrief, den der britisch lizenzierte "Telegraf" in seiner Ausgabe vom 8. Januar 1947 veröffentlichte. In ihm hieß es:

"Es ist mir unverständlich, daß heute noch - nachdem vor Monaten die Wahl eindeutig die politische Einstellung der Berliner Bevölkerung ergeben hat - die SPD und deren Parteileitung von den Rundfunksprechern derartig angegriffen werden. Von einem 'unpolitischen' oder 'überparteilichen' Rundfunk konnte nie die Rede sein. Es wäre an der Zeit, daß dem Willen der weitaus größten Zahl der Rundfunkteilnehmer Rechnung getragen wird und endlich auch 'ihre' Partei zu Worte kommt!"⁷²⁾

Tatsächlich war im Herbst 1946 im Politischen Direktorium des Alliierten Kontrollrates, also auf höchster Ebene, der anglo-amerikanische Kompromißvorschlag unterbreitet worden, RIAS Berlin und NWDR Berlin wieder einzustellen, wenn die Sowjets eine Vier-Mächte-Kontrolle des "Berliner Rundfunks" akzeptieren würden. Nach mehreren Verhandlungen scheiterte jedoch auch diese Initiative - offenbar nicht allein an der kaum beweglichen russischen Haltung, sondern zudem am Mißtrauen, das örtliche Medienoffiziere und Vertreter der westlichen Militärregierungen in Berlin inzwischen gegenüber den Sowjets entwickelt hatten, sowie schließlich an der wankelmütigen Politik der Briten.⁷³⁾ In auffallend zeitlicher Parallelität zu diesen Verhandlungen hatte Generalintendant Mahle am 18. Dezember 1946 erstmals Richtlinien für die organisatorische Rundfunkarbeit herausgegeben. Sie bestätigten jedoch nur den bekannten Sachverhalt, daß der SBZ-Rundfunk durch Lizenzvergabe der DZVfV, mithin deutscher Verantwortung unterstellt sei, und unterstrichen die - scheinbar - förderale Organisationsstruktur des sowjetzonalen Mediums.⁷⁴⁾ Daher drängt sich der Eindruck auf, daß der Zweck der Herausgabe hauptsächlich darin bestand, von deutscher Seite die sowjetische Auffassung zu untermauern, wonach der "Berliner Rundfunk" als Zentrale des SBZ-Rundfunks keinesfalls einer Vier-Mächte-Kontrolle unterstellt werden könnte.

Nach den Wahlen entwickelte sich, zumal die alleinige Kontrolle der Sowjets von den Westalliierten seit Dezember 1946 nicht mehr ernsthaft in Abrede gestellt wurde, der "Berliner Rundfunk" unter seinem Intendanten Seydewitz zu einem publizistischen Instrument, das konzessionslos die politische Position der Einheitspartei in Berlin und der SBZ stabilisieren helfen mußte - also zu einem "ausführenden Organ von SMAD und SED".⁷⁵⁾ Für Rundfunkjournalisten, die nicht bereit waren, den Kurs mitzutragen und deren publizistische oder politische Einstellung mit dieser Richtung kon-

72) K.D. (Schöneberg), Rundfunk Berlin, in: Telegraf Nr. 6 vom 8.1.1947, S. 5; vgl. auch den Leserbrief von: A.M. (Wilmsdorf), Die Sendestärke, in: Telegraf Nr. 2, vom 3.1.1947, S. 7

73) vgl. Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 154 ff.

74) Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 65-66 (Abdruck der Richtlinien); Heide Riedel (wie Anm. 23), S. 18

75) Heide Riedel (wie Anm. 23), S. 44; ferner: Ernst Richert/Carola Stern/Peter Dietrich (wie Anm. 37), S. 117 f.

fligierte, wurde der Handlungsspielraum im "Haus des Rundfunks" immer kleiner. Prominenter und für die Vorgänge an der Masurenallee bezeichnender Fall war in diesem Zusammenhang der freiwillige Rücktritt des Abteilungsleiters Willi Fuchs, verantwortlich für die aktuelle Sendereihe "Pulsschlag der Zeit". Die Gründe für seinen Rückzug zum Jahresende 1946 erläuterte CDU-Mitglied Fuchs in einem Gespräch mit dem "Kurier":

"Die Aufgabe des Rundfunks für die demokratische Erziehung des deutschen Volkes könne nur darin liegen, Anregungen zu geben, um den Hörer zu veranlassen, sich selbst ein Urteil zu bilden. Eine einseitige parteipolitische Begrenzung und Auswahl des Nachrichten- und Sendeprogramms, wie man es in steigendem Maße von ihm verlangt habe, würde diesen Grundsätzen widersprechen. Außerdem sei es unmöglich, daß eine Reihe von deutschen (sic!) Damen und Herren - er sprach von sieben Instanzen - die Sendung des verantwortlichen Abteilungsleiters und Chefredakteurs nach ihrem Ermessen umbauen oder zusammensetzen könnten." Sein Versuch, "mit dem neuernannten Intendanten Seydewitz zu verhandeln, um eine parteipolitische Neutralität für den Berliner Rundfunk zu erreichen, sei fehlgeschlagen. Er (d.i. Fuchs; A.K.) habe als einziger Vertreter einer nichtmarxistischen Partei im Berliner Rundfunk und in dessen Betriebsrat wie auch als Rundfunksbeauftragter der CDU trotz aller Vorstellungen nie eine Möglichkeit erhalten, bei der Planung von politischen Sendungen mitzuwirken, obwohl er stets für ein freundschaftliches Verhältnis zur sowjetischen Besatzungsmacht eingetreten sei."76)

In der Leitung des "Berliner Rundfunks", so kommentierte der "Telegraf" den Rücktritt von Fuchs, "sind also nunmehr ... die Herren der SED vollkommen unter sich. Sie fühlen sich trotzdem berufen, im Namen der Demokratie zu sprechen, allerdings einer Demokratie, wie sie sie auffassen".77) Selbstverständlich bedauerte Seydewitz "persönlich und menschlich" den Verzicht des Abteilungsleiters.

-
- 76) -: Beim Berliner Rundfunk. Der einzige nichtmarxistische Abteilungsleiter ausgeschieden, in: Der Kurier Nr. 1 vom 2.1.1947, S. 2; -: Abteilungsleiter Fuchs ausgeschieden, in: Der Tagesspiegel Nr. 2 vom 3.1.1947, S. 4.
Vgl. auch: Berta Waterstradt, Ich war Rundfunkpionier. Engagiert beim "Künstlerischen Wort", Unterabteilung Literatur, in: Erinnerungen sozialistischer Rundfunkpioniere (wie Anm. 1), S. 71-74, die von fünf Stellen spricht, die die Manuskripte vor der Sendung passieren mußten, nämlich: Abteilungsleiter, sowjetischer Abteilungsoffizier, Sendeleiter, Intendant und schließlich sowjetischer Kontrollloffizier für den "Berliner Rundfunk".
- 77) -: Der Parteisender, in: Telegraf Nr. 2 vom 3.1.1947, S. 3 sowie die Gegendarstellung des Betriebsrates des "Berliner Rundfunk": -: Eine Antwort von Radio Berlin, in: Der Tagesspiegel Nr. 14 vom 17.1.1947, S. 8

Fuchs habe

"niemals Schwierigkeiten wegen seiner Zugehörigkeit zur CDU gehabt, sondern sei im Gegenteil deswegen besonders rücksichtsvoll behandelt worden. ... Die Differenzen mit Fuchs gingen nicht auf politische Gründe zurück, sondern seien ausschließlich aus sachlichen Belangen der Rundfunkarbeit entstanden."78)

Als Seydewitz ein Vierteljahrhundert später seine Memoiren zu Papier brachte, verstand er seine Personalpolitik, durch die Fuchs offensichtlich in die Enge getrieben worden war, etwas anders:

"Zur erfolgreichen Leitung des Rundfunks brauchte ich ein starkes, politisch qualifiziertes Kollektiv. Als ich die Funktion übernahm, gab es im Hause in den Leitungsfunktionen bereits einige von der Partei geschulte Genossen. Zur politischen Verstärkung der Leitung hatte ich mit Zustimmung des Zentralsekretariats des Parteivorstandes einige qualifizierte Parteijournalisten als leitende Mitarbeiter geholt. ... Zugleich bestand eine starke politische Führung durch die Parteiorganisation, auf die ich mich in jeder Situation verlassen konnte."79)

Für das Klima im "Haus des Rundfunks" kann daher durchaus die Einschätzung charakteristisch sein, die sich im kollektiven Gedächtnis von zwei Reportern des "Berliner Rundfunks" fermentierte. Es gab einige Kollegen, berichten Georg Gudzent und Horst Heydeck,

"die unsere politische Arbeit zu unterwandern suchten, von denen dann auch früher oder später eine Trennung erfolgte. Da sich das alles in einer Atmosphäre höflicher Kollegialität vollzog, war - mir jedenfalls - damals nicht bis in die letzten Konsequenzen klar, daß in unserem Kollektiv des 'Pulsschlag (der Zeit)' ein harter Klassenkampf ausgetragen werden mußte. (Heydeck) Nicht nur bei uns, sondern in allen Abteilungen in der Masurenallee. (Gudzent) ... In den Auseinandersetzungen mit den eben erwähnten Kollegen festigte sich unser Klassenstandpunkt. 'Parteilichkeit' beispielsweise war mir nur ein Begriff aus der Theorie. Jetzt mußten wir sie tagtäglich verwirklichen, manchmal in harten Diskussionen, manchmal aber auch einfach mit einem Schnitt am Band. (Heydeck)"80)

78) J.R., Der Rundfunk antwortet (wie Anm. 50), S. 2

79) Max Seydewitz, Intendant des Berliner Rundfunks 1946/47 (wie Anm. 1), S. 13

80) Georg Gudzent/Horst Heydeck, Zwei Reporter von damals interviewen einander, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 8. Jg. (1974), Nr. 2, S. 14-27, 17; vgl. auch: Horst Heydeck, Der Weg zur sozialistischen Reportage. Betrachtungen aus den Anfangsjahren des demokratischen Rundfunks, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 2. Jg. (1968), Nr. 2, S. 55-79

Dieses Geschehen hat sich auch in der Erinnerung von Chefredakteur Schmidt festgesetzt. Noch dreißig Jahre nach den Vorgängen glaubte er die martialische Diktion des Klassenkampfes bemühen zu müssen für das Notat: die "Helfershelfer der Vertreter der reaktionären Linie ... in unserem eigenen Hause warfen wir nach und nach hinaus".⁸¹⁾ Mancher derart Betroffene mag daher den Hintersinn folgender knappen Passage aus dem recht nüchternen Bericht von Generalintendant Mahle über "Zwei Jahre demokratischer Rundfunk" nicht ganz verstanden und deshalb als blanken Hohn empfunden haben:

"Der Ausbau des Wortprogramms - ich meine nicht in die Breite, sondern in die Tiefe - ist eine Aufgabe, an der mitzuwirken wir Funkschaffenden alle aufrufen, die das Wort zu führen verstehen."⁸²⁾

Auch wenn Mahle monierte, es gelte noch immer, den richtigen "Funkstil zu finden", waren mit seiner Anspielung auf die "Tiefe" weniger handwerklich-journalistische Aspekte der Rundfunkarbeit gemeint. Der Hinweis zielte eher auf die gründlichere Exegese und agitatorische Umsetzung des Demokratieverständnisses, wie es den "Grundsätzen und Zielen" der Einheitspartei zu entnehmen war⁽⁸³⁾ - selbstverständlich nach Maßgabe der "dialektischen" Schwankungen,

81) Heinz H. Schmidt, Funkhaus (wie Anm. 47), S. 102

82) (Hans Mahle), Zwei Jahre demokratischer Rundfunk (gesendet im "Berliner Rundfunk" am 13. Mai 1947), in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 14. Jg. (1980), Nr. 1, S. 84-90, 90. Allerdings war die Personallage des "Berliner Rundfunk" nach der Einrichtung von RIAS Berlin und NWDR Berlin zeitweise prekär, da zahlreiche seiner Mitarbeiter zu diesen neuen Rundfunkeinrichtungen abwanderten. Helmut Koch/Werner Klein, Persönliche Reminiszenzen über das Chorschaffen beim Berliner Rundfunk nach 1945, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 3. Jg. (1969), Nr. 1, S. 55-82 berichten etwa, daß dem "Berliner Rundfunk" "mit Versprechungen, Drohungen und Erpressungen (!)" "fast die halbe Solistenvereinigungen wegengagiert" worden war. (S. 66) Gleichwohl kamen auch während der Ära Seydewitz eine ganze Reihe von Mitarbeitern, die bereits vor 1945 im "Haus des Rundfunks" gearbeitet hatten, wieder zum "Berliner Rundfunk". Gewisse Symbolfunktion für diese "Rückkehrer" nach dem Krieg erlangte der in der Weimarer "Funk-Stunde" Berlin äußerst populäre Schauspieler, Rundfunksprecher und Sendeleiter Alfred Braun, dessen Engagement beim Berliner Rundfunk dem "Tagesspiegel" immerhin eine eigene Meldung wert war. Vgl.: -: Alfred Braun wieder in Berlin, in: Der Tagesspiegel Nr. 14 vom 17.1.1947, S. 8. Vgl. aber auch die Einschätzung von: Kurt Wagenführ, Alfred Braun gestorben, in: Fernseh-Informationen 29. Jg. (1978), Nr. 1, S. 11-12: "Nach dem Krieg kam Braun über den Sender Stuttgart wieder nach Berlin, in sein altes Rundfunkhaus in der Masurenallee, das die Russen besetzt hatten. Braun sah wahrscheinlich nur 'das Haus' und die Möglichkeit, zu arbeiten, aber kaum die neue Nachkriegswelt. Er wurde freier Regisseur."

83) vgl.: Protokoll des Vereinigungs-Parteitages (wie Anm. 58), S. 172-180

die die SED-Politik in diesen Monaten bestimmten.84)

Angeichts solcher Verengung der Aufgabe des Mediums, die die kurze Ära des Intendanten Max Seydewitz kennzeichnete, war der Verlust der Hörergunst des "Berliner Rundfunks" in den westlichen, wahrscheinlich auch in den östlichen Teilen Berlins nicht verwunderlich. Dieser Verlust ist sicherlich auch durch die rundfunkpublizistische Alternative, die Programme von NWDR Berlin und RIAS Berlin, zu erklären.85) Eine wesentliche Rolle dürften indes die in der Programmpraxis kaum verwirklichten Postulate von Seydewitz gespielt haben, vor allem seine nachdrücklich angekündigte, nicht aber eingelöste Sorge um einen parteiunabhängigen Rundfunk. Damit hatte er den "Berliner Rundfunk" zwangsläufig in die Gefahr begeben, seine Glaubwürdigkeit zu verspiegeln.86) Nach der Einschätzung des damaligen Chefs der SMAD-Informationsabteilung, Sergej Iwanowitsch Tulpanow, hatte Seydewitz seinen Auftrag jedoch vorbildlich erfüllt. Der russische Oberst bescheinigte dem Intendanten 1972 nachträglich: "Konsequent und unermüdlich führte Max Seydewitz die Linie des ZK (recte: ZS; A.K.) der SED durch."87)

6. Als Sozialist in SBZ und DDR: Max Seydewitz 1947-1987

Ob der Oberst der Roten Armee und spätere Professor für Wirtschaftswissenschaft an der Leningrader Shadow-Universität sowie seine SED-Vertrauten diese Einschätzung tatsächlich schon 1947 gewonnen hatten, kann die Geschichte erst dann beantworten, wenn sich die Panzertüren zu den Archivtresoren in der UdSSR und zum SED-Parteiarchiv öffnen. Festzuhalten bleibt daher einstweilen, daß die SED-Führung im Sommer 1947 durch den Tod des sächsischen Ministerpräsidenten Rudolf Friedrichs wieder einmal in die mißliche Lage versetzt wurde, ihre immer noch viel zu kurze Personaldecke zu strecken. Auch hierzu hat Seydewitz der Nachwelt ein Erinnerungspartikel hinterlassen:

"Nach dem Tode von Rudolf Friedrichs, dem ersten Ministerpräsidenten im Lande Sachsen, wurde ich wieder zu einer Besprechung mit den Parteivorsitzenden Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl geladen. Sie teilten mir mit, daß ich jetzt von der Parteiführung für eine andere, noch wichtigere Funktion gebraucht werde. So wurde ich Ende Juli 1947 vom Sächsischen Landtag zum Ministerpräsidenten des Landes Sachsen gewählt."88)

84) vgl. dazu den Zeitzeugenbericht von: Wolfgang Leonhard (wie Anm. 19), S. 384 ff.

85) Vgl. dazu die Ergebnisse der zeitgenössischen Umfragen bei: Norbert Frei (wie Anm. 56), S. 39; Rolf Geserick (wie Anm. 55), S. 319 f.; Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 132 f.

86) vgl.: Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 133.

87) S.(ergej) Tulpanow, Ich erinnere mich an Seydewitz, in: Beiträge zur Geschichte des Rundfunks 6. Jg. (1972), Nr. 4, S. 76-78, 77

88) Max Seydewitz, Das zweite Jahr (wie Anm. 1), S. 94 f.

Zum Nachfolger von Seydewitz im Intendantenamt des "Berliner Rundfunks" avancierte Chefredakteur Heinz Schmidt, den seit Frühsommer 1947 der Beinamen "Ohrfeigen-Schmidt" begleitete.⁸⁹⁾ Während seiner Ägide steuerte der "Berliner Rundfunk" einen publizistischen Konfrontationskurs gegen den Westen und die westdeutschen Medien.⁹⁰⁾ Für diese Aufgabe war der agile Kommunist und ehemalige England-Exilant prädestiniert. Gründlicher als Seydewitz kannte Schmidt die westliche, vor allem die angelsächsische Mentalität aus eigenem Erleben. Er teilte diese Erfahrung mit einer Gruppe von Rundfunk-Journalisten aus den Westzonen wie etwa Herbert Gessner, Karl-Eduard von Schnitzler, Günther Cwojdrak und Helmut Schneider, die sich mit ihren kommunistischen Sympathien in den Fallstricken der gewandelten anglo-amerikanischen Kommunikationspolitik verfangen hatten und zu Beginn oder im Laufe des Jahres 1947 zum "Berliner Rundfunk" wechselten. Ebenso wie die aus den gleichen Gründen dort seit 1948 arbeitenden Journalisten Willi Perk (Chefredakteur und Lizenzträger des verbotenen kommunistischen "Westdeutschen Volks-Echo", Dortmund) brachten sie den Vorteil mit, die Mechanismen der Publizistik in den Westzonen zu kennen, und reüssierten daher unter Schmidts Patronage im "Haus des Rundfunks" rasch. Seydewitz, der in seinen sonntäglichen Kommentaren eine eher moderate Tonlage bevorzugt hatte, war für den neuen Kurs möglicherweise weniger geeignet als Schmidt, dem selbst noch im fortgeschrittenen Alter die Demagogie die Feder führte.⁹¹⁾

Immerhin schien Seydewitz als Ministerpräsident eine seinen Erwartungen angemessene Position gefunden zu haben. Jedenfalls quälte den inzwischen 51-jährigen kein Zweifel darüber, ob er die "noch wichtigere Funktion" im Sinne der SED auch meistern könne, wie das noch bei seiner Inauguration zum Intendanten der Fall gewesen war. In seiner Heimat Sachsen mit einem der bedeutenden Industriezentren der SBZ, wo er bis 1933 gut 20 Jahre politisch tätig gewesen war, konnte er nun den Arbeitern seine 1931 publizierte Version von den Opfern für den Aufbau des Sozialismus näherbringen. Aller-

89) Der linksdemokratische Publizist und England-Exilant Kurt Hiller hatte im Juni 1947 auf einer interzonalen Journalistentagung in Hamburg den dort ebenfalls anwesenden Heinz Schmidt der Denunziation deutscher Exilanten in England bezichtigt. Daraufhin ohrfeigte der damals 41-jährige Schmidt den um 20 Jahre älteren Hiller in aller Öffentlichkeit. Eine ältere Dame aus dem Publikum verabreichte Schmidt daraufhin ihrerseits eine doppelte Ohrfeige. Vgl.: Kurt Hiller, *Leben gegen die Zeit*, Reinbek bei Hamburg: Rowohlt Verlag 1969, S. 336 f. sowie: -: *Neuer Rundfunkintendant*, in: *Telegraf* Nr. 177 vom 1.8.1947, S. 3.

Zur Einschätzung von Schmidt vgl.: Ernst Richert/Carola Stern/Peter Dietrich (wie Anm. 37), S. 115 f.

90) Harold Hurwitz (wie Anm. 5), S. 156

91) Von Hugh Carleton Greene, dem Chief Controller des Nordwestdeutschen Rundfunks (Hamburg), etwa behauptete Schmidt: "Seine deutschen Untergebenen aber behandelte er wie den letzten Dreck." Heinz H. Schmidt, *Funkhaus Masurenallee* (wie Anm. 47), S. 97

dings waren dort nicht mehr die kapitalistischen Industrie-Kapitäne am Ruder, sondern die Genossen aus der UdSSR, die mit ihren Demontagen und Sowjetischen Aktien-Gesellschaften den ökonomischen Kurs bestimmten. Ähnlich wie bei seinem Amtsantritt an der Berliner Masurenallee erklärte Seydewitz freilich auch an seinem neuen Amtssitz in Dresden, "er fühle sich als Ministerpräsident nicht der SED, sondern dem Land Sachsen verpflichtet".92)

Obwohl es ihm nicht gelang, in die erste Garnitur der SED-Spitze aufzurücken, wurden ihm in den späten vierziger Jahren außer einer Reihe kultureller Ehrenämter auch politische Funktionen übertragen. Seydewitz war Mitglied des SED-Parteivorstandes (1947-1949), des Landessekretariats der SED in Sachsen (1947-1962) sowie 1948/49 des Plenums der Deutschen Wirtschaftskommission. Seit 1949 gehörte er der provisorischen, seit 1950 der Volkskammer der DDR an. 1951 soll er über die nach Stalins Vorbild in der DDR von Ulbricht inszenierten SED-Säuberungsaktion gestolpert sein. Seine Selbstkritik über die damals zwei Jahrzehnte zurückliegende SAP-Gründung kostete ihn vermutlich seine wichtigsten Parteiämter. Das Amt als Ministerpräsident verlor er 1952, als an die Stelle der fünf Länder die Bezirke der DDR traten.93)

Drei Jahre lang führte Seydewitz nach dieser Verwaltungsreform die Berufsbezeichnung "Freier Schriftsteller", ehe ihm die SED 1955 als wahrlich feudale Altersbeschäftigung die Generaldirektion der Staatlichen Kunstsammlungen Dresden übertrug, die kurz zuvor aus der UdSSR wieder zurückgeführt worden waren. Während seiner insgesamt 14-jährigen Amtszeit sorgte Seydewitz dafür, daß diese weltberühmten Sammlungen zu einem internationalen Anziehungspunkt für Kunstinteressierte wurden. Gemeinsam mit seiner Frau hat er in diesen Jahren seine publizistische Arbeit, die wahrscheinlich immer eine wichtige Triebfeder für ihn war, darauf konzentriert, die Kunstsammlungen, ihre Geschichte und die Stadt Dresden in zahlreichen Büchern und Aufsätzen darzustellen.94)

92) -: Seydewitz Ministerpräsident, in: Telegraf Nr. 176 vom 31.7.1947, S. 1

93) vgl.: Artikel "Seydewitz, Max", in: Biographisches Handbuch der deutschsprachigen Emigration nach 1933, Bd. 1: Politik, Wirtschaft, Öffentliches Leben, München et al.: Verlag K.G. Saur 1980, S. 690-691, sowie: -: Druck aufs Knöpfchen, in: Der Spiegel 6. Jg. (1952), Nr. 36, S. 9-11

94) vgl.: Ruth Seydewitz/Max Seydewitz, Das Dresdner Galeriebuch, Dresden: Verlag der Kunst 1957; dies.: Die Dresdner Kunstschätze, Dresden: Verlag der Kunst 1960; dies.: Die Dame mit dem Hermelin. Der größte Kunstraub aller Zeiten, Berlin (Ost): Henschel Verlag 1963; Max Seydewitz, Zerstörung und Wiederaufbau von Dresden, Berlin (Ost): Kongress Verlag 1955; Ruth Seydewitz, Das neue Dresden, Berlin (Ost): Kongress Verlag 1959; Ruth Seydewitz, Dresden - geliebte Stadt, Dresden: Sachsenverlag 1960; sowie die Aufzeichnungen von Ruth Seydewitz, Alle Menschen haben Träume. Meine Zeit - mein Leben, Berlin (Ost): Der Morgen 1976

Am 8. Februar 1987 ist Max Seydewitz, reichlich ausgestattet mit Auszeichnungen seines Landes und seit 1960 Träger eines Professoren-Titels, im Alter von 94 Jahren in Dresden gestorben. Die auffallend zahlreichen Nachruf-Artikel, die ihm das Zentralorgan "Neues Deutschland" widmete(95), mögen die posthume Versöhnung der SED mit dem durchaus eitlen, sichtbar um eine Legende bemühten Gerber-Sohn signalisieren, der aus Weimarer Republik und Exil 1945 den Makel eines sozialistischen Chamäleons mit in das östliche Deutschland gebracht hatte und ihn dort lange Zeit mit dem Argwohn der inkarnierten Kommunisten im innersten Zirkel der SED bezahlen mußte. Seine Vita nach 1945 konnte sich vermutlich nie ganz aus dem Schatten dieses Mißtrauens lösen, auch wenn Seydewitz, wie 1966, beteuerte:

"Die größte Hilfe jedoch, die uns die Sowjetunion geleistet hat, war zweifellos, daß sie den demokratischen Kräften in ihrer Besatzungszone, im Gegensatz zu den westlichen Besatzungsmächten, freie Hand gegeben hat, um ein neues, demokratisches Deutschland aufzubauen."96)

-
- 95) -: Max Seydewitz verstorben, in: Neues Deutschland Nr. 33 vom 9.2.1987, S. 1; -: Nachruf des ZK der SED für Genossen Max Seydewitz, ebenda Nr. 34 vom 10.2.1987, S. 2; Joachim Uhlitzsch, Als leidenschaftlicher Kämpfer in der Schule des Lebens gereift. Zum Tode von Prof. Max Seydewitz, ebenda Nr. 34 vom 10.2.1987, S. 4; -: Ehrendes Gedenken für Genossen Max Seydewitz, ebenda Nr. 41 vom 18.2.1987, S. 2
- 96) zitiert nach: Erich Richter (wie Anm. 21), Nr. 3, S. 9

BIBLIOGRAPHIE

Rundfunkbezogene Hochschulschriften aus kommunikationswissenschaftlichen Fachinstituten

Fachgebiet Neuere deutsche Philologie/Schwerpunkt Medienwissenschaft der Technischen Universität Berlin, Ernst-Reuter-Platz 7, 1000 Berlin 10

Sommersemester 1980 - Sommersemester 1987

Dissertationen

Knuth H. Hickethier: Das Fernsehspiel. Untersuchungen zu seiner Programmgeschichte in der Bundesrepublik von 1951-1977. 1980 (Stuttgart 1980)

Siegfried Zielinski: Zur Geschichte des Videorecorders. Ein Beitrag zur Entwicklung von Fernsehkommunikation in der Interdependenz sozio-technischer und -kultureller Faktoren. 1985 (Berlin 1986)

Brigitte Domurath: Das faktographische Fernsehspiel Dieter Meichsners. 1986

Magisterarbeiten

Thomas Radevagen: Trimmel - Ein bundesrepublikanischer Krimi-Star und seine Mediengenese. Eine vergleichende Untersuchung von Friedrich Werremeiers Kriminalromanen und 'Tatort'-Drehbüchern. 1981 (Berlin 1985)

Petra Schüler: Das Hörspiel 'Notenkonferenz' von Günter Gröschel. Rezeptionsanalytischer Vergleich der Manuskriptfassung mit der improvisierten Version. 1981

Dietrich Klitzke-Eulgem: Eine Feldstudie über die Verbreitung und Nutzung des Mediums Video unter der türkischen Bevölkerung in Berlin (West). 1982

Rita von der Grün: Das Hörspiel im 'Dritten Reich'. Eine statistische Erhebung und Auswertung entsprechender Daten aus Programmzeitschriften ausgewählter Jahrgänge. 1983 (Frankfurt/Main 1985)

Sabine Nehls: Die Stoffentwicklung der Fernsehserie 'Holocaust'. Eine vergleichende Analyse von Proposal, Treatment, First and Final Script. 1983

Petra Schubert-Scheimann: Literaturverfilmung als Interpretation. Vergleichende Analyse von Erzählung und Film 'Die verlorene Ehre der Katharina Blum'. 1983

Clemens Schwender: Entwurf eines inhaltsanalytischen Auswertungsplans für die Fernsehserie 'Holocaust' unter Einbeziehung der Forschungsliteratur zur Warenästhetik. 1984

Barbara Weber: 'Jud Süß'. Ein nutzentheoretischer Vergleich des Drehbuchs von Lothar Mendes (1934) mit dem Roman von Lion Feuchtwanger (1925). 1984

Wolfgang Filipschack: Das Widerspiel von Ton und Bild in 'Jud Süß'. Eine Analyse der auditiven Schicht des Spielfilms von Veit Harlan. 1987

Staatsexamensarbeiten

Michael Huber: Der deutsche Schlager - eine Untersuchung anhand ausgewählter Texte. 1980

Siegfried Reinecke

Zeitschriftenlese 43 (1.3. - 31.5.1987 und Nachträge)

- Bader, Arthur. Zum Tod von Kurt Wagenführ, in: Erstes Deutsches Fernsehen, Pressedienst, 1987, Nr. 2, S. I,7 - I,8.
- Ba(umann), W(infried). Radio RSA. 20 Jahre in Deutsch, in: Radiowelt, Jg. 4, 1987, Nr. 3, S. 16-17.
(Über den deutschsprachigen Dienst des südafrikanischen Rundfunks.)
- Bertrand, Claude Jean. Sports et médias aux Etats-Unis, in: Esprit, Jg. 11, 1987, Nr. 4, S. 213-229.
- Bierbach, Wolf. "Fenster zur Welt: Rundfunk und Presse nach 1945", in: Neuland - Nordrhein-Westfalen und seine Anfänge nach 1945/46, Essen 1986, S. 137-149.
(Zur Nachkriegsgeschichte des Westdeutschen Rundfunks bis zur Auflösung des NWDR 1955.)
- Brunnen, Andrea. Showmaster Hans Rosenthal gestorben, in: Fernseh-Informationen, Jg. 38, 1987, Nr. 3, S. 67.

- Bülow, Ralf. Ich sehe Dich! Fernsehen, Fernsehsprechen und die Fernseh A.G., in: Kultur & Technik, Jg. 11, 1987, H. 1, S. 28-40.
(Zur Entwicklung des Fernsehsprechens (Bild-Telefon) unter besonderer Berücksichtigung des Anteils der Firma Bosch (Fernseh AG bzw. GmbH) an dieser Entwicklung und an der technischen Entwicklung des Fernsehens überhaupt.)
- Burgelman, J.C.. The impact of politics on the structure and development of Belgian broadcasting and broadcast-news policies, 1945 - 1960, in: Historival Journal of Film, Radio & Television, Vol. 7, 1987, Nr. 1, S. 35-46.
- Dietrich Schwarzkopf zum 60. Geburtstag (7 Beiträge), in: Erstes Deutsches Fernsehen. 1987, Nr. 18, S. V,2 - V,7.
(Geb. 1927, seit 1.7.1978 Programmdirektor Deutsches Fernsehen.)
- Downing, John D. H.. Intersputnik: the growth of Soviet bloc telecoms, in: Intermedia, Vol. 13, 1985, H. 3, S. 28-31.
- Eckert, Gerhard. Der beste Freund des Fernsehens, in: Fernseh-Informationen, Jg. 38, 1987, Nr. 7, S. 191/2.
(Zum Tod Kurt Wagenführs.)
- Engelhardt, Tom. Children's television. The shortcake strategy (USA), in: Watching television, New York 1986, S. 68-110.
- Fakten für Otto-Normalverbraucher. Nach 15 Jahren hat "Quintessenz" mehr erreicht als viele Beratungsstellen (2 Beiträge), in: WDR print, Nr. 132, 1987, S. 3-4.
- Film und Fernsehen (4 Beiträge), in: ARD-Magazin, Jg. 2, 1987, H. 3, S. 6-11.

Zur Förderung des deutschen Films durch das Fernsehen. Rückblick auf eine zwanzigjährige Zusammenarbeit. Friedrich Nowotny: Kino wird durchs Fernsehen schön; Günter Rohrbach: Man hatte das Gefühl, man stößt Türen auf; Im Gespräch mit Otto Riewoldt; Doris J. Heinze: Beide Seiten müssen flexibler werden; Die ARD-Bilanz. Im Rahmen des Film/Fernseh-Abkommens seit 1974 entstandene Produktionen.

- Först, Walter. Funk und Fernsehen, in: Deutsche Verwaltungsgeschichte Bd. 5, Die Bundesrepublik Deutschland, Stuttgart 1987, S. 897-909.
- Friese, Gudrun. "... Zum Nachdenken frei." 20 Jahre "Kritisches Tagebuch" - 20 Jahre pointierte Meinungen, in: WDR-print, Nr. 133, 1987, S. 6.
- 25 Jahre Deutschlandfunk: Intendant Richard Becker und leitende Redakteure ziehen Bilanz (5 Beiträge), in: Das Parlament, Jg. 37, 1987, Nr. 15. S. 12-13.

- Gatter, Magda. "Hüttet eure Kinder vor der Minengefahr!". Magda Gatter erinnert sich an den langen Weg des Kölner Frauenfunks, in: WDR print, Nr. 133, 1987, S. 5-6.
- Gembardt, Ulrich. Eine Szene mit dem 75jährigen. Über den Preußen und Protestanten Klaus von Bismarck, in: WDR print, Nr. 131, 1987, S. 7.
- Gillick, David. Public Broadcasting and national development in Canada, in: Intermedia, Vol. 13, 1985, Nr. 2, S. 18-25.
- Gronegger, Heidi. Dieter Ertel, Fernsehdirektor, in: SWF-Journal, 1987, Nr. 3, S. 4-5.
- Hoffmann, Bernd. Zur Frühgeschichte afro-amerikanischer Musik in Deutschland. "Jazz" am Frankfurter Sender, in: Zeitschrift für Musikpädagogik, Jg. 12, 1987, H. 38, S. 40-45.
- Hy(mmen), (Friedrich Wilhelm). Trauer um Kurt Wagenführ, in: Kirche und Rundfunk, 1987, Nr. 26, S. 7-8.
- Hy(mmen), (Friedrich Wilhelm). Vielleicht gescheitert, bestimmt prägend. Zum Tod von Sir Hugh Greene, in: Kirche und Rundfunk, 1987, Nr. 14, S. 9-10.
- The information environment and related behavior in Japan (Themenheft), in: Studies of broadcasting, Nr. 23, 1987, S. 3-153. (6 Beiträge zum System der Massenmedien in Japan und dem Medienverhalten der japanischen Bevölkerung.)
- Inoue, Eiji. The Japan Prize Contest - some unforgettable entries, in: Media in education and development, Vol. 18, 1985, Nr. 2, S. 93-96. (Rückblick auf die zwanzigjährige Geschichte des Japan-Preises.)
- Janke, Hans. Zum Nachdenken frei. Zwanzig Jahre "Kritisches Tagebuch" im WDR, in: Kirche und Rundfunk, 1987, Nr. 26, S. 23-24.
- J(ansse)n, (Herbert). Kurt Wagenführ ist gestorben, in: Funk-Korrespondenz, Jg. 35, 1987, Nr. 15/16, S. 1-2.
- Jenke, Manfred. Ein Leben für die Musik. Dr. Alfred Krings starb am 11. April (1987), in: WDR-print, Nr. 133, S. 7.
- Journalistenleben (Themenheft), in: Medien-Journal, Jg. 11, 1987, Nr. 1, S. 2-38. Zum Berufsbild und Berufsverständnis der österreichischen Journalisten. Hans Heinz Fabris: Der späte Aufstieg. Journalismus in der Zweiten Republik; Fritz Hausjell: Neue Wege - alte Pfade. Thesen zum Wandel journalistischer Kulturen in Österreich.

- Krämer, Heinz. "Hier ist Radio Nederland", in: Kurier, Jg. 21, 1987, Nr. 7, S. 6-9.
(Über den niederländischen Auslandsrundfunk.)
- Krämer, Heinz. Voice of America - "Die Stimme Amerikas". Ein geschichtlicher Rückblick bis in die Gegenwart, in: Kurier, Jg. 21, 1987, Nr. 9, S. 6-9.
- Lansipuro, Yrjo. Asiavision news exchange, in: Media Asia, Vol. 14, 1987, Nr. 1, S. 46-52.
- Lersch, Edgar. Rundfunkgeschichte zwischen Rundfunkanstalten und Wissenschaft, in: Presse- und Rundfunkarchive: Partner von Redaktion, Produktion und Programm. München (usw.) 1987, S. 95-114.
(Unter besonderer Berücksichtigung der Programmgeschichte.)
- Lilienthal, Volker. Doppelt denkwürdig. Uwe Johnson als Fernsehkritiker, in: Kirche und Rundfunk, 1987, Nr. 32/33, S. 9-11.
- Martin, Rüdiger. Sir Hugh Carleton Greene, ein Held des modernen Rundfunkwesens, in: Weltweit hören, 1987, Nr. 4, S. 26-27.
- Medien in der DDR: Erb(bal)last (3 Beiträge), in: Journalist, Jg. 38, 1987, Nr. 5, S. 8-17.
Beiträge über die Situation von Rundfunk, Presse und Journalistenausbildung in der DDR. Hermann Meyn: Medien in der DDR: Erb(bal)last; Uwe-Eckart Böttger: Plazierungsvorschrift; Günter Raue: Karl Marx als Vorbild.
- Mikos, Lothar. Fernsehserien. Ihre Geschichte, Erzählweise und Themen, in: Medien und Erziehung, Jg. 31, 1987, H. 1, S. 2-16.
- Mosgraber, Karl-Heinz. Zur Entstehung und zur Wirkungsweise des Landessenders Potsdam. Ein Beitrag zur Funktion regionaler Rundfunksender in der antifaschistisch-demokratischen Umwälzung 1945-1949, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, 1986, H. 6, S. 392-398.
- NDR-Intendant Friedrich Wilhelm Räuker verabschiedet sich, in: Erstes Deutsches Fernsehen, Pressedienst, 1987, Nr. 22, S. I,10 - I,13. Abschiedsbrief (24.4.87) von Dieter Meichsner (Hauptabteilung Fernsehspiel/NDR) und Abschiedsrede des ARD-Vorsitzenden Willibald Hilf anlässlich des Ausscheidens Räukers aus dem Amt des NDR-Intendanten im Mai 1987.
- Neudeck, Rupert. Das Elend des SWF begann am 1. April 1977. Eine Jubiläumsbetrachtung, in: Funkreport, 1987, Nr. 13, S. 6-7.
(Der Autor sieht die zehnjährige Intendantenzeit Willibald Hilfs vor allem in Verbindung mit den seither aufgetretenen Einschränkungen der inneren Rundfunkfreiheit im Südwestfunk.)
- Newel, Friedrich. Wie das Serien-Business begann. T. 1, in: Neue Medien, 1987, Nr. 2, S. 50-53.

(Geschichte der amerikanischen Fernsehserie. I. Kriegsveteran sorgte für Zündfunken.)

- Schenk, Günter. Die Zähmung der Narren. Fastnacht in Funk und Fernsehen, in: Medium, Jg. 17, 1987, S. 68-69.
(Zur Geschichte der Hörfunk- und Fernsehfastnacht.)
- Scheunemann, Wolfgang. Werner Bader 65. Fast 30 Jahre bei der DW, in: Radiowelt, Jg. 4, 1987, Nr. 3, S. 10-11.
(Geb. 4.3.1922, Leiter des Deutschen Programms der Deutschen Welle.)
- Schmassmann, Silvia. 13 Jahre SWF 3. Immer noch sinnlich, in: SWF-Journal, 1987, Nr. 4, S. 14-21.
- Schmid, Eva M. J. Freispiele. Das "kleine Fernsehspiel" stellt sich vor, in: Medium, Jg. 17, 1987, H. 1, S. 66-67.
- Schmidt, Ines. DDR-Journalismus in den 60er Jahren, in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, 1986, H. 5, S. 335-338.
- Schmitz-Bunse, Waltraut. Eine "Heldenmutter" prägte den Frauenfunk, in: WDR print, Nr. 131, 1987, S. 11.
(Über Magda Gatter, von 1962-1980 Leiterin des WDR-Frauenprogramms im Hörfunk.)
- Thoma, Dieter. Versuch über einen doppelten Geburtstag. Heinz Kühn (75) und Willi Weyer (70) - zwei Männer, die den WDR prägten, in: WDR print, Nr. 131, 1987, S. 6.
- Thomas, Pamela. Policies and politics: television and video in the South Pacific, in: Media development, Vol. 34, 1987, Nr. 1, S. 17-19.
- Tudesq, André Jean. La radio des années 30 et la nouvelle perception de l'information (Am Beispiel des französischen Rundfunks der 30er Jahre), in: Communications. Die Europäische Zeitschrift für Kommunikation, Jg. 12, 1986, H. 3, S. 97-108.
- Wagenführ, Kurt. 50 Jahre Fernsehprogrammdienst. Aufzeichnungen zur Fernsehgeschichte, T. 42-46, in: Fernseh-Informationen, Jg. 38, 1987, Nr. 2, 3, 4, 5, 7.
(Materialien (Artikel, Bilder, Zeichnungen) aus dem Archiv Kurt Wagenführs zu Vorkriegsfernsehen (v.a. in Deutschland) mit Anmerkungen.)
- Wagenführ, Kurt. Rudolf Henz, in: Fernseh-Informationen, Jg. 38, 1987, Nr. 4, S. 100.
(Österreichischer Schriftsteller und Rundfunkpionier, 1897-1987, 1945-1957 Programmdirektor des ORF.)
- Wagenführ, Kurt. Sir Hugh Greene gestorben, in: Fernseh-Informationen, Jg. 38, 1987, Nr. 4, S. 99.

- Willmann, Brigitta. Hafenkonzerte. Ein musikalischer "Gruß vom Bodensee", in: SWF-Journal, 1987, Nr. 5, S. 12-17.
- Wunden, Wolfgang. Funkkolleg. Stichwort, in: Medien praktisch, 1987, H. 1, S. 77.
- Zur Geschichte des deutschen Journalismus von den Anfängen bis zur Gegenwart. (Auswahlbibliographie.) Recherchenzeitraum: 1984 bis 1986. Bearbeiter; Edeltraud Peschel u.a., in: Theorie und Praxis des sozialistischen Journalismus, 1986, H. 6, S. 423-426.

Rudolf Lang

Rudolf Lang

DER STAATSVERTRAG ZUR NEUORDNUNG DES RUNDFUNKWESENS

Texte, Stellungnahmen, Kommentare

Eine Auswahlbibliographie

Teil 1, Mai 1983 - Juli 1987

Die Bibliographie erfaßt nur Beiträge, die sich ausdrücklich mit dem Staatsvertrag befassen. Allgemeine Beiträge oder allgemeine Positionspapiere (Parteien, Gewerkschaften, Kirchen, Verbände) zur Medienpolitik, zu den "Neuen Medien" und zum dualen Rundfunksystem wurden nicht berücksichtigt, selbst wenn sie strittige Punkte der Staatsvertragsverhandlungen (z.B. Satellitennutzung, Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten, Fernsehwerbung in H 3) zum Thema haben, aber nicht ausdrücklich auf diese Bezug nehmen. Ausnahmen sind einige wenige Papiere aus dem Jahr 1983 (z.B. Stuttgarter Erklärung der ARD vom 30. November 1983), die mitaufgenommen wurden, weil spätere Beiträge sich konkret auf deren Aussagen berufen.

Die Bibliographie wurde in der Bibliothek des WDR und anhand ihres Bestandes erarbeitet.

Inhalt:

- I. Staatsvertrag (endgültige Fassung vom 3.4.1987)
- II. Entwürfe, Teilstaatsverträge (Satellitenverträge)
- III. Andere offizielle staatliche Dokumente
- IV. Stellungnahmen und Beschlüsse
 - a) Parteien
 - b) Gewerkschaften
 - c) Kirchen
 - d) Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten
 - e) Wirtschaft / Presse / Privater Rundfunk
 - f) Sonstige Gruppen
- V. Analysen - Gutachten - Kommentare

I. Staatsvertrag (endgültige Fassung vom 3.4.1987)

1. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. (Rundfunkstaatsvertrag)
 - in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 30/31. S. 18-26.
 - in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 11. 1987. Nr. 15. S. I-VI.
 - in: Journalist. Jg. 38. 1987. Nr. 5. S. 47-50.
 - in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 35. 1987. Nr. 2. S. 238-247.
 - in: Fernseh-Informationen. Jg. 38. 1987. Nr. 9 B. S. 300-303.
 - in: Media Perspektiven. 1987. Dokumentation. Nr. II. S. 81-88.
 - in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht / Film und Recht. Jg. 31. 1987. Nr. 7. S. 386-390.
2. Begründung zum Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag) (14.5.1987)
 - in: Medienspiegel des Instituts der Deutschen Wirtschaft. Jg. 11. 1987. Nr. 21. S. I-IV, Nr. 22. S. I-IV.
 - in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 41. S. 1-16. (Hb)
 - in: Media Perspektiven. 1987. Dokumentation. Nr. II. S. 89-102.

II. Entwürfe, Teilstaatsverträge (Satellitenverträge)

3. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Referentenentwurf (1. Fassung, November 1984)
 - in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 46. S. D1-D3.
 - in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 23. S. 4-7. (Mit Vorschlägen zur Änderung des Entwurfs.)
4. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Referentenentwurf. Revidierte Fassung (November 1984)
 - in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 23. S. 9-12.
5. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Entwurf, Stand: 14.12.1984.
 - in: Media Perspektiven 1985. Dokumentation. Nr. II. S. 45-48.
6. Juristische Kommission ARD/ZDF: Synopse der rundfunkrechtlichen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland (Landesrundfunkgesetze, Landesmediengesetze, Staatsverträge und deren Entwürfe). Stand: 20. Juni 1985
 - in: Media Perspektiven. 1985. Dokumentation. Nr. III. S. 116-124.

7. Staatsvertragsentwurf der Nord-Länder über die Veranstaltung von Fernsehen mittels Rundfunksatelliten (20.2.1986)
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 10. 1986. Nr. 10. S. I-IX.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 9. S. D1-D5.
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 15. S. 18-23.
8. Nordländer-Staatsvertrag über die Veranstaltung von Fernsehen über Rundfunksatellit (20.3.1986)
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 10. 1986. Nr. 12. S. I-III.
in: Media Perspektiven. 1986. Dokumentation. Nr. I. S. 43-49.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 25. S. D1-D3.
in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 34. 1986. Nr. 3. S. 398-403.
9. Referentenentwurf eines Staatsvertrages der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz über die gemeinsame Nutzung eines Fernsehkanals auf Rundfunksatelliten (April 1986)
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. Nr. 15. S. D4-D7.
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 28. S. 18-20.
10. Staatsvertrag der Länder Baden-Württemberg, Bayern und Rheinland-Pfalz über die gemeinsame Nutzung eines Fernseh- und eines Hörfunkkanals auf Rundfunksatelliten (vom 12. Mai 1986)
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 20. S. D1-D5.
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 10. 1986. Nr. 19. S. I-IV.
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 39/40. S. 21-24.
in: Media Perspektiven. 1986. Dokumentation. Nr. 1. S. 50-56.
in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 34. 1986. Nr. 3. S. 404-407.
11. Teilstaatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Entwurf des Landes Baden-Württemberg. Stand: 20.5.1986.
in: TV Courier. Jg. 26. 1986. Nr. 13. S. 1-7.
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 47/48. S. 22-24.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 26. S. D6-D8.
12. Teilstaatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Entwurf
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 10. 1986. Nr. 26. S. I-III.
in: Media Perspektiven. 1986. Dokumentation. Nr. II. S. 110-113.

Entwurf der Rundfunkreferenten der Länder (mit Ausnahme Hessens) vom 20.6.1986

13. Juristische Kommission ARD/ZDF: Synopse der rundfunkrechtlichen Regelungen in der Bundesrepublik Deutschland (Landesrundfunkgesetze, Landesmediengesetze, Staatsverträge und deren Entwürfe). Stand: 31. Juli 1986
in: Media Perspektiven. 1986. Dokumentation. Nr. III. S. 125-211.
14. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Entwurf der unionsregierten Länder (Stand: 16.12.1986). Entwurf der SPD-regierten Länder (Stand 5.2.1987)
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 11. S. 14-21.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 8. S. D1-D9.

Gegenüberstellung mit geänderten Reihenfolge der Artikel.

15. Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Rundfunkstaatsvertrag). Beschluß des Ministerpräsidenten vom 12.3.87.
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 11. 1987. Nr. 12. S. I-VI.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 13. S. D1-D9.

III. Andere offizielle staatliche Dokumente

16. Beratungsunterlage für ein rundfunkrechtliches Nutzungskonzept für die von der Deutschen Bundespost bereitgestellten Satellitenübertragungskapazitäten.
in: TV Courier. Jg. 24. 1984. Beil. TV Archiv. Nr. 85. S. 1-11.

Papier der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten der Länder, vorgelegt zur Sondersitzung der Ministerpräsidenten am 15.12.1983.

17. Gemeinsames Satelliten-Nutzungskonzept der Länder. Vorläufiges Ergebnisprotokoll der Besprechung der Ministerpräsidenten der Länder am 23. Februar 1984 in Bonn.
in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 32. 1984. Nr. 2. S. 230.
in: Funk Report. 1984. Nr. 4. S. 22-23.
18. Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Ergebnis der Besprechung der Ministerpräsidenten am 29.06.1984 in Bonn. Entwurf
in: Funk Report. 1984. Nr. 25. S. 13-16.
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 61. S. 20-22.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 31/32. S. D1-D3.
in: Tele-control. 1984. Nr. 30. S. 11-14.

19. Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens.
Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis 19. Oktober 1984
in Bremerhaven. Vorläufiges Ergebnisprotokoll.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 43. S. D1-D3.
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 85. S. 22-24.
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft.
Jg. 8. 1984. Nr. 44. S. I-IV.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 10. S. 791-793.
20. Vogel, Bernhard. Antwort-Brief Ministerpräsident Vogel an
die Kirchen (18. Dezember 1984)
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 1. S. D1-D2.
in: Kirche und Rundfunk. 1985. Nr. 1. S. 19-20.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 1. S. 59-60.
21. Stellungnahmen der Länder zum Scheitern des Medienstaats-
vertrages
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 44. S. 1-7.
22. Späth, Lothar. Ministerpräsident Lothar Späth: ARD-Rund-
funkanstalten können Weg für Medienstaatsvertrag der Län-
der frei machen
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 2. S. 120-121.

Pressemitteilung des Staatsministeriums Baden-Württemberg
vom 3. Februar 1986.

23. Börner, Holger. Ministerpräsident Holger Börner zum Hes-
sischen Regierungsentwurf eines Gesetzes über die Weiter-
verbreitung von Satellitenprogrammen (5.2.1986)
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 2. S. 113-120.
24. Beschluß und Medien-Rahmenpapier der Ministerpräsidenten-
konferenz vom 1. bis 3. Oktober 1986 in Hamburg
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 79. S. 19.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 41. S. D1.
25. Hessische "Eckpunkte" für einen Satelliten-Staatsvertrag
(November 1986)
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 90. S. 21-24.
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 11. S. 739-744.

Vorschläge für einen Staatsvertrag der Bundesländer über
Satellitenrundfunk und über die Bestands- und Entwick-
lungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.

26. Zwei Ministerpräsidenten zum Medien-Staatsvertrag. (2
Beiträge, März 1987)
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 22. S. 3-7.

Oskar Lafontaine: Orientierungspunkt. Positiver Einfluß
auf Strukturwandel der Massenmedien.

Lothar Späth: Erleichterung. Das Ergebnis: schlüssig, ausgewogen und zukunftsweisend.

IV. Stellungnahmen und Beschlüsse

27. Im Brennpunkt: Die Bremerhavener Beschlüsse. T. 1-8.
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 21/22.
S. 1-15, Nr. 23. S. 1-18b, Nr. 24. S. 1-7a. Jg. 25.
1985. Nr. 1. T. 1/2. S. 1-30, Nr. 2. T. 1. S. 1-13,
Nr. 3, S. 1-8c, Nr. 14. S. 1-7, Nr. 24. S. I-VII.

Ansprachen, Referate, Communiqués (Länder / Ministerpräsidenten, Rundfunkanstalten / Intendanten, Parteien, Kirchen) und Auszüge aus Sendemanuskripten zum "Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens", Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Bremerhaven.

Mit den Entwürfen zum "Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens".

a) Parteien

28. Medienpolitik (8 Beiträge)
in: Die Neue Gesellschaft. Jg. 31. 1984. H. 5. S. 396-437

Beiträge aus der Sicht der SPD zum öffentlich-rechtlichen Rundfunk angesichts des Gemeinsamen Satellitennutzungskonzepts der Länder vom 23.2.1984 und der Bestandsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten. Die Beiträge sind z.T. Referate des medienpolitischen Kongresses der SPD am 29. März 1984.

Aus dem Inhalt:

Johannes Rau: Gemeinsame Grundsätze für die öffentlich-rechtlichen Medien

Peter Glotz: Die Medien im informationspolitischen Verteilungskampf der neunziger Jahre

Friedrich Wilhelm von Sell: Die Länder können nicht auf Souveränität verzichten

Dieter Stolte: Dynamische Bestands- und Entwicklungsgarantie - Chance und Verpflichtung

Hermann Meyn: Neue Medien - ein Gewinn für alle?

Günter Rohrbach: Ende oder Anfang? Die Chancen des öffentlich-rechtlichen Rundfunks im Strudel der neuen Medien

29. Büssow, Jürgen, John van Nes Ziegler. "Die Maßstäbe, mit denen wir messen müssen." Zum Medienkompromiß der Ministerpräsidenten
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 89. S. 21-24.
Das der nordrhein-westfälischen SPD-Landtagsfraktion am 30. Oktober 1984 vorgelegte Papier bewertet das Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Ministerpräsidentenkonferenz 17. bis 19. Oktober 1984 in Bremerhaven) "auf der Grundlage des letzten SPD-Parteitagebeschlusses" (Essen, Mai 1984).
30. Dohnanyi, Klaus von. Was passiert, wenn nichts passiert, oder: der Elfenbeinturm eignet sich nicht als sozialdemokratische Heimstadt
in: Funk Report. 1984, Nr. 42. Anh. S. 1-4.
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 93. S. 17-20.
31. Medienpolitische EntschlieÙung des SPD-Parteivorstandes, 20. November 1984
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 47. S. D8-D9.
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 93. S. 16-17.
in: Funk Report. 1984. Nr. 43. S. 11-12.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 891-892.
32. Erklärung des SPD-Parteivorstands zu den Beratungen der Ministerpräsidenten der Bundesländer über einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (28.11.1984)
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 12. S. 986.
33. Erklärung der sozialdemokratischen Ministerpräsidenten in Düsseldorf am 5. Januar 1985 zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik
in: Funk Report. 1985. Nr. 2. S. 9-11.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 2. S. D1-D3.
in: Kirche und Rundfunk. 1985. Nr. 2. S. 21-22.
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 9. 1985. Nr. 2. S. I-III.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 1. S. 57-58.
34. Der CDU-CSU-Medienkongreß (27./28. Februar 1985, Mainz)
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 25. 1985. Nr. 6. S. 14-27.

Auszüge aus Ansprachen bzw. Referaten u.a. zu den Themen "Duale Rundfunkordnung und Medienstaatsvertrag" von: Werner Remmers, Helmut Kohl, Edmund Stoiber, Bernhard Vogel (für die CDU/CSU), Dietrich Schwarzkopf, Dieter Stolte, Friedrich Wilhelm Räuer (für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten)
Reinhart Ricker: "Bericht aus Forum 1": Medienpolitische Grundsätze für die Medien von morgen

35. Büssow, Jürgen. Stichworte zur Medienpolitik
in: Aus Politik und Zeitgeschichte. 1985. Nr. 9. S. 17-27
- Zur Neuordnung des Rundfunks, zur Zulassung privater Ver-
anstalter und zur Auseinandersetzung um die Bestands- und
Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rund-
funk. Der Beitrag gibt den Standpunkt der SPD wieder.
36. Koordinierungsausschuß für Medienpolitik der CDU/CSU.
Erklärung vom 18.10.1985
in: TV-Courier. Jg. 25. 1985. Beil. TV-Archiv. Nr. 108.
S. 7-8.
- Medienpolitische Forderung an die Bundesländer für den
"Fall des Scheiterns eines gemeinsamen Staatsvertrages
zur Neuordnung des Rundfunkwesens".
37. Linien im Umbruch. Thesen zur Rundfunkordnung des "Ge-
sprächskreises Politik und Medien" (der Friedrich-Ebert-
Stiftung).
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 67. S. 3-8.
38. Büssow, Jürgen. Kunst am Bau. SPD-Überlegungen zu den
Staatsvertragsverhandlungen
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 10. S. 3-6.
39. Schleyer, Hanns-Eberhard. Nicht um jeden Preis. Unions-
überlegungen zum Medienstaatsvertrag
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 10. S. 3-6.
40. Empfehlungen an die sozialdemokratischen Ministerpräsi-
denten für einen Medienstaatsvertrag. Beschluß des SPD-
Parteitages vom 21.2.1987 (23.2.1987)
in: Funkreport. 1987. Nr. 9. S. 7-8.
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 16/17. S. 27-28.

b) Gewerkschaften

41. Medienpolitische Positionen des Deutschen Gewerkschafts-
bundes. Düsseldorf, 9. Mai 1984
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 24. S. D1-D9.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 5. S. 419-425.
in: Tele-control. 1984. Nr. 25. S. 6-14.
- Positionen für die Erarbeitung eines rundfunkrechtlichen
Gesamtkonzeptes durch die Rundfunkkommission der Mini-
sterpräsidenten.
42. Resolution der Deutschen Orchestervereinigung vom
6.6.1984 zur Neuordnung des Rundfunkwesens
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 2. S. 156.

43. Resolution des Hauptvorstands der RFFU an die Ministerpräsidentenkonferenz am 4.10.1984. Nr. 10. S. IV.
in: Hörfunk Fernsehen Film. Jg. 34. 1984
44. Stellungnahme des DGB-Landesbezirks Hessen vom 5.11.1984 zum Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 895-896.
45. Rundfunkwesen nicht kommerziellen Interessen überlassen. Gemeinsame Erklärung der IG Druck und Papier und der Rundfunk-Fernseh-Film-Union (16.11.84)
in: Hörfunk Fernsehen Film. Jg. 34. 1984. Nr. 12. S. 4-5.
46. Vorschläge des DGB zum geplanten Staatsvertrag über die Neuordnung des Rundfunkwesens. Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 19.11.1984 an die Ministerpräsidenten der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens
in: TV Courier. Jg. 24. 1984. Nr. 27. S. 2-5.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 893-894.
47. Schreiben der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft vom 27.11.1984 an Ministerpräsident Bernhard Vogel zu einem Staatsvertrag der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 12. S. 983-985.
48. Stellungnahme des DJV zu einem Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens vom 3. Dezember 1984
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 12. S. 985.
49. Stellungnahme der Deutschen Orchestervereinigung e.V. in der DAG (DOV) vom 14.12.1984 zum Referentenentwurf eines Staatsvertrages über die Neuordnung des Rundfunkwesens
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 2. S. 157.
50. Schreiben des Deutschen Gewerkschaftsbundes vom 10.1.1985 an Ministerpräsident Bernhard Vogel zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Betr.: Neuordnung des Landesrundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland - Staatsvertrag
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 2. S. 156.
51. Beschluß des Rundfunkausschusses des Deutschen Journalisten-Verbandes zur medienpolitischen Situation (22.3.1985)
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 4. S. 308.
Ablehnung der ersten Staatsvertragsentwürfe und Forderung einer Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk.
52. Beschluß des 13. Ordentlichen DGB-Bundeskongresses zur Medienpolitik (30. Mai 1986, Hamburg)
in: TV Courier. Jg. 26. 1986. Beil. TV Archiv. Nr. 112. S. 1-10.
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 6. S. 412-415.

Neuordnung des Rundfunkwesens - Sicherung und Weiterbildung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks/Neue Programmveranstalter - Rundfunkexperimente - Kabelpilotprojekte - Lokaler Rundfunk - Videotext - Sicherung der Meinungsvielfalt in der Presselandschaft - Mediengewerkschaft - Medienpolitische Aktivitäten des DGB-Bundesvorstandes.

53. Beschluß der IG Druck und Papier zur Medienpolitik (Oktober 1986)
in: Media Perspektiven. 1986. H. 11. S. 745.

Thema des Beschlusses ist in der Hauptsache die Ablehnung privaten Rundfunks in der BRD.

54. Becker, Axel. Historische Wende. Vorläufige Anmerkungen zum Staatsvertrags-Entwurf (vom 12.3.1987)
in: Hörfunk Fernsehen Film. Jg. 37. 1987. Nr. 4. S. 5.

Position der RFFU.

55. Becker, Axel. Modellwechsel. Zur Kritik des Rundfunkstaatsvertragsentwurfes
in: Hörfunk Fernsehen Film. Jg. 37. 1986. H. 5. S. 3-5.

Position der RFFU.

c) Kirchen

56. Düsterfeld, Peter, Hans-Wolfgang Heßler. Gemeinsame Stellungnahme zum Staatsvertrag der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland (12. November 1984)
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 46. S. D4-D6.
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 90. S. 22-24.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 897-898.
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 23. S. 13-15.

Stellungnahme der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz und des Fernsehbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland.

57. Düsterfeld, Peter. Kirche kein privater Anbieter unter vielen
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 1. S. 6-8.

Über den katholischen Standpunkt zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der BRD.

58. Erwägungen zu einem Staatsvertrag der Bundesländer über das Rundfunkwesen. Herausgegeben von der Publizistischen Kommission der Deutschen Bischofskonferenz
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 12. S. 6-11.
59. Düsterfeld, Peter, Hans-Wolfgang Heßler. Grundsätze und Erwartungen beider Kirchen zur Vorbereitung eines Staatsvertrages der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 41. S. D1-D3.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 10. S. 772-773.
- Gemeinsames Schreiben des Leiters der Zentralstelle Medien der Deutschen Bischofskonferenz und des Fernsehbeauftragten des Rates der Evangelischen Kirche in Deutschland an den Vorsitzenden der Rundfunkkommission der Länder, Bernhard Vogel, vom 2. Oktober 1985.
60. Düsterfeld, Peter, Hans-Wolfgang Heßler. Schreiben der katholischen und evangelischen Kirche vom 20.11.1986 an Ministerpräsident Bernhard Vogel zur Neuordnung des Rundfunkwesens
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 12. S. 798.
61. Heßler, Hans-Wolfgang. "Zufriedenheit und auch Skepsis". Stellungnahme des EKD-Fernsehbeauftragten zum Medien-Staatsvertrag
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 22. S. 22-24.

d) Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten

62. Erklärung der Gremienvorsitzenden der ARD vom 19.10.1983
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 31. 1983. Nr. 43. S. D3-D4.
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 23. 1983. Nr. 22. S. 11-12.
in: SWF intern. 1983. Nr. 11. S. 2, 5.
in: Kirche und Rundfunk. 1983. Nr. 88. S. 16-18.
in: Media Perspektiven. 1983. Nr. 11. S. 802-803.
in: ARD-Jahrbuch. Jg. 16. 1984. S. 381-382.
63. Stuttgarter Erklärung der ARD zur Medienpolitik
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 31. 1983. Nr. 48. S. 6-7.
in: Kirche und Rundfunk. 1983. Nr. 95. S. 6-7.
in: Media Perspektiven. 1983. Nr. 11. S. 801.
in: ARD-Jahrbuch. Jg. 16. 1984. S. 382-383.
64. Stolte, Dieter. Weiterentwicklungsgarantie und die künftige Aufgabe des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 16/17. S. 1-6.
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 8. 1984. Nr. 14. S. I-III.

in: Fernseh-Informationen. Jg. 35. 1984. Nr. 7. S. 189-194.

in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 4. S. 290-294.

Die Erklärung des Intendanten des ZDF vor dem Forum des Medienpolitischen Kongresses der SPD am 29. März 1984 in Bonn behandelt auch die Arbeit der Rundfunkkommission der Ministerpräsidenten der Länder.

65. Sell, Friedrich W(ilhelm) v(on). Kein Wildwuchs auf dem ECS. Eine Erinnerung an verfassungsrechtliche Grundpositionen

in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 20. S. 3-5.

Der Beitrag behandelt die Frage der Sicherung der Rundfunkfreiheit und der Gewährleistung der Pluralitätsanforderung des Bundesverfassungsgerichts bei der auf den ECS zutreffenden bundesweiten Rundfunkversorgung.

66. Sell, Friedrich-Wilhelm von. Privater Satellitenrundfunk vorbei am geltenden Verfassungsrecht?

in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 32. 1984. Nr. 2. S. 185-192.

Über die Verletzung der verfassungsrechtlich vorgeschriebenen Rundfunkfreiheit und Pluralität bei der Einführung privaten Satellitenrundfunks in der BRD (z.B. Einspeisung privater Satellitenprogramme in die Kabelpilotprojekte). Bestrebungen zur Einführung privaten Rundfunks in der Bundesrepublik. Erste Ansätze für privaten Rundfunk unter Mißachtung des Verfassungsrechts. Verfassungsrechtliche Anforderungen an bundesweiten privaten Satellitenrundfunk.

67. Schreiben der ARD-Rundfunkanstalten an die Ministerpräsidenten zur Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk in der Bundesrepublik Deutschland, am 30. April 1984 von den Intendanten der ARD verabschiedet.

in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 4. S. 295-297.

in: Deutsches Fernsehen. Pressedienst. 1984. Nr. 25. S. V, I-V, 4.

68. Räuker, Friedrich Wilhelm. Schreiben des ARD-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Räuker vom 6.11.1984 an die Ministerpräsidenten der Länder betr. Neuordnung des Rundfunkwesens. Ergebnis der Beratungen vom 17.-19. Oktober 1984 in Bremerhaven zur Neuordnung des Rundfunkwesens

in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 888-890.

in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 24. S. 1-3.

69. Stolte, Dieter. Schreiben des ZDF-Intendanten Dieter Stolte vom 7.11.1984 an die Ministerpräsidenten der Bundesländer betr. Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Bremerhaven)
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 24. S. 3a-3d.
70. Erklärung der ARD-Intendanten vom 28.11.1984 zur Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 888.
71. Sell, Friedrich-Wilhelm von. "Den Kurs entscheidend mitbestimmen." Ein Interview mit WDR-Intendant Friedrich-Wilhelm von Sell
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 92. S. 3-7.

Thema des von Uwe Kammann geführten Interviews ist der Staatsvertrag zur Neuregelung des Rundfunkwesens in der BRD.

72. Erklärung der Konferenz der Gremienvorsitzenden der ARD
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 95. S. 12.
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 24. 1984. Nr. 24. S. 6.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 32. 1984. Nr. 48. S. 11.
in: Media Perspektiven. 1984. Nr. 11. S. 890.
in: ARD Jahrbuch. Jg. 17. 1985. S. 429.

Thema der Erklärung vom 27. (28./29.) November 1984 ist der geplante Staatsvertrag der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der BRD und die Forderung einer "wirksamen Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Programmanbieter".

73. Räuker, Friedrich Wilhelm. Schreiben des ARD-Vorsitzenden Friedrich Wilhelm Räuker vom 11. Januar 1985 an die Ministerpräsidenten der Länder zur künftigen Ordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 1. S. 56.
74. Der CDU/CSU-Medienkongreß (27./28. Februar 1985, Mainz)
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 25. 1985. Nr. 6. S. 14-27.

Auszüge aus Ansprachen bzw. Referaten zu den Themen "Duales Rundfunkordnung" und "Medienstaatsvertrag" von: Werner Remmers, Helmut Kohl, Edmund Stoiber, Bernhard Vogel (für die CDU/CSU), Dietrich Schwarzkopf, Dieter Stolte, Friedrich Wilhelm Räuker (für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten)
Reinhart Ricker: "Bericht aus Forum 1": Medienpolitische Grundsätze für die Medien von morgen

75. Stolte, Dieter. Thesen zur aktuellen Medienpolitik
in: Studienkreis Rundfunk und Geschichte. Mitteilungen.
Jg. 12. 1986. Nr. 1. S. 23-27.

Referat der 16. Jahrestagung des Studienkreises Rundfunk
und Geschichte vom 26.-28. September 1985 in Mainz. Ak-
tuelle Rundfunkpolitik, Position des ZDF

76. Kammann, Uwe. "Das Gesetz des Handelns selber in die Hand
nehmen." Ein Interview mit ZDF-Intendant Dieter Stolte
(Mai 1986)
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 41/32. S. 3-11.

Themen des Interviews sind die Neuordnung des Rundfunks,
"die medienpolitischen Aktivitäten" und "die Programm-
festlegung" der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten,
deren "Verhältnis untereinander und in der Konkurrenz
gegenüber privat-kommerziellen Anbietern".

77. Rüggeberg, Jörg. Das Karlsruher Urteil - ein Punktsieg
für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
in: SWF-Journal. 1986. Nr. 12. S. 18-19.

Interview von Horst Walker und Ralf Siepmann.

78. Hilf, Willibald. "Die ARD in der neuen Medienordnung".
Rede beim Saarbrücker "ARD-Werbe-Treff" (1987)
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 39. S. 20-24. (ge-
kürzt).
in: ARD-Pressedienst. 1987. Nr. 26. S. I,13-I,20.

79. Müller-Römer, Frank. Kompromiß zu Lasten des Hörfunks
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 27. 1987. Nr. 10. S.
11-14.
U.d.T.: Schon Ende für Sat-Hörfunk?
in: Radiowelt. Jg. 4. 1987. Nr. 7. S. 16-17.

Über den Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens
vom 3.4.1987 und seinen Bestimmungen zum Satellitenhör-
funk in der BRD aus der Sicht der öffentlich-rechtlichen
Rundfunkanstalten.

80. Stolte, Dieter. Programmpolitik für die Zukunft
in: ZDF Jahrbuch 1986. Mainz 1987. S. 27-35.

Zur Programmpolitik des ZDF auf der Basis des Medien-
staatsvertrages vom 3.4.1987.

e) Wirtschaft / Presse / Privater Rundfunk

81. Stellungnahme des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger zur Medienpolitik (31.5.1983)
in: Media Perspektiven. 1983. Nr. 6. S. 445.

BDZV verdeutlichte verlegerische Grundpositionen zur Medienpolitik. Kein Konsens (der Ministerpräsidenten) über Neuordnung der Medienlandschaft

82. Stellungnahme des Bundesverbandes der Deutschen Zeitungsverleger e.V. gegenüber den Ministerpräsidenten der Bundesländer zur Frage einer "Bestands- und Entwicklungsgarantie" für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk
in: Tele-control. 1984. Nr. 34. S. XVII-XXI.

Anmerkungen zum Entwurf eines "Konzepts zur Neuordnung des Rundfunkwesens" (Oktober 1984)

83. Memorandum des Bundesverbandes Deutscher Zeitungsverleger. Zur Medienpolitik der Länder (7.10.1985)
in: TV Courier. Jg. 25. 1985. Nr. 22. S. I-VI.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 10. S. 769-772.

84. Ist das die neue Medienpolitik? Die Existenz privater Programmveranstalter ist gefährdet (vorgelegt von der SAT 1 Satellitenfernsehen GmbH am 9.10.1985)
in: TV Courier. Jg. 25. 1985. Beil. TV Archiv. Nr. 106. S. 1-14.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 10. S. 764-769.

Das von Jürgen Doetz vorgelegte SAT-1-Memorandum kritisiert die Medienpolitik der Länder, die den privaten Rundfunk in der BRD durch "immer neue einschränkende Regulative" in seiner Entwicklung behindere.

85. Forderungskatalog des Bundesverbandes Kabel und Satellit e.V. (26.2.1986)
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 10. 1986. Nr. 8. S. I-II.
u.d.T.: Die Perspektiven für die Entwicklung privaten Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland
in: TV Courier. Jg. 26. 1986. Nr. 5. S. I-IV.

Mit den medienpolitischen Ausführungen des BKS-Vorsitzenden Jürgen Doetz.

86. Erklärung des Bundesverbandes der deutschen Industrie zur aktuellen medienpolitischen Situation
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 11. 1987. Nr. 1. S. A-B.

"Angesichts der fehlgeschlagenen Versuche der Bundesländer, im abgelaufenen Jahr einen Medien-Staatsvertrag zustande zu bringen, hat der Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI) die Länder-Ministerpräsidenten an ihre Verpflichtung erinnert, die längst überfällige Neuordnung des Rundfunkwesens endlich in einer kompromißfähigen Vereinbarung zu vollziehen."

87. Doetz, Jürgen. Forderungen an die politischen Gestalter der Medienpolitik
in: TV Courier. Jg. 27. 1987. Nr. 6. S. 3-8.

Statement des Bundesverbandes Kabel und Satellit (BKS), vorgetragen auf einer Pressekonferenz am 9.3.1987 in Frankfurt anlässlich der Ministerpräsidentenkonferenz zur Einigung auf einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (März 1987).

88. BDZV zum Medienstaatsvertrag, 15.4.1987
in: TV Courier. Dokumentation. Jg. 27. 1987. Nr. 10. S. 15-16.

f) Sonstige Gruppen

89. Deutscher Kulturrat. Für eine kulturfreundliche Medienpolitik! Dokumentation I (1983-1985) des Deutschen Kulturrates zu den "neuen Medien und Kommunikationstechniken". Für den Fachausschuß von "Kultur und Medien" bearb. u. komm. von Andreas Wiesand.
Bonn: Deutscher Kulturrat/Fördergesellschaft für kulturelle Bildung 1985. 208 S.

Die den Ministerpräsidenten überreichte Dokumentation (28.11.1984) soll als Appell verstanden werden, sich auf einen "kulturfreundlichen" Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens zu einigen, bzw. "kulturfreundliche" Landesmediengesetze zu verabschieden.

90. Verpflichtung auf Grundsätze. Medienpolitische Erklärung der Teilnehmer der Tagung "Der Kampf um die Köpfe" (19.4.1985 in Bonn zu den Staatsvertragsverhandlungen zur Neuordnung des Rundfunkwesens)
in: Kirche und Rundfunk. 1985. Nr. 32. S. 20-22.
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 4. S. 305-306.
91. Beschlüsse zum Rundfunkrecht auf dem 56. Deutschen Juristentag (9.-12. September 1986)
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 38. S. D1-D2.
in: Media Perspektiven. 1986. Nr. 9. S. 600.

Dokumentation der Beschlüsse der Abteilung Rundfunkrecht
zur Rundfunkordnung in der BRD.

V. Analysen - Gutachten - Kommentare

92. Schmidt, Hendrik. Einigung oder Gang nach Karlsruhe? Die Satelliten-Frage als Prüfstein der Länder-Medienpolitik
in: Kirche und Rundfunk. 1983. Nr. 89. S. 3-6.

93. Siepmann, Ralf. Neuer Konsens?
in: Journalist. Jg. 35. 1984. Nr. 4. S. 30-33.

Anmerkungen zum Sieben-Punkte-Papier der Ministerpräsidenten der Länder zum ECS-Nutzungskonzept. Mit dem Wortlaut des Beschlusses vom 23. Februar 1984.

94. Hall, Peter Christian. Triumph des Machbaren. Zur fortschreitenden Entautorisierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks
in: Medium. Jg. 14. 1984. Nr. 11. S. 4-6.

95. Kammann, Uwe. Quer zum falschen Ganzen. Die interne SPD-Opposition zum Länder-Medienkompromiß
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 89. S. 3-4.

Zu den unterschiedlichen Positionen innerhalb der SPD zum Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Bremerhaven).

96. Hoffmann-Riem, Wolfgang. Föderalismus zwischen Druck und Gegendruck. Interview: Uwe Kammann
in: Kirche und Rundfunk. 1984. Nr. 95. S. 3-8.

Zu verfassungsrechtlichen Fragen der föderalistischen Rundfunkstruktur in der BRD angesichts eines möglichen Alleingangs der CDU/CSU-regierten Bundesländer zur Schließung eines Staatsvertrages zur Neuregelung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik.

97. Müller, Albrecht. Die SPD - medienpolitisch auf einer schiefen Ebene
in: Funkreport. 1984. Nr. 40. Anh. S. 1-11.
in: Die Feder. Jg. 33. 1984. Nr. 12. S. 20-23.

Anmerkungen zum Konzept der Länder zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Ministerpräsidentenkonferenz vom 17. bis 19. Oktober 1984 in Bremerhaven) und zur Verteidigung des in der SPD umstrittenen Konzepts durch den Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi.

98. Janssen, Herbert. Irrtum eingeschlossen. Zum Jahresbeginn ein Versuch, den Überblick nicht zu verlieren.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 33. 1985. Nr. 1. S. 1-4.

Zum Stand der Medienpolitik und zur Neuordnung des Rundfunkwesens (Privater Rundfunk, Neue Medien, Bestands- und Entwicklungsgarantie für die öffentlich-rechtlichen Anstalten).

99. Bullinger, Martin. Satellitenrundfunk im Bundesstaat
in: Archiv für Presserecht. Jg. 16. 1985. Nr. 1. S. 1-14.

Möglichkeiten und Mindestinhalt einer staatsvertraglichen Regelung des Satellitendirektrundfunks durch Einigung unter allen Bundesländern.

100. Groß, Rolf. Zu den Länderberatungen über den Satellitenrundfunk
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 4. S. 289-293.

101. Schraut, Bernhard. Die Einführung des privaten Rundfunks in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Stand der Medien-gesetzgebung am 15. Juni 1985
in: Archiv für Urheber-, Film- und Theaterrecht. Bd. 101. 1985. S. 75-98.

102. Kammann, Uwe. Das Nein der Hessen ist kein Kinder Trotz. Zum neuerlichen Abbruch der Staatsvertragsverhandlungen (Oktober 1985)
in: Kirche und Rundfunk. 1985. Nr. 86. S. 3-5.

103. Müller-Römer, Frank. Zur künftigen Aufgabe des Rundfunks. Vielzahl oder Vielfalt der Programme.
München: Bayerischer Rundfunk 1985. 80, 13 S.

Aspekte zu den künftigen Aufgaben des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer neuen Medienlandschaft unter Bezugnahme auf den geplanten Staatsvertrag.

104. Weiß, Hans-Jürgen. Die Tendenz der Berichterstattung und Kommentierung der Tagespresse zur Neuordnung des Rundfunkwesens in der Bundesrepublik Deutschland (Oktober 1984 bis Januar 1985). Ergebnisse einer quantitativen Inhaltsanalyse
in: Media Perspektiven. 1985. Nr. 12. S. 845-866.

105. Winter, Michael. Neuordnung des Rundfunkwesens in den Ländern der Bundesrepublik Deutschland
in: ZDF Jahrbuch 1984. Mainz 1985. S. 30-34.

106. Stammeler, Dieter. Vakuum-Kräfte. Über Föderalismus, Konzentration und Neubesinnung
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 3. S. 3-5.

Zur Verantwortung der Länder für den Rundfunk (öffentlich-rechtlich und privat) in der BRD u.a. am Beispiel des Satelliten-Staatsvertrages.

107. Weiß, Hans-Jürgen. Rundfunkinteressen und Pressejournalismus. Abschließende Analysen und Anmerkungen zu zwei inhaltsanalytischen Zeitungsstudien
in: Media Perspektiven. 1986. H. 2. S. 53-73.

Zu zwei Untersuchungen des Autors über "den Einfluß von Verlagsinteressen auf die rundfunkbezogene Zeitungspublizistik",

1. Berichterstattung über SAT 1 (Media Perspektiven. 1985. H. 8. S. 581-594)
2. Berichterstattung über die Neuordnung des Rundfunkwesens in der BRD (Media Perspektiven. 1985. H. 12. S. 845-866.)

108. Knott-Wolf, Brigitte. Auf dem Vormarsch. CDU-Länder forcieren mit regionalen Staatsverträgen die TV-Sat-Belegung
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 20. S. 1-3.

Über den süddeutschen Satellitenstaatsvertrag vom 12. Mai 1986 und den norddeutschen Satellitenstaatsvertrag vom 20. März 1986, die privaten Anbietern den Zugang zum TV-Sat ermöglichen.

109. Stock, Martin. Labyrinth und Irrwege. Kooperativer Föderalismus im Medienbereich. T. 1-4
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 61. S. 3-6, Nr. 62. S. 3-7, Nr. 63. S. 3-6, Nr. 64. S. 3-6.

Verfassungsrechtliche Anmerkungen zur Neuordnung des Rundfunks in der Bundesrepublik. Der Beitrag behandelt die Themen Privater Rundfunk, Länderbemühungen um eine Neuordnung des Rundfunkwesens, Ordnung des Satellitenrundfunks.

110. Fuhr, Ernst W. Ordnung und Konflikt als Strukturelemente einer föderalen Rundfunkorganisation.
in: Rundfunk und Fernsehen. Jg. 34. 1986. Nr. 3. S. 299-309.

"Die föderale Rundfunkordnung der Bundesrepublik Deutschland erlebt derzeit eine Abkehr von ihrer historisch gewachsenen homogenen Ausgestaltung. Aktuell zeigt sich dies an der fehlenden Einigkeit der Länder über ein Nutzungskonzept für den Rundfunksatelliten TV-Sat. Ausgehend von einer Betrachtung des Bedingungs Zusammenhangs von Ordnung und Konflikt im föderalen Staatssystem entwickelt der Autor verfassungsrechtliche Minimalstandards für eine Ordnung des (insbesondere Satelliten-) Rundfunks in der Bundesrepublik."

111. In welcher Weise empfiehlt es sich, die Ordnung des Rundfunks und sein Verhältnis zu anderen Medien - auch unter dem Gesichtspunkt der Harmonisierung - zu regeln? (4 Beiträge)
in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht / Film und Recht. Jg. 30. 1986. Nr. 8/9. S. 411-458.

Zum Thema der Abteilung Rundfunkrecht des 56. Deutschen Juristentages 1986 in Berlin unter Berücksichtigung der Staatsvertragsverhandlungen. Martin Stock: Nationaler Privatrundfunk im Bundesstaat. Regelungsbedarf, alte und neue Provisorien. - Andreas Schardt: Privatrechtliche Rundfunkordnung und Harmonisierung. - Bernd-Peter Lange: Probleme der Rundfunkorganisation aus wirtschaftswissenschaftlicher Sicht. Oder kann der Rundfunk in der Bundesrepublik nach wettbewerbspolitischen und wettbewerbsrechtlichen Vorstellungen organisiert werden und dabei den verfassungsrechtlichen Vorgaben gerecht werden? - Martin Rudolph: Programmausweitung und Kartellaufsicht. Entwicklungstendenzen der deutschen und europäischen Kartellpraxis für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk

112. Kammann, Uwe. Träumerei als Propaganda. Zum Staatsvertrags-Rahmenpapier der Länder (Oktober 1986)
in: Kirche und Rundfunk. 1986. Nr. 79. S. 3-5.
113. Leudts, Peter. Der Hamburger Kompromiß. Statt Neuordnung des Rundfunkwesens ein Rumpfstaatsvertrag in Sicht?
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 34. 1986. Nr. 41. S. 1-3.

Zum Staatsvertrag-Rahmenpapier der Länder (1.-3.10.1986)

114. Kreile, Johannes. Medienbericht 1985. Einige Anmerkungen zum rundfunkpolitischen Teil aus verfassungsrechtlicher Sicht
in: Zeitschrift für Urheber- und Medienrecht / Film und Recht. Jg. 30. 1986. Nr. 11. S. 589-594.

Über den Bericht der Bundesregierung über die Lage der Medien in der Bundesrepublik Deutschland (1985).

115. Groß, Rolf. Medienlandschaft im Umbruch.
Wiesbaden: Wirtschaftsverlag 1986. 189 s.

Das Kapitel Satellitenrundfunk (S. 47-78) befaßt sich ausführlich mit den Beratungen der Ministerpräsidenten über eine Konzeption zur Neuordnung des Rundfunkwesens und den Staatsvertragsverhandlungen.

116. Kreile, Johannes. Kompetenz und kooperativer Föderalismus im Bereich des Kabel- und Satellitenrundfunks.
München: Florentz 1986. 407 S.
(Rechtswissenschaftliche Forschung und Entwicklung. Bd. 78.)

Unter Berücksichtigung der Versuche zur Neuordnung des Rundfunkwesens bis zur Jahreskonferenz der Ministerpräsidenten am 25.10.1985 in Saarbrücken (erneutes Scheitern des Staatsvertrags).

117. Bolesch, Cornelia. Druck und Gegendruck. Zum Medienstaatsvertrag der Bundesländer
in: Medium. Jg. 17. 1987. Nr. 2. S. 7-9.
118. Fuhr, Ernst W. Prägend für die Medienlandschaft. Rundfunk-Staatsvertrag unterzeichnet
in: ZDF-Kontakt. 1987. Nr. 2. S. 6-7.
119. Seemann, Klaus. Die medienpolitische Situation nach dem 4. Rundfunkurteil (4.11.1986)
in: Zeitschrift für Rechtspolitik. Jg. 20. 1987. Nr. 2. S.37-40.
120. Lauff, Werner. Ein deutliches Nein
in: Medienspiegel des Instituts der deutschen Wirtschaft. Jg. 11. 1987. Nr. 9. S. 7.

Zum Entwurf der SPD-regierten Länder für einen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens (vom 5.2.1987) im Hinblick auf die privaten Medien.
121. Lauff, Werner. Der Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens. Eine systematische Darstellung und Analyse der von den Ministerpräsidenten der Bundesländer beschlossenen Regelungen
in: Fernseh-Informationen. Jg. 38. 1987. Nr. 6. S. 179-187.
122. Kammann, Uwe. Wolf im Zaumzeug. Zur Einigung der Länder auf einen Medien-Staatsvertrag
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 20. S. 3-5.
123. Seemann, Klaus. Der Medienstaatsvertrag und das vierte Rundfunkurteil. Ein Beitrag zur verfassungsrechtlichen Interpretation
in: Kirche und Rundfunk. 1987. Nr. 24. S. 7-10.
124. Leudts, Peter. Ein historischer Kompromiß? Der Rundfunkstaatsvertrag liegt zur Unterzeichnung bereit
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 13. S. 1-4.
125. Halefeldt, Elke. Vom Bremser zum Lokführer? Kursänderung der hessischen Medienpolitik.
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 18. S. 1-7.

Über die Chancen des privaten Rundfunks in Hessen nach dem Wahlsieg von CDU/FDP im April 1987.

126. Leudts, Peter. Anlaß für gründliche Korrekturen der Landesrundfunkgesetze. Erste Entwürfe für die Zustimmungsgesetze zum Rundfunkstaatsvertrag liegen vor
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 20. S. 4-7.
127. Kull, Edgar. Rundfunk-Grundversorgung. Kontext, Begriff, Bedeutung
in: Archiv für Presserecht. Jg. 18. 1987. Nr. 2. S. 462-466.
128. Ory, Stephan. Bestands- und Entwicklungsgarantie für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk?
in: Archiv für Presserecht. Jg. 18. 1987. Nr. 2. S. 466-472.
129. Lohmann, Michael. Elf Akteure, sechzehn Akte - ein Papier. Sieben Jahre Kreuzzug gegen die Kleinstaaterei. Die Ministerpräsidenten und ihr Versuch, das Rundfunkwesen zu ordnen. In Bonn klappte es
in: Neue Medien. 1987. Nr. 4. S. 22-24.
130. Meyn, Hermann. Ernst und verworren. Ein Versuch, Schneisen in den juristischen Dschungel der Landesmediengesetze zu schlagen
in: W & M. Weiterbildung und Medien. 1987. Nr. 4. S. 38-41.
131. Stammeler, Dieter. Kanalisierung der Medienwelt. Zum Abschluß des Medienstaatsvertrags
in: Evangelische Kommentare. Jg. 20. 1987. Nr. 5. S. 264-267.
132. Meyn, Hermann. Hochkonjunktur für Medienrechtler. Zum Versuch, die Medienlandschaft juristisch auf Vordermann zu bringen
in: Funkreport. 1987. Nr. 24. S. 6-8.

Überblick über die notwendigen Anpassungen der Landesmediengesetze an den am 3.4.1987 beschlossenen Staatsvertrag zur Neuordnung des Rundfunkwesens.
133. Spielraum nur beim Gebührenanteil. Zum Stand der Ratifizierung des Rundfunkstaatsvertrages
in: Funk-Korrespondenz. Jg. 35. 1987. Nr. 30/31. S. 2-4.

BESPRECHUNGEN

Conrad Pütter: Rundfunk gegen das "Dritte Reich". Deutschsprachige Rundfunkaktivitäten im Exil 1933-1945. Ein Handbuch. Unter Mitwirkung von Ernst Loewy und mit einem Beitrag von Elke Hilscher. Bd. 3 "Rundfunkstudien", hg. v. Studienkreis Rundfunk und Geschichte e.V. durch Winfried B. Lerg, K.G. Saur-Verlag München, London, New York, Oxford, Paris 1986, 388 Seiten.

"Freier Weg zum Ohre durch die Luft,
Willige Welle, die dem Wunsch sich fügt
Auch des Redners, der unendlich lügt:
Trage nun den Ehrenmann wie sonst den Schuft!

Abgesandter du der Freiheit, schwinge
In die waffenstarre Festung dich!
Zu den dort Gefangenen sprich und sprich,
In das Innerste des Landes dringe!

....
Können sie die Luft zu Boden schlagen,
Die dem Volk die wahre Losung weiß?
Freiheitssender! Frei um jeden Preis!
Krähte da ein Hahn? Bald wird es tagen."

Der Autor dieses etwas ungelenten Gedichtes ist Berthold Viertel (1855-1953). Er hat es für den legendären "Deutschen Freiheitssender" verfasst, der von 1936 bis 1939 aus Spanien auf Kurzwelle nach Deutschland funkte, aber vorgab, aus dem Gebiet des Deutschen Reiches zu senden. Viertel war Mitarbeiter der legendären "Fackel" von Karl Kraus und Mitbegründer der "Volksbühne" in Wien nach dem Ende des Ersten Weltkrieges gewesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg machte er sich einen Namen als Theaterregisseur in Zürich, Wien, Berlin und Salzburg. Nach dem "Anschluß" Österreichs an das "Reich" emigrierte er und arbeitete zunächst in London, dann in Hollywood als Regisseur und Autor. Er litt unter dem Verlust der Heimat wie der Publikationsmöglichkeiten. Wie viele seiner Schicksalsgenossen, die aus Abscheu vor der nationalsozialistischen Diktatur das "Neue Deutschland" verlassen hatten oder denen aus politischen oder rassischen Gründen Verfolgung drohte, hoffte auch Viertel, über das noch junge Medium Rundfunk in das Reich hineinwirken zu können. Die Stimme der Freiheit, die im deutschen Rundfunk nach 1933 nicht mehr erklang, sollte von außen über Ätherwellen zu den Menschen dringen, demokratisches Bewußtsein wecken und Widerstandswillen gegen die Diktatur stärken. Thomas Mann sagte 1941 im BBC-Programm: "Deutsche Hörer! Die größte moralische Wohltat, die man dem deutschen Volke erweisen kann, ist, daß man es zu den unterdrückten Völkern rechnet. Denn wie solle das Urteil über Deutschland lauten, und welche Hoffnungen könnte man für die Zukunft auf Deutschland setzen, wenn es die Untaten,

die es unter seinem gegenwärtigen Regime begeht, freien Willens und mit klarem Bewußtsein beginge? Ihr, die ihr der Stimme der Freiheit lauscht, die von außen kommt, fühlt euch offenbar als Angehörige eines unterdrückten Volkes, und die Tatsache allein, daß ihr lauscht, ist schon ein Akt geistigen Widerstandes gegen den Hitler-Terror und der geistigen Sabotage des blutigen und unabsehbaren Abenteuers, in das er euch Deutsche gestürzt hat."

In einer knappen Einführung hat Conrad Pütter, Mitarbeiter des Deutschen Rundfunkarchivs in Frankfurt, die Bedingungen des Widerstandes über Ätherwellen so beschrieben: "Es ist festzustellen, daß die hochgespannten Erwartungen, die viele Emigranten an die Möglichkeiten des Mediums Rundfunk geknüpft hatten, von der Wirklichkeit nicht eingelöst werden konnten. Die dem Äther überantwortete Botschaft an die Landsleute erreichte diese keineswegs ungehindert, aber auch der Zugang zum Rundfunk war nirgendwo so problemlos herstellbar wie die Emigranten dies zunächst erhofft oder gar erwartet hatten. Keiner der vielen Radiostationen und keinem der deutschsprachigen Programme des Auslandes gelang es, maßgebliche Teile der deutschen Bevölkerung zu erreichen, nachhaltig zu beeinflussen oder gar zu Widerstandshandlungen zu überreden, obwohl sich der Kreis derer, die regelmäßig oder auch nur gelegentlich Programme der sogenannten Feindsender abhören, mit dem Fortschreiten des Krieges und der sich immer deutlicher abzeichnenden Niederlage Nazideutschlands immer größer wurde."

Außenpolitische Rücksichtnahmen - zumindest bis zum Ausbruch des Zweiten Weltkrieges -, aber auch Mißtrauen gegenüber den Emigranten sowie strenge Kontrollansprüche an das vermeintlich unkontrollierbare und als hochsensibel empfundene junge publizistische Medium Rundfunk erschwerten den Emigranten den Zugang. Es gehört in den Bereich der Legendenbildung, wenn heute zuweilen zu lesen ist, das publizistische Exil habe nicht nur über die klassischen Medien - Buch, Zeitung, Zeitschrift - in das "Dritte Reich" aufklärend gewirkt, sondern machtvoll auch über Radiostationen im Ausland, ja sogar über Geheimsender im Reich. Allerdings sind Differenzierungen notwendig, wie Pütter nachweist: Ohne die Mitarbeiter aus den Kreisen des deutschsprachigen Exils wäre es den Kriegsgegnern des Dritten Reiches nicht oder nur unvollkommen möglich gewesen, nach 1939 einen vielfältigen Radiodienst für und gegen Deutschland aufzubauen.

Pütter hat eine Typologie der deutschsprachigen Sender im Ausland entwickelt, der man folgen kann. Zunächst gab es einmal die deutschsprachigen offiziellen oder offiziellen Dienste staatlicher, öffentlich-rechtlicher, kommerzieller oder militärischer Rundfunkstationen, so wie wir sie heute noch als den "German service" der BBC oder aber auch als die Sendungen der "Deutschen Welle" kennen, wobei allerdings anzumerken ist, daß bei BBC und DW nicht von einem offiziellen oder offiziellen Anstrich der Programme gesprochen werden kann. Diese Dienste vertraten - in Abstufungen - die jeweilige Politik der Regierung ihres Landes. Emigranten wurden vor ihrer Beschäftigung einer strengen Sicherheitsüberprüfung unterzogen und kamen - mit Ausnahme der Vereinigten Staaten - praktisch

nie in leitende Stellungen. Sie hatten offensichtlich die größte Resonanz im "Dritten Reich". Daneben gab es die sog. "grauen Sender", die Pütter auch als "Überzeugungs- oder Freiheitssender" klassifiziert. Sie gaben meist ihre Standorte nicht preis und versuchten häufig den Eindruck zu erwecken, sie seien Geheimsender im Reich. In diesen Stationen arbeiteten häufig Emigranten mit festgefügt ideologischer Zielrichtung gegen den Faschismus. Während die Emigranten bis 1939 hier relativ frei von Zensur arbeiten konnten, wurden ihre Spielräume nach Kriegsausbruch eingeschränkt. Die Kategorie der "Überzeugungssender" wurde nach Kriegsausbruch rasch von den Tarnsendern abgelöst, die ganz im Dienste der psychologischen Kriegsführung standen und die Moral der deutschen Zivil- und Militärbevölkerung unterhöhlen sollten. Eine der bekanntesten Stationen dieses Typus war sicherlich der von Sefton Delmer gegründete legendäre "Soldatensender Calais", zu dessen deutschen Mitarbeitern u.a. Fritz Heine, der Nachkriegspressechef der SPD, der Unternehmer und Politiker Philip Rosenthal, der Politiker Karl Theodor von und zu Guttenberg und der Journalist Alexander Maaß gehörte, der in den späten zwanziger Jahren zur Mannschaft der "Westdeutsche Rundfunk A.G." in Köln gehört hatte. Einzelne dieser Geheimsender sollen nach den Ermittlungen Pütters eine relativ hohe Resonanz gehabt haben, ebenso wie einzelne taktische militärische Sender, um die nächste Kategorie anzusprechen. Auch diese waren Teil der psychologischen Kriegsführung, die allerdings weniger durch Meinungsbeiträge als vielmehr durch Nachrichten das Kriegsgeschehen beeinflussen sollten. Als letzte Sparte nennt der Autor die sog. "Binnensender", über die vor allem in den Vereinigten Staaten Emigranten versuchten, sich untereinander auszutauschen und zugleich für die amerikanische Öffentlichkeit das Bild eines "anderen Deutschlands" zu zeichnen. Viele der Senderplätze waren gesponsort. Sofern keine pro-nazistische oder pro-kommunistische Werbung betrieben wurde, gab es praktisch keine Zensur.

Die Mitarbeiterlisten mancher dieser Sender lesen sich wie ein "Gotha" des demokratischen Deutschland. Als Beleg ein Auszug aus dem Stab von "WHOM", das als Mittelwellensender für den Raum New York von Herbst 1940 an deutschsprachige Sendungen ausstrahlte: Albert Bassermann, Stefan Heym, Lotte Lehmann, Lotte Lenya, Ernst von Mendelsohn, Max Ophüls, Hertha Pauli, Roda Roda, um nur einige zu nennen.

Manche der von Pütter in seinem Handbuch beschriebenen mehr als 120 Stationen haben nur wenige Tage oder Wochen existiert, Übergänge von einer Station zur anderen und auch beim Personal waren manchmal fließend. Für eine Reihe von Sendern konnte Pütter auch nur vage Angaben zusammentragen. Insgesamt hat er aber die bisher vollständigste Darstellung der Rundfunkaktivitäten gegen das "Dritte Reich" vorgelegt und an vielen Stellen verstreutes Material gesammelt, gesichtet und geordnet. Eine lange Zeit klaffende Lücke ist geschlossen worden.

Wolf Bierbach

Thomas Mann: Deutsche Hörer! Europäische Hörer! Radiosendungen nach Deutschland 1940-1945. Darmstadt (Verlag Darmstädter Blätter) 1986, 233 S., kart., 20,- DM

Dr. Günther Schwarz, Redakteur der "Darmstädter Blätter" und Verleger des gleichnamigen Verlags leitet für die "Europäische Kulturgesellschaft" die "Geschäftsstelle in der Bundesrepublik Deutschland". Die Europäische Kulturgesellschaft, 1946 konzipiert, 1950 förmlich als "Société Européenne de Culture" in Venedig gegründet, vereint Wissenschaftler, Schriftsteller und Künstler, die ohne Rücksicht auf Herkunft und Überzeugungen "ihre natürliche Solidarität als schöpferische Kulturmenschen bekunden und eine gemeinsame Aktion aufgrund der ihnen gemeinsamen Wertvorstellungen" unternehmen. Ihr Gründer war der 1976 verstorbene Umberto Campognolo, Rechtsphilosoph und Politologe, Schüler von Hans Kelsen. Dem Gründungskomitee der Europäischen Kulturgesellschaft gehörten u.a. André Breton, Francois Mauriac, Stephen Spender, Giuseppe Ungaretti und auch Thomas Mann an. Für die von Campognolo ins Leben gerufene Zeitschrift "Comprendre" hatte Thomas Mann im Mai 1953 in einem Brief die Frage nach der Stellung Europas in der Welt behandelt, einerseits vor einem törichten Hochmut der Europäer gegenüber der amerikanischen Kultur gewarnt, andererseits aber auch die Berufung Europas betont, "den von Geistes wegen überlegenen Vermittler zwischen den streitenden Weltmächten" zu machen. "Die unbedingte Verschreibung West-Europas an das amerikanische Verteidigungssystem halte ich nicht für weise, für nicht dienlich der Erhaltung des Friedens, nicht angemessen der wirklichen Aufgabe des Erdteils..." (S. 167).

Günther Schwarz nahm das vierzigjährige Bestehen der Europäischen Kulturgesellschaft, den zehnten Todestag von deren Gründer zum - unausgesprochenen - Anlaß eines Wiederabdrucks der Rundfunkansprachen Thomas Manns während des Zweiten Weltkriegs und fügt ihnen neben dem erwähnten Text aus dem Jahre 1953 in einem Anhang Manifestationen der Europäischen Kulturgesellschaft, einen Text von Campognolo und dessen Kurzbiographie bei.

Die abgedruckten Texte, die Thomas Mann monatlich von Oktober 1940 bis Mai 1944 und von Januar 1945 bis zum 10. Mai 1945 für das deutsche Programm der BBC gesprochen hatte, entsprechen der Frankfurter Ausgabe (Gesammelte Werke Band 11, S. 983-1123, Frankfurt/M. 1974). In Einzelausgaben waren sie zuerst 1942, in erweiterter Auflage 1945 bei Bermann Fischer in Stockholm erschienen. Inzwischen liegen die Bände der Tagebücher Thomas Manns 1940-1943 (Hg. Peter de Mendelssohn, Frankfurt/M. 1982) und 1944 - 1.4.1946 (Hg. Inge Jens, ebd. 1986) vor. Sie enthalten regelmäßige Notizen über die Aufnahmen der Ansprachen im NBC-Studio in Los Angeles, gelegentlich über Rückmeldungen zur technischen Qualität des Empfangs aus New York, der Zwischenstation auf dem Übermittlungsweg nach Europa. Die vorliegende Neuausgabe des Jahres 1986 verzichtet indessen auf jede Kommentierung. Die Texte sind lediglich summa-

risch nachgewiesen, die Frage nach eventuell vorhandenen Tondokumenten wurde nicht gestellt; so bleibt es weiter bei einer einzigen Tonaufnahme von "Deutsche Hörer!", die Ernst Loewy 1974 nachwies (Thomas Mann, Ton- und Filmaufnahmen. Ein Verzeichnis, Frankfurt 1974). Unbeachtet blieb bei der Neuauflage auch die publizistische Reaktion auf die Ansprachen Thomas Manns in Deutschland, die durchaus zwiespältige Aufnahme, die seine Appelle gegen den Naziterror, gegen die Vergewaltigung des Rechts, gegen die brutalen Kriegshandlungen in den besetzten Gebieten auch noch nach Kriegsende fanden. Manche Mißverständnisse, kleinbürgerliche Beckmessereien von "Philosophastern" begleiteten Thomas Manns Deutschlandreise im Goethejahr 1949 und bezogen sich dabei selten offen, meist in Anspielung auf seine Appelle an "Deutsche Hörer!" während der Kriegsjahre.

Indessen, nicht der zeitgeschichtliche Quellenwert, nicht das hervorragende Zeitdokument der Auseinandersetzung mit Nazi-Deutschland aus der Emigration motivierte die erneute Veröffentlichung der Texte Thomas Manns im Jahre 1986. Vordergründig werden sie als nach wie vor aktuelle Zeugnisse eines in der europäischen Kulturtradition wurzelnden Freiheitswillens verstanden. In diesem Sinne dienen sie dem Verleger als Werbeträger für die Anliegen der Europäischen Kultugesellschaft. Thomas Mann als Repräsentanten europäischen Geistes, als dezidierten Demokraten, als Verteidiger der Freiheit gegen jede Verletzung rechtsstaatlicher Prinzipien, aber auch gegen ungerechtfertigte Vorurteile in der Gegenwart zitiert zu sehen, dagegen ist schlechterdings nichts einzuwenden. Für die Rundfunkgeschichte aber bleibt die nach wie vor offene Aufgabe einer befriedigenden Edition eines Schlüsseldokuments der Rundfunkarbeit in der Emigration.

Friedrich P. Kahlenberg

Berlin und seine Bauten, hrsg. vom Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin. Betreut von Robert Riedel und Heinz Saar, Schriftleitung: Peter Güttler und Gitta Ahmadi, Berlin: Ernst & Sohn, Teil X: Anlagen und Bauten für Versorgung und Verkehr
Bd. B: Anlagen und Bauten für den Verkehr Abschnitt (4), Post- und Fernmeldewesen, 1987, 239 S.

Der traditionsreiche Architekten- und Ingenieur-Verein zu Berlin legt seit 1964 die dritte Auflage des Standardwerks "Berlin und seine Bauten" vor. Im Gegensatz zu den ersten beiden Ausgaben (1877 und 1896) ist diese dritte Darstellung in die Form einer Schriftenreihe gekleidet, deren Einzelbände, einem Gesamtplane folgend, alle Gebiete des Bauwesens darstellen werden, sollte das Unternehmen zu einem - derzeit nicht absehbaren - Ende geführt werden können. Inzwischen liegen 15 Teilbände vor, von denen bereits sechs vergriffen sind. Jeder Einzelband bietet neben einer Einordnung des jeweiligen Baubereichs in funktionaler Hinsicht eine Geschichte der wichtigen Bauten und in Form von Listen eine Übersicht über die Bauten des ganzen Sachgebiets.

In dem soeben erschienenen Band, der dem Post- und Fernmeldewesen gewidmet ist, wird die Entwicklung der Post in Berlin, einschließlich Rundfunk- und Fernsehdienst, von Gerd Gnewuch dargestellt. Er liefert die funktionale Einbindung der Postbauten in den Gesamtzusammenhang der Arbeitsweise der Post. Die zentralen Ämter der Reichspost und der Post nach dem Kriege werden in ihrer Baugeschichte vorgestellt, ferner die Postämter, die Telegraphen- und Fernsprechämter, schließlich die Bauten für den Rundfunk und die Funktürme und Sendeanlagen. Die Geschichte der bekannteren Bauten für den Rundfunk (Umbau Vox-Haus und Haus des Rundfunks) ist aus der Fachliteratur weitgehend bekannt. Die hier vorliegende Darstellung bietet aber eine Zusammenfassung der in verstreuten Veröffentlichungen teils schlechter Zugänglichkeit enthaltenen Angaben, und sie bietet auch eine Darstellung bislang wenig bekannter Rundfunkgebäude, etwa des Rundfunks der DDR in Berlin-Oberschöne-weide. Von besonderem Wert für den Rundfunkhistoriker sind die baugeschichtlichen Listen, die von der Redaktion der Schriftenreihe in bewährt hoher Qualität erarbeitet worden sind. Die Liste der Bauten für Rundfunk und Fernsehen stellt die Funkhäuser und die Rundfunk- und Fernsehtürme auf Berliner Gebiet von den Anfängen bis zur Gegenwart mit Nachweis der auf sie bezogenen Veröffentlichungen und in der Regel einer oder mehrerer Abbildungen knapp, aber erschöpfend dar.

Hans Bohrmann